Schäuble auf Beutezug S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 31 – 4. August 2012 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Überall nur der Abgrund: Gebrochene Versprechen und wirtschaftlicher Niedergang säumen den Weg des Euro

Bild: ddp images

Lügen ohne Limit

Euro-Krise bringt die Gewissheit, dass nichts mehr gewiss ist

Bei der Euro-Rettung ist den Protagonisten auf der politischen Bühne offenbar nichts mehr heilig.

Die Nachrichten fügen sich zueinander wie die Faust aufs Auge: Frankreich und Italien fordern „unbegrenzte Feuerkraft“ für den künftigen „Euro-Rettungsschirm“ ESM, Griechenland verkehrt wesentliche Reformversprechen in ihr genaues Gegenteil und der deutsche Fiskus schmiedet immer absurdere Pläne, wie er die deutschen Bürger noch heftiger zur Kasse bitten kann.

Mit „unbegrenzter Feuerkraft“ ist im Kern nichts anderes gemeint, als die Sprengung aller angeblichen Obergrenzen bei der Bezuschussung maroder Euro-Staaten. Erreicht werden soll dies damit, dass der ESM unbegrenzt Geld bei der Europäischen Zentralbank „drucken“ lassen kann, um es an bankrotte Euro-Länder weiterreichen zu können. Dies ist genau jene Methode, mit welchen einst kriegführende Länder immer wieder ihre Währungen ruiniert haben. Denn dem frischen Geld, das an die Banken und Staaten fließen soll, steht keine wirtschaftliche Leistung mehr gegenüber. Folge: Inflation und damit Entwertung der Guthaben inklusive der privaten Renten- und Lebensversicherungen.

Gibt Deutschland jetzt nach, beginnt das große Gelddrucken

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Euro-Zone ist indes damit zu rechnen, dass Berlin seinen Widerstand gegen die Sprengung der eben hoch und heilig versprochenen „Obergrenze“ beim ESM bald aufgeben wird. Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel haben es zu verantworten, dass Deutschland in der EZB zwar fast ein Drittel aller Lasten trägt, dabei jedoch nicht mehr Stimmgewicht hat als Malta und Zypern. Kohl und Waigel haben den Vertrag zur Währungsunion in den 90er Jahren so ausgehandelt.

Welche Wirkung die unbegrenzte Geldversorgung in den Krisenländern zeitigen könnte, lässt sich im mehrfach „geretteten“ Griechenland ablesen. Athen hatte zugesagt, seinen aufgeblähten Beamtenapparat abzuspecken. Die Wirklichkeit: Statt den Apparat abzubauen hat Griechenland 70000 Beamte zusätzlich eingestellt. Heißt: Mit den Hilfen verging nur der Reformdruck, und der Schlendrian kehrte umgehend zurück

Den meisten Deutschen fehlt noch die Vorstellungskraft dafür, was die Milliardenspiele für sie konkret bedeuten. Das könnte sich bald ändern, wie auf Seite 5 dieser Zeitung zu lesen ist. Halb verdeckt ist Finanzminister Schäuble bereits dabei, den Deutschen ans Geld zu gehen: 2007 wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht mit dem festen Versprechen, dass dieses Geld nicht in die Steuerkasse fließe, sondern allein an die Agentur für Arbeit zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Das Versprechen wird jetzt gebrochen: Ab dem 1. Januar geht das Geld direkt an den Fiskus. Wie sagte Kanzlerin Merkel dieser Tage erneut? Sie werde „alles“ tun für den Erhalt der Euro-Zone. Sie meint es offensichtlich ernst. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Abserviert

So etwas kannte man sonst nur bei Generalen, die rücksichtslose Abservierung, weil sie ihrem Dienstherrn auf die eine oder andere Weise unbequem geworden waren. Nun trifft es drei Spitzenpolizisten, den Bundespolizeipräsidenten Matthias Seegers und seine beiden Stellvertreter. Eine Begründung für den Rauswurf bleibt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich schuldig. Das darf er sogar, denn nach § 54 des Bundesbeamtengesetzes kann er beim Bundespräsidenten jederzeit die Versetzung hoher Polizeibeamter in den einstweiligen Ruhestand beantragen. Dazu muss er nur glaubhaft machen, dass das Vertrauensverhältnis gestört ist. Eine weitergehende Begründung ist nicht erforderlich. Ebenso wenig muss überhaupt ein pflichtwidriges Verhalten des Betroffenen vorliegen. Dies liegt ausschließlich im Interesse der politischen Führung und soll gewährleisten, dass die Amtstätigkeit der Spitzenbeamten in Übereinstimmung mit der Regierungspolitik erfolgt. Der Willkür sind so Tür und Tor geöffnet.

Formal handelt der Innenminister also korrekt. Ansonsten ist sein Verhalten schäbig. Aus Ministeriumskreisen heißt es, Seegers würden seine früheren dienstlichen Kontakte nach Weißrussland und seine fachliche Kritik an der geplanten Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt verübelt. Das sind höchst fadenscheinige Argumente. Viel wahrscheinlicher ist, dass Friedrich noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr ihm ergebene Mitarbeiter in sichere Positionen hieven will. Denn die Nachfolger der drei abservierten Polizeiführer kommen aus seinem ministeriellen Umfeld. Damit hat er das Vertrauen der 40000 Bundespolizisten und der Bürger verspielt.

Kopftuch als Kompromiss

Olympia: Damit saudische Frauen teilnehmen, machte IOC Ausnahme

Mehrere kleine Sensationen haben die Eröffnung der Olympischen Spiele in London begleitet. Erstmals in der Geschichte wurden in die Olympiamannschaft Saudi-Arabiens in letzter Minute auch zwei Frauen aufgenommen. Saudi-Arabien, das Land, in dem Frauensport als Teufelswerk gilt, hatte vorher dem beharrlichen Druck des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das sogar mit Ausschluss der gesamten Mannschaft gedroht hatte, nachgegeben. Prinz Nawaf bin Faisal, Sportminister in Riad und Präsident des Saudischen Olympischen Komitees und IOC-Mitglied, gab nach, auch weil er sich selbst Hoffnungen macht auf eine Nachfolge von IOC-Präsident Jacques Rogge, der in London seinen Abschied von Olympia nimmt.

Die Judokämpferin Wodjan Shahrkani und die 800-Meter-Läuferin Sarah Attar waren zur Eröffnungsfeier mit der saudischen Mannschaft ins Olympiastadion einmarschiert. In dem Königreich, das sie repräsentieren, dürfen beide ihren Sport nur im Verborgenen ausüben, in ständiger Angst vor Razzien der Sittenpolizei. Beiden Frauen fehlt jede sportliche Qualifikation für ihren Auftritt und beide wurden nach komplizierter Suche auch im Ausland aufgespürt.

Vater drohte, Tochter Teilnahme zu verbieten

Der 16-jährigen Shahrkani drohte schon vor ihrem historischen Auftritt als erste saudi-arabische Sportlerin bei Olympia großer Ärger. Wie der Präsident des Internationalen Judo-Verbandes (IJF), Marius Vizer, mitteilte, sollte die Schwergewichtlerin zu ihrem Wettkampf aus Sicherheitsgründen ohne die islamische Kopfbedeckung Hidschab antreten. Doch der Vater der Judokämpferin drohte, ihr dann die Teilnahme zu verbieten. Auf Druck des IOC erklärte sich der IJF bereit, Shahrkani das Tragen eines speziell gefertigten Kopftuchs zu erlauben. (Siehe auch Seite 4 und 8) *B. Bost*

Was wollte Geithner?

Blitzbesuch des US-Finanzministers bei Schäuble gibt Rätsel auf

Was ist so dringend, dass US-Finanzminister Timothy Geithner nicht einmal das Urlaubsende seines deutschen Kollegen abwarten konnte, um es mit ihm zu besprechen? Was ist so brisant, dass er Wolfgang Schäuble in dessen Sylter Feriendomizil zum vertraulichen Vieraugengespräch heimsuchen musste?

Die offiziellen Verlautbarungen machen misstrauisch. Dort werden die „beachtlichen Anstrengungen“ Spaniens und Italiens gelobt, ebenso die „Fortschritte“ in Irland und Portugal. Zudem betonten die beiden „die Notwendigkeit der Politik, alle zur Bewältigung der Finanz- und Vertrauenskrise erforderlichen Reformschritte vereinbaren und umsetzen zu müssen“. Und für derlei Phrasendrescherei macht sich der US-Minister auf den weiten Weg? Das hätte er ebenso gut per Pressekonferenz in Washington oder auf einem der nächsten Gipfel verbreiten können.

Verlautbarung macht misstrauisch

Der renommierte Wirtschaftsjournalist Michael Mross vermutet, dass die beiden „grundsätzliche, globale Entwicklungen im Finanzsystem“ erörtert haben dürften. Und dabei zu Schlüssen gekommen sind, die wegen ihrer enormen Sprengkraft nur hinter verschlossenen Türen und Auge in Auge besprochen werden können.

Da die Schuldenspirale kaum unter Kontrolle zu bringen sei, schmiedeten die Akteure wie Geithner und Schäuble womöglich längst an einem „Plan B“, so Mross in seinem Internetportal „MMnews.de“. Dieser könne letztlich nur auf das hinauslaufen, was am Ende jeder Überschuldungswelle ganzer Staaten gestanden habe: eine Währungsreform. Diesmal aufgrund der verheerenden Lage aller großen Währungen wie Dollar, Euro oder Yen wäre es eine weltumspannende Währungsreform. *H.H.*

Zwischenruf

Da kommt noch was

Griechenland kann seine Schulden nie mehr zurückzahlen. Sie sind gigantisch hoch. Alle wissen es. Gleichwohl wird so getan, als ob das Land zurückzahlen könne, wenn es wieder auf die Beine gekommen ist. Was aus Spanien und Italien auf die Euro-Zone zukommt, ist noch nicht absehbar. Jedenfalls nichts Gutes.

In Deutschland hat die Diskussion begonnen, woher das Geld kommen könne, das für die ausufernden Rettungsschirme benötigt wird. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat nun vorgeschlagen, von den Vermögenden in Deutschland eine Zwangsanleihe oder eine Zwangsabgabe zu fordern. Ab 250 000 Euro, Verheiratete ab 500 000 Euro Sparguthaben, sind alle dabei. Ob auch die kleinen Häuslebauer dabei sein werden, ist noch offen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble findet diesen Vorschlag interessant. Jetzt hat DGB-Chef Michael Sommer die Idee weiter vorangetrieben. Er hält Zwangsanleihen bei Reichen für eine vernünftige Sache. Noch will Sommer, dass diese Anleihen zurückgezahlt und verzinst werden. Dieser Wunsch würde gegebenenfalls rasch gestrichen, wie ja auch das Versprechen, kein Land müsse für die Schulden eines anderen Euro-Landes haften, vom Finanzminister vom Tisch gewischt wurde. Jedenfalls kommt da etwas auf die Deutschen zu. Das Ausmaß ist noch nicht übersehbar. Es wird immer wahrscheinlicher, dass die deutschen Bürgschaften für die Euro-Rettung bald eingelöst werden. Nun muss Geld her. Da spielt es keine Rolle, dass die Reichen in den Krisenländern ungeschoren davonkommen, obwohl sie teilweise deutlich vermögender sind als die zur Schröpfung vorgesehenen Deutschen. Die EZB verschlimmert die Situation, da sie Staatsanleihen der Pleitestaaten aufkauft. Das ist verbotene Staatsfinanzierung. Deutschland haftet mit jeweils knapp einem Drittel für die aufgewendeten Beträge. Das Desaster nimmt seinen Lauf.



Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr: Beachtlich!

Noch ist Deutschland wirtschaftlich vergleichsweise stark. So erstaunt es, wenn man liest, dass ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit seinen 17,8 Millionen Einwohnern ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat, das mit 568,9 Milliarden Euro ungefähr genauso hoch ist wie das der Türkei mit ihren 79,7 Millionen Einwohnern. Und Bayerns BIP ist mit 446,4 Milliarden Euro mit dem BIP von Saudi-Arabien zu vergleichen, das aber mit 26,5 Millionen Einwohnern mehr als doppelt so viele Köpfe zählt wie die Süddeutschen. Doch hinter dieser beachtlichen Wirtschaftsleistung stehen leider auch insgesamt stattliche Schulden: *Bel*

2.045.564.250.209 €

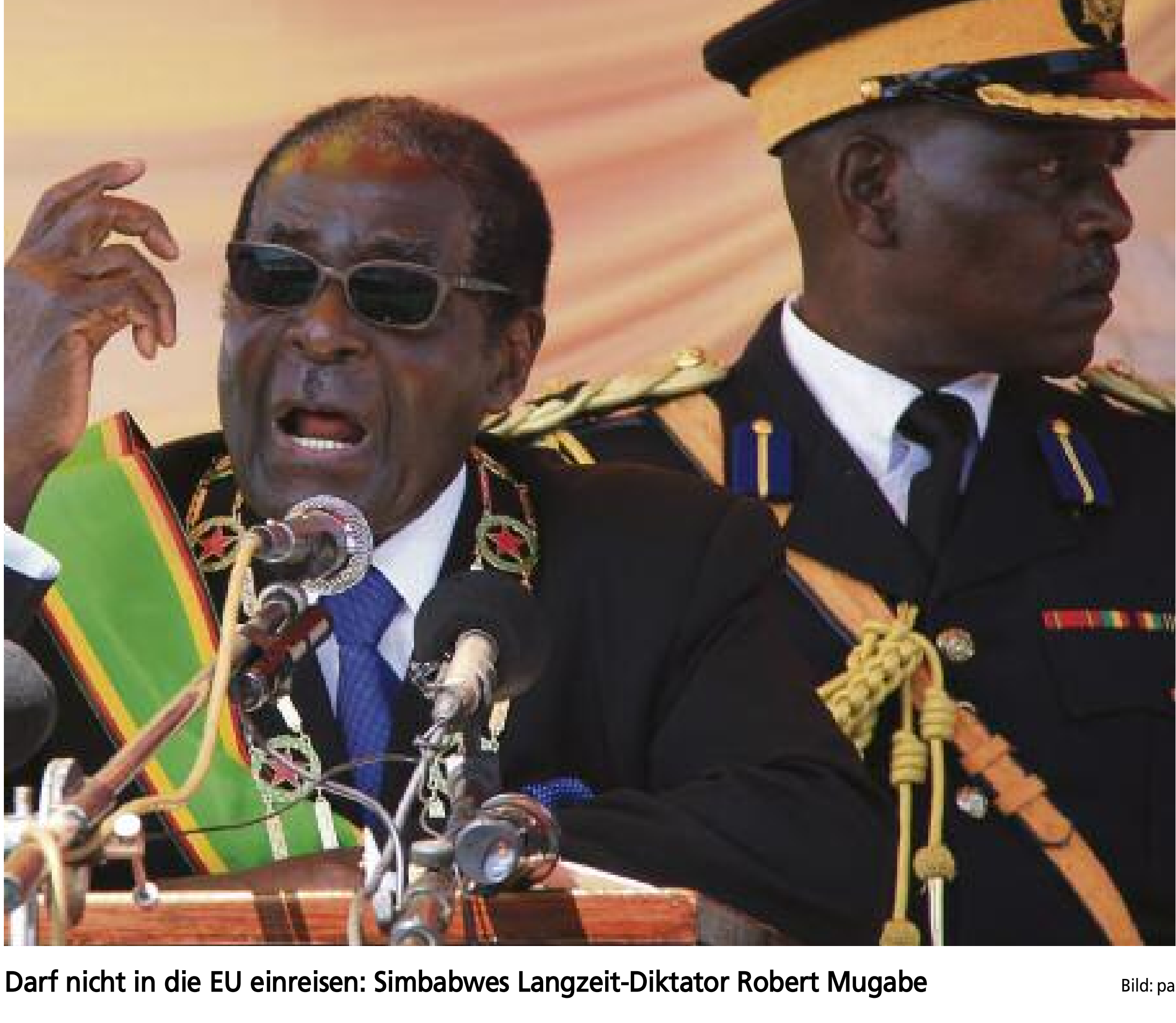
Vorwoche: 2.044.756.530.012 €
Verschuldung pro Kopf: 25.007 €
Vorwoche: 24.997 €

(Dienstag, 31. Juli 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Blinde Helfer

Brüssel reicht Simbabwe die Hand, obwohl das Land von Demokratie weit entfernt ist

Die EU stellt Simbabwe Lockerung der Sanktionen in Aussicht. Die Reaktionen hierauf waren gemischt, denn noch immer werden Menschenrechte in dem afrikanischen Land mit Füßen getreten.



Darf nicht in die EU einreisen: Simbabwes Langzeit-Diktator Robert Mugabe *Bild: pa*

Die Delegierten in Brüssel hatten am vergangenen Montag entschieden, bald einen Großteil der Wirtschaftssanktionen gegen simbabwische Firmen und die Einreiseverbote für Politiker aufzuheben. Entwicklungshilfe soll bereits jetzt wieder gezahlt werden. „Das ist der Beweis, dass die EU auf die positiven Reformen antworten will“, sagte Morgan Tsvangirai, der Führer des Movement for Democratic Change. Der oppositionelle Premierminister teilt sich seit den umstrittenen Wahlen von 2008 die Macht mit dem Langzeit-Diktator Robert Mugabe.

2008 waren nach den Wahlen politisch motivierte Unruhen ausgebrochen. Die Weltgemeinschaft hatte daraufhin die Sanktionen verschärft. Den Ausschlag für die wirtschaftlichen Strafen waren Mugabes Landreformen gewesen, bei denen er ab Mitte der 90er das Land weißer Farmer beschlagnahmen ließ. Kurz nach dem Beschluss der EU am Montag meldete sich der US-Botschafter in Harare zu Wort. Washington werde die Embargos vorerst beibehalten, denn noch immer seien „verstörende Berichte“ von Gewalt im Umlauf, die eine Wahl negativ beeinflussen könnten. Aber auch die EU will die Sanktionen erst aufheben, wenn das geplante Referendum über eine Verfassungsänderung friedlich vorübergegangen ist. Aber genau dieses Referendum wurde zum neuen Streitpunkt. Eine überarbeitete Verfassung wurde bei der Bildung der Koalitionsregierung verankert. Darin sollten wichtige Aspekte festgelegt werden wie eine potenzielle Machtübergabe oder die maximale Regierungszeit eines Präsidenten. Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC), die damals vermittelte, machte daraus eine Voraussetzung für Neuwahlen. Mugabe drängt auf Wahlen noch in diesem Jahr, um die „Zweckehe mit seinem Rivalen aufzukündigen“, wie südafrikanische Zeitungen titeln. Der Finanzminister schließt Wahlen in diesem Jahr allerdings aus. Dafür seien schlicht keine finanziellen Mittel vorhanden. Mugabes Antwort: Das Geld müsse gefunden werden.

Präsident schickt seine Schlägertrupps gegen Opposition

Doch selbst dann wäre es noch ein langer Weg zu Neuwahlen, denn wenn die neue Verfassung es durch die Parteigremien und das Parlament schafft, wird sie erst in die Stammessprachen Shona und Ndebele übersetzt und anschließend wird in einer Volksbefragung darüber abgestimmt. Demokratische Reformen bringt die neue Verfassung kaum – Politologen zufolge handelt es sich dabei um einen „Kompromiss“.

Der neue Verfassungstext gesteht dem Präsidenten weniger Handlungsspielraum zu, um die Macht auf die gesamte Regierung zu verteilen. Zwar beschränkt er die Amtszeit des Präsidenten auf maximal zehn Jahre, für Mugabe selbst soll dies aber nicht gelten. Der Despot ist 88 Jahre alt und regiert das Land seit 32 Jahren, seit der Unabhängigkeit von Großbritannien. Vermutlich wird der Greis erneut antreten. Bei fairen Wahlen hat Premier Tsvangirai reelle Chancen auf das Amt: Vorausgesetzt, Mugabe setzt nicht wieder seine Schlägertrupps ein, wie schon 2008.

Enteignungen gegen weiße Farmer gehen weiter

Immer noch klagen Oppositionsanhänger über systematische Folter, organisiert von radikalen Mitgliedern von Mugabes ZANU-PF. Die Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt und noch immer werden Farmer zwangsenteignet. Der weiße Geschäftsmann James Sabau wurde vergangene Woche erdrosselt aufgefunden. Kerry Kay, Simbabwes bekannteste Menschenrechtsaktivistin, hat den Entscheid der 27 EU-Außenminister verurteilt. „Da draußen finden immer noch brutale Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche Sabotagen und Landinvasionen statt“, so Kay. Sie fragt sich, ob die ZANU-PF tatsächlich die Gewalt einstellt, wenn der Westen seine Sanktionen lockert. *M. Schönherr*

Kein Geld mehr für Ruanda

Seit April sind gut eine halbe Millionen Kongolesen auf der Flucht aus ihrer Heimatregion im Osten der Republik Kongo. Der kongolesische Präsident Joseph Kabila weiß zwar, dass der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag unter anderem wegen Massenvergewaltigungen und des Einsatzes von Kindersoldaten gesuchte Rebellenführer Bosco Ntaganda Anführer der Aufständischen ist, doch er erhält laut Kabila auch Unterstützung aus Ruanda. Dies sehen die Vereinten Nationen ähnlich, zumal festgenommene Rebellen aussagten, dass sie in Ruanda rekrutiert worden seien.

Als erstes reagierten die USA, Großbritannien und die Niederlande auf die Vorwürfe und verweigern Ruanda ab sofort jegliche Hilfsgelder. Auch der deutsche Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) stoppte die Unterzeichnung der für die Jahre 2012 bis 2015 zugesagten Budgethilfen für den ruandischen Haushalt in Höhe von insgesamt 21 Millionen Euro. Ruandas Präsident Paul Kagame zeigte sich entrüstet, schließlich seien die Anschuldigungen zweifelhaft und falsch. Kagame, dessen Staatshaushalt zu über 20 Prozent aus Hilfsgeldern gespeist wird, gerät nun finanziell arg in Bedrängnis. Allerdings heißt es in einem Brief aus Ruanda an die UN, dass zwar die Regierung an den Aufständen im Ost-Kongo keinerlei Mitverantwortung treffen würde, gleichzeitig aber nicht ausgeschlossen werden könne, „dass ruandische Bürger mit familiären Verbindungen zu kongolesischen Armeeoffizieren oder M23-Kämpfer verdeckte Rekrutierungsoperationen organisiert haben könnten“. M23 ist die kongolesische Rebellenarmee, die sich Bewegung des 23. März nennt und von kongolesischen Tutsi-Offizieren gegründet wurde. Allerdings soll sie auch von ruandischen Offizieren personell wie materiell in Form von Waffen unterstützt werden. *Bel*

Unterstützung der Rebellen im Kongo?

Aus eigenem Antrieb

Französischer Präsident entschuldigt sich für Juden-Deportation

Frankreichs Reue- und Sühnepolitik hat ein neues Kapitel eröffnet. 17 Jahre nachdem Staatspräsident Jacques Chirac öffentlich zugegeben hatte, dass der französische Staat sich der Deportation der Juden aus Frankreich schuldig gemacht hatte, hat dessen zweiter Nachfolger François Hollande einen weiteren Schritt gemacht. Am 22. Juli äußerte er anlässlich der Gedenkfeier der Massenverhaftung der Pariser Juden vom 16. Juli 1942: „Die Wahrheit ist, dass die französische Polizei anhand von Listen, die sie selbst erstellt hatte, Tausende von reingelegten Unschuldigen festgenommen hat. Die französische Gendarmerie hat sie in Internierungslager geleitet. Kein deutscher Soldat, kein einziger, wurde für die gesamte Aktion mobil gemacht.“

Damit hat sich Hollande von seinem sozialistischen Vorgänger François Mitterrand abgesetzt, der sich weigerte, die historische Verantwortung Frankreichs zuzugeben. Am 16. und 17. Juli 1942 waren 14 152 Juden, darunter 4000 Kinder, in ihren Häusern und Wohnungen in Paris und Umgebung festgenommen worden. Ledige und kinderlose Ehepaare wurden ins Lager Drancy gebracht. Die Eltern mit Kindern wurden fünf Tage lang im Radrennstadion „Vélodrome d'Hiver“ zusammengepfercht, bis sie ostwärts deportiert wurden. „An jenem Tag hat Frankreich Unwiederbringliches begangen“, und „gegen seine Werte, seine Grundsätze verstoßen“, fuhr Hollande fort. Er versprach „die Vergangenheitsaufarbeitung fortzusetzen“ und „in allen Schulen die Shoah in den Unterricht“ zu nehmen. Die rechtliche Grundlage für die Festnahmen waren französische Dekrete der Vichy-Regierung aus dem Jahr 1940 und keine deutschen Vorschriften. Insbesondere Kinder wurden in vorauseilendem Gehorsam der Gestapo ausgeliefert.

Kein deutscher Soldat musste helfen

Zum Schluss hatte Hollande ein Wort für die „Gerechten“, die Juden gerettet hatten, 3634 identifizierte Retter an der Zahl in Frankreich, deren Namen auf zahlreichen Tafeln im eigenen Land und in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem stehen. Während der Besatzungszeit wurden immerhin 75 Prozent der in Frankreich lebenden Juden meist von Privatpersonen beziehungsweise von kirchlichen und politischen Organisationen vor dem polizeilichen Zugriff gerettet und überlebten. So auch die wohlhabenden Eltern meines französischen Verlegers, einem jüdischen Ehepaar aus der Ukraine, das am 16. Juli 1942 vom Pferderennen kurz nach dem Besuch der Polizei in ihr Haus zurückkam. Nachbarn warnten sie und halfen ihnen, sich zu verstecken. Die Großeltern des heutigen Generalsekretärs der Sarkozy-Partei UMP, Jean-François Copé, waren mit ihren zwei Kindern in einer südfranzösischen Stadt auf der Flucht vor der Polizei. Sie gingen aufs Geratewohl in ein Haus, stiegen mehrere Stockwerke hinauf, klopften an eine Tür. Eine kräftige alte Frau machte auf, schimpfte über die Störung. Sie zeigte ihnen jedoch eine Ecke hinter einem Vorhang, wo sie sich verstecken konnten, nachdem sie ihr gesagt hatten, sie seien Juden auf der Flucht. Als die Polizei kam, schimpfte sie lauthals und warf die Eindringlinge hinaus: „Wo soll ich denn Juden verstecken? Seht doch selbst, Ihr Idioten, und stört mich nicht bei der Arbeit.“ *Jean-Paul Picaper*

Der blinde Öl-Fleck

Lage der saudischen Schiiten ist »kein Thema«

Passend zur einseitigen Syrien-Berichterstattung lassen westliche Medien die Unterdrückung der Schiiten in den sunnitisch beherrschten Golfstaaten ziemlich unterbelichtet. Obwohl es dort immer wieder zu blutig niedergeschlagenen Demonstrationen kommt. In Bahrein, wo 2011 die Saudis dem dortigen König sogar mit Panzern beistanden, sind 70 Prozent der Einwohner Schiiten und in Saudi-Arabien zehn bis 15 Prozent, also mindestens drei Millionen, die seit jeher in der ölreichen Küstenregion leben.

Nicht der Iran, sondern Saudis selbst

Jüngster Anlass für Unruhe unter den Schiiten war die Verhaftung des prominenten schiitischen Geistlichen Nimr Al-Nimr Anfang Juli in der Kleinstadt Awamiah nahe Katar. Bei Protesten gegen die Inhaftierung wurden drei Schiiten erschossen, deren Begräbnisse wiederum zu Großdemonstrationen wurden. Al-Nimr war bereits 2009 durch regimekritische Predigten „aufgefallen“, nach massiven Beschimpfungen durch die offiziellen Medien aber zwei Jahre nicht mehr aufgetreten. Zu Beginn des „arabischen Frühlings“ im Februar 2011 stellte er sich auf die Seite der Demonstranten und nach der Erschießung mehrerer Schiiten im November rief er zum zivilen Widerstand und sogar zum Sturz des Königshauses auf.

Als der Innenminister und Kronprinz Naif bin Abdelaziz, der als hauptverantwortlich für die Missstände im Osten und generell für Repression galt, im Juni starb, erklärte Al-Nimr den Todestag zum Feiertag – und das reichte. Al-Nimr ist vor allem unter jungen Schiiten beliebt, die aber zunehmend auf ihren Glaubensbrüdern in Bahrein blicken, wo es fast jede Nacht zu Blockaden aus brennenden Autoreifen und vereinzelt sogar zu Anschlägen auf Polizei-Stationen und Polizei-Fahrzeuge kommt. Die saudische Propaganda macht natürlich den Iran verantwortlich, doch die Unterdrückung ist hausgemacht, und die Wut von Regimekritikern ganz allgemein hat wesentlich auch mit der zuletzt noch verstärkten US-Truppenpräsenz in der Region zu tun.

R. G. Kerschhofer

Wut im Mielkehaus

Von Vera Lengsfeld

Beliebteste Posse im diesjährigen Berliner Sommertheater ist die Vorstellung, welche die „Wutrentner" in Pankow im ehemaligen Wohnhaus von Stasichef Mielke geben. Die düstere Villa in der Stillen Straße verströmt mit dem Putz, der vom DDR-Dreck dunkelbraun gefärbt ist, und den typischen Nadelbäumen im Vorgarten noch jenen Funktionärs-Mief, den damals alle von der Stasi genutzten Immobilien ausstrahlten.

Nach der Auflösung von Mielkes Imperium stand das Gebäude eine Zeitlang leer und wurde dann von interessierten Rentnern zum Seniorentreff umgewidmet. Für den harten Kern von 60 Nutzern muss der Bezirk Pankow jährlich 60 000 Euro berappen (die *PAZ* berichtete). Dabei ist das Haus als Seniorentreff denkbar ungeeignet. Es ist nicht behindertengerecht und überdies stark sanierungsbedürftig. Die Sanierung würde etwa zwei Millionen Euro kosten; Geld, das der Bezirk nicht hat.

Pankow ist keineswegs arm an Begegnungsstätten. Nur zehn Rentnergehminuten entfernt befindet sich das frisch restaurierte Stadtteilzentrum, das einigen der Gruppen aus der Stillen Straße Raum bietet. Ein paar sind schon ausgezogen, den noch verbleibenden 18 Gruppen hat man insgesamt 38 Angebote gemacht, die alle ausgeschlagen wurden, oder ausgeschlagen werden mussten. Wie durchsickert, sollen die Wutrentner auf Auszugswillige Druck ausgeübt haben, zu bleiben.

Wofür stehen die Wutrentner wirklich? Für die Maßlosigkeit der Ansprüche, die heute selbst von kleinen Gruppen gestellt werden, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit.

Die Hausbesetzung der Alten war ein PR-Coup, den sich kein Medium entgehen ließ. Selbst Abgesandte bürgerlicher Blätter pilgerten nach Pankow, um ihre Leserschaft wissen zu lassen, dass Chefbesetzerin Doris gern reist, vorzugsweise auf andere Kontinente. Von Armut und Obdachlosigkeit ist niemand bedroht. Die vielzitierte soziale Kälte ist nur eine Chimäre.

Gern ist die Linkspartei auf den Rentnerzug aus Pankow aufgesprungen, denn die Umfragewerte sind auch in ihrer Hochburg auf historischem Tiefststand. Deshalb geben sich Linke-Politiker in der Stillen Straße die Klinke in die Hand. Sogar Bundestagsfraktionschef Gysi war schon da, der sich in dieser Umgebung besonders heimisch gefühlt haben müsste. Dennoch konnte er nicht versprechen, dass für die Alten alles beim Alten bleibt. So viel scheint von Gysis missglücktem Zwischenspiel als Wirtschaftssenator hängen geblieben zu sein, dass es finanzielle Grenzen gibt, die ohne größeren Schaden nicht überschritten werden können.

Diese Einsicht ist von den Wutrentnern aber nicht zu erwarten.

Es kommt wohl noch schlimmer

Berliner S-Bahn-Chaos im vierten Jahr: Auszehrung des Nahverkehrs verschärft sich weiter



Einst Vorbild für die Welt, heute Synonym für Verfall: Die Dauerkrise bei der Berliner S-Bahn droht auf den übrigen Nahverkehr überzuspringen

Bild: pa

Der Berliner Nahverkehr galt einst weltweit als bewundertes Modell für Effektivität. Von der Vorreiterolle ist nicht mehr viel übrig geblieben – die Probleme um die Berliner S-Bahn gehen mittlerweile ins vierte Jahr, wegen leerer Kassen droht nun auch noch der Rest des Berliner Nahverkehrs unter die Räder zu kommen.

„Wir wollen zufriedene Fahrgäste befördern, keine heiße Luft" – die launige Bemerkung von der Frau an der Spitze der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Sigrid Nikutta, scheint zunächst einmal nur eine Binsenwahrheit zu sein. Spätestens mit dem nachgeschobenen „Da müssen wir genau hinschauen, auch aus ökologischen Gründen" hat sie allerdings klargestellt, was auf die Kunden der BVG zukommt: Kürzungen im Angebot.

Die Sorge der BVG-Chefin dürfte allerdings weniger dem Umweltschutz als dem fehlenden Geld gelten: Nach jahrelangen Kürzungen der Senatszuwendungen wird die Unterfinanzierung der BVG mittlerweile auf jährlich 44 Millionen Euro beziffert. Doch es soll offenbar noch weiter nach unten gehen: Kürzungen beim Angebot – kaschiert als Anpassung an angeblich nicht vorhandenen Bedarf oder als Beitrag zum Umweltschutz – könnten den BVG-Etat um 20 Millionen Euro pro Jahr entlasten, so die Kalkulation.

Als erste werden vermutlich die Bewohner der Berliner Außenbezirke die Ausdünnung zu spüren bekommen: Im Gespräch ist, Bus- und Straßenbahnverbindungen in Randlagen einzuschränken.

Auch wenn offiziell ein Zusammenhang mit dem Debakel um den Berliner Großflughafen BER geleugnet wird – die zukünftigen finanziellen Belastungen durch das missratene Großprojekt werden immer offensichtlicher. Im brandenburgischen Doppelhaushalt 2013/14 wurden bereits weitere 435 Millionen Euro für den Großflughafen eingeplant.

Die Hauptstadt hingegen setzt auf das Prinzip Hoffnung. Im Berliner Haushalt ist bislang keinerlei Vorsorge für Mehrkosten durch den BER getroffen worden. Der Senat scheint auf eine inzwischen gebräuchliche Praxis zurückgreifen zu wollen. Die Flughafengesellschaft soll sich die fehlenden Gelder möglichst durch Anleihen beschaffen. Im Klartext: neue Schulden, die nicht im offiziellen Berliner Haushalt auftauchen.

> Flughafen-Debakel schlägt auch auf BVG-Haushalt durch

Das Prinzip wird bei der BVG bereits ausgiebig praktiziert. Der Schuldenberg der landeseigenen Verkehrsbetriebe ist so inzwischen auf mehr als 800 Millionen Euro angewachsen. Der Weg hin zu weiteren Kürzungen des Verkehrsangebots ist für die Zukunft damit vorgezeichnet.

Wenig erfreulich ist auch die Entwicklung beim Brennpunkt Berliner S-Bahn, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn. Die Dauerkrise des Unternehmens geht mittlerweile ins vierte Jahr, ohne dass eine wirkliche Besserung absehbar ist. Eine parlamentarische Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus brachte zutage, dass sich Verspätungen der S-Bahn allein von Januar bis Mai auf 170 810 Minuten addiert haben – am Stück wären das mehr als 118 Tage. Die S-Bahn Berlin führt die verschiedensten Ursachen als Begründung für die anhaltenden Probleme an: von Personalengpässen, über Signalstörungen bis hin zu Einsätzen von Polizei und Rettungskräften oder gar Kabeldiebstahl.

Der Chef des Verkehrsverbundes, Hans-Werner Franz, zieht ein ganz anderes Fazit: „Es fehlt offenbar die notwendige Entschiedenheit, die Schwierigkeiten schneller zu lösen." Hoffnungen auf eine Änderung der Lage liegen nun bei der auf den Weg gebrachten Teilausschreibung für den Innenstadtring. Allerdings soll erst 2014 eine Entscheidung über den neuen Betreiber fallen, der dann 2017 den Betrieb der Ringbahn übernehmen soll.

Ob das tatsächlich den erwarteten Durchbruch bringt, bleibt abzuwarten; nicht zuletzt, weil der neue Betreiber verpflichtet werden soll, rund 380 neue Waggons für geschätzte 600 Millionen Euro anzuschaffen, könnte aus der Ausschreibung leicht ein alter Bekannter als Sieger hervorgehen: die Deutsche Bahn.

Ein weiterer Schwachpunkt der Ausschreibung ist das Gleisnetz, auf dem der S-Bahnverkehr abgewickelt wird. Es gehört der Deutschen Bahn, die einen Verkauf weiterhin ablehnt. Als Folge befürchtet die Eisenbahnergewerkschaft EVG, dass die Deutsche Bahn Investitionen ins Gleisnetz unterlässt, so lange Unklarheit herrscht, wer künftig für den S-Bahnbetrieb zuständig ist.

Möglich ist allerdings auch eine ganz andere Entwicklung. Die Bahn entdeckt das Gleisnetz als lukrative Einnahmequelle und treibt damit die Kosten und somit auch Fahrpreise in die Höhe. Einen Vorgeschmack hat die Bahn bereits im Jahr 2010 geliefert, als sie der eigenen Berliner Tochtergesellschaft für das Abstellen von S-Bahnzügen auf dem konzerneigenen Gleisnetz Millionenbeträge in Rechnung stellte.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wäre entweder eine Ablösung des Schienennetzes von der Deutschen Bahn nötig oder wenigstens eine genaue Vorgabe aus dem Bundesverkehrsministerium. Zumindest aktuell dürften Vertreter des Berliner Senats mit entsprechenden Gesprächswünschen bei Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) aber eher auf taube Ohren stoßen. Obwohl der Bund immerhin mit 26 Prozent am neuen Berliner Großflughafen beteiligt ist, setzte die Flughafengesellschaft Experten des Bundes vor einigen Tagen kurz vor einem heiklen Test der Brandschutzanlage kurzerhand an die Luft. So macht man sich mächtige Feinde.

Norman Hanert

Gedenkstätte kommt voran

2013 eröffnet »Menschenrechtszentrum« im Stasigefängnis Cottbus

Das Vorhaben, im ehemaligen Stasigefängnis in Cottbus eine privat betriebene Gedenkstätte zu errichten, kommt gut voran. Sichtlich zufrieden berichtete Siegmar Faust – ehemals Stasiunterlagen-Beauftragter von Sachsen – am 24. Juli in der Berliner „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus" über die Fortschritte des 2007 angelaufenen Projekts „Menschenrechtszentrum Cottbus". Vorsitzender des Trägervereins ist der brandenburgische CDU-Generalsekretär und Landtagsabgeordnete Dieter Dombrowski, selbst Opfer der DDR-Unrechtsjustiz.

Dem Trägerverein ist es 2011 gelungen, das frühere Gefängnis der Stadt für 436 000 Euro anzukaufen. Seither schreitet die Restaurierung des Gebäudes zur Gedenk- und Begegnungsstätte stetig voran. Anfang 2013 wollen die Initiatoren eine moderne interaktive und multimediale Ausstellung mit dem Titel „Freiheit, Würde, Rechtsstaat – politische Verfolgung 1918 bis 1989" eröffnen. Der Verein zählt mittlerweile mehr als 130 Mitglieder – darunter auch den Oberbürgermeister von Cottbus, Frank Schimanski (SPD). Dennoch legen die Vereinsmitglieder großen Wert auf ihre Unabhängigkeit von Staat und Parteien. Damit sei gesichert, dass die öffentliche Hand bei einem Regierungswechsel keinen Einfluss auf das Projekt nehmen könne, so Faust.

> Der Trägerverein ist unabhängig von Staat und Parteien

Im Mai 2012 kamen bei Bauarbeiten vor dem Gefängnis Leichenteile zu Tage. Es werden noch mehr Tote vermutet, denn auf dem Gefängnisfriedhof wurden den Häftlinge beigesetzt und vermutlich auch Menschen, die bei dem alliierten Bombenangriff am 15. Februar 1945 umkamen.

Faust berichtete in Berlin auch von seinem persönlichen Schicksal. Beim Studium seiner Stasi-Akte habe er feststellen müssen, dass sein „väterlicher Freund" Heinz Kucharski ihn an die „staatlichen Organe" denunziert habe. Derselbe Kucharski soll nach dem Zeugnis von Überlebenden der Widerstandgruppe „Weiße Rose", der er selbst angehört hatte, bereits deren Mitglieder an die NS-Justiz verraten haben. Kucharski machte sich später in der DDR als Widerstandskämpfer wichtig. Das Menschenrechtszentrum Cottbus wird sich auch mit der NS-Zeit befassen, denn mehrere Frauen der „Weißen Rose" saßen dort ein. Faust: „Wir machen das nicht für die Opfer, sondern für die kommende Generation, damit sie den Wert von Freiheit und Rechtsstaat zu schätzen weiß."

Hans Lody

Posse um »Fight Nights«

Schwerins Landtagspräsidentin geht auf zwei CDU-Politiker los

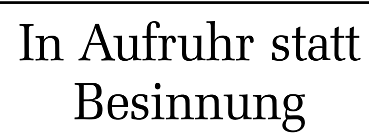
Seit 2007 finden in Neubrandenburg die „Fight Nights" statt. Kampfsportler verschiedener Disziplinen treten vor meist rund 1500 Zuschauern gegeneinander an. Der linksextremen „Antifa" sind diese Veranstaltungen ein Dorn im Auge – auch „Rechte" seien dort zu sehen und um am Rande seien gar vereinzelt NPD-Funktionäre beobachtet worden.

Die Landtagspräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Bretschneider (SPD), attakkierte nun die CDU-Politiker Frank Benischke und Hagen Schäfer. Per E-Mail an Politiker und Medien – darunter auch an Innenminister Lorenz Caffier (CDU) –, beklagt Bretschneider, die beiden seien auf der Internetplattform „Facebook" mit den Veranstaltern „befreundet". Das hält sie für einen Skandal. Indes: Die „Fight Nights" sind weder von Polizei noch Stadtverwaltung Neubrandenburg beanstandet worden und werden von seriösen Sponsoren unterstützt. Benischke – zu DDR-Zeiten Offizier der NVA und auch SED-Mitglied – wendet sich nachdrücklich gegen den Versuch, ihn in die Nähe von Rechtsextremisten zu rücken. Benischke und Schäfer wehren sich entschieden gegen die Angriffe. Sie ließen verlautbaren, dass sie eine Strafanzeige gegen Bretschneider wegen Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede stellen werden. Die Beschuldigte ließ indes gleich die nächste Breitseite folgen. Sie habe offenbar nicht nur ins Schwarze getroffen, sondern sogar ins Braune, höhnte Bretschneider in Reaktion auf die Klageankündigung.

> Schäfer: »Kampf gegen Rechts« amüsiert nur noch

Hagen Schäfer meint, den Grund für die Verbissenheit der Landtagspräsidentin gefunden zu haben. An Bretschneider gerichtet schrieb er: „Da Ihre langweilige und unlogische Propaganda zum ‚Kampf gegen Rechts' im besseren Fall freiheitliche Menschen mit Esprit amüsiert und tatsächlich immer weniger Menschen in Ihrem Wahlkreis interessiert, brauchen Sie ein reales Ergebnis, um Ihre politische Existenz zu rechtfertigen."

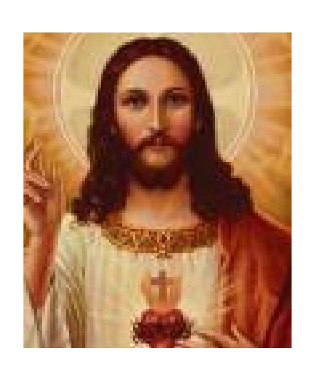
Die Wissenschaft scheint Schäfer Recht zu geben. Politikwissenschaftler der Universität Duisburg-Essen haben die Auseinandersetzung der demokratischen Parteien im Land mit der NPD untersucht. Dabei stand die Kommunalpolitik im Mittelpunkt. Ergebnis: Die Mehrheit der Befragten ist unzufrieden mit der Art und Weise des Umgangs mit dem Rechtsextremismus. Die Kampagnen erreichten die Bevölkerung nicht und seinen „verkopft". *T.M.*



Zeitzeugen



Mohammed – Das arabische Wort für Fasten „sawm“ hat die Grundbedeutung: „sich enthalten“ – vom Essen, Trinken, Rauchen, Geschlechtsverkehr. Mohammed kannte das Fasten von Medina, wo viele Juden lebten, die das Aschura-Fasten (das Fasten am Versöhnungstag, 3. Mose 16) einhielten. Da er an einem Bündnis mit den Juden interessiert war, forderte er auch seine Glaubensbrüder auf, zu fasten. Als sich die Juden nicht auf ein Bündnis einließen, ließ Mohammed sie nach seinem Sieg über die Mekkaner vernichten; das Fasten wurde nun bezogen auf die Herabsendung des Koran (Sure 2,185). In der 27. Nacht des Monats Ramadan („Nacht der Macht“; Sure 97 und 44,3) soll Mohammed seine erste Offenbarung durch den Engel Gabriel empfangen haben. So wurde der Monat Ramadan, der 9. Monat des muslimischen Mondjahres, zur vorgeschriebenen Fastenzeit.



Jesus – Das christliche Fasten geht auf das Fasten Jesu in der Wüste zurück. Deshalb beträgt die Länge der Fastenzeit 40 Tage und Nächte. Das Fasten diente zur inneren Vorbereitung der großen christlichen Feste Ostern und Weihnachten. Im Mittelalter waren die Fastenregeln sehr streng, sie wurden im 20. Jahrhundert merklich gelockert.

Buddha – Das Fasten kann zu bestimmten Anlässen durchaus ein probates Mittel sein, um Körper und Geist zu reinigen. Reglements findet man jedoch im Buddhismus nur selten. Der historische Buddha sagte zum Fasten und der Askese: „Nicht Nacktheit, Fasten, Schmutz, noch sonstiges Kastei'n macht den in Sinnenlust befang'nen Menschen rein.“ Es ist überliefert, dass sich der historische Buddha (Siddhartha Gautama), bevor er selbst die Buddhaschaft erreichte, unter der Führung mehrerer Lehrmeister in der Askese übte. Später erkannte er jedoch, dass auch die Askese nicht zum gewünschten Ziel führt.



Ahmed ibn Abd al-Aziz – Das von ihm geleitete Innenministerium von Saudi-Arabien hat auch Ausländer dazu angehalten, sich während des Ramadans an die Fastenregeln zu halten. Ausländer müssten die Gefühle der Muslime respektieren und während des Ramadans auf Essen, Trinken und Rauchen auf öffentlichen Plätzen und bei der Arbeit verzichten, so das Innenministerium. Verstöße können mit der Ausweisung aus dem Land bestraft werden.

Hungern bei Olympia?

Muslimische Sportler im Gewissenskonflikt, denn die Spiele fallen in die Fastenzeit

Vom 20. Juli bis zum 18. August fasten die Muslime und feiern Ramadan. Ursprünglich wohl eine Zeit der Besinnung ist der Ramadan heute zu einer Zeit besonderer sozialer Kontrolle und der öffentlichen Selbstdarstellung des Islams geworden.

Fasten gehört zu den geistigen Übungen und Verpflichtungen in allen großen Religionen. Im Islam, wo der diesjährige Fastenmonat Ramadan am 20. Juli begonnen hat, gehört das Fasten zu einer der fünf Säulen dieser Religion, vergleichbar den katholischen Sakramenten. Zu den fünf Säulen des Islams gehören neben dem Fasten auch das Glaubensbekenntnis und das Beten, das Almosengeben und die Wallfahrt nach Mekka. Alle mit den Säulen verbundenen Pflichten sollen sie in einheitlicher Ordnung und wenn möglich öffentlich vollzogen werden, nur beim Almosengeben kann eigentlich jeder Muslim machen, was er will. Beim Fasten gibt es viele Ausnahmetatbestände, etwa für Reisende, Kranke oder Kleinkinder, nur von Sonnenaufgang bis Untergang muss gefastet werden. Vielerorts sind gerade diese Zeiten so verschieden, dass eigentlich nur ein auf die Sonnenlaufbahn ausgerichteter Computer weltweit die exakten Fastenzeiten ausrechnen kann. Allerdings gibt es auch von dieser Richtschnur Ausnahmen, so in Skandinavien, sonst könnten dort, wenn der Ramadan auf den Sommer fällt und die Sonne drei Wochen nicht untergeht, keine Muslime leben. Das Fasten hat also im Islam, entgegen eines weitläufigen Missverständnisses, keinen asketischen Charakter, wie im Christentum, vom Propheten des Islam ist der Spruch überliefert „Askese ist nicht für uns“.

Ein besonderes Problem ist die Fastenzeit für die Sportler, die in besonderer Weise unter dem Druck und der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Medien stehen. Manche Sportler gehen deshalb von sich aus in die Offensive, wie etwa der Ägypter Abdelrahman Ahmed Shaalan, einer der Weltchampions im Sumu-Ringen. Er erklärte, dass er die für einen Sumuringer üblichen sehr umfangreichen Mahlzeiten durch „Geistige Übungen“ ersetzen wolle, die seinen Siegeswillen noch verstärken würden.

Höchstleistungen oder Fasten für Allah

Wie die islamischen Olympiateilnehmer mit dem Fastengebot, das in diesem Jahr in die Zeit der Olympischen Spiele fällt, umgehen werden, ist unklar. Wer Topleistung bringen will, um eine Medaille zu gewinnen, kann während des Tages nicht auf Nahrung, vor allem aber nicht auf Wasserzufuhr verzichten. Es gibt auf jeden Fall schon Forderungen muslimisch geprägter Länder wie der Türkei, Ägypten und Marokko zukünftige Olympische Spiele außerhalb des Ramadans stattfinden zu lassen. Dieser Termin sei ein Nachteil für alle muslimischen Athleten und zeige nur „die fehlende Sensibilität“ der Organisatoren, hieß es von der Islamic Human Rights Commission (IHRC) in London.

Der Chef des Organisations-Komitee, der Brite Sebastian Coe und selbst ein ehemals erfolgreicher Leichtathlet, weist den Vorwurf zurück. Das ganze Jahr über, vor allem im Sommer, gibt es internationale Sportveranstaltungen. Trotzdem habe man sich bemüht, jedem Wunsch der religiösen Gruppen gerecht zu werden. So bleiben während der Wettkämpfe die Restaurants im olympischen Dorf bis Mitternacht geöffnet, so dass Muslime auch nach Einbruch der Dunkelheit essen gehen können.

Die Athleten selbst gehen unterschiedlich um mit dem Zwiespalt zwischen Glaube und Sport. Manche wie der algerische 3000-Meter-Hindernisläufer Khaled Belabbas wollen trotz der Nachteile für den Körper fasten, die marokkanische Schwimmerin Sara El-Bekri hat sich gegen das Fasten entschieden. Wieder andere, wie der britische Ruderer Muhammed Sbihi, wollen das Fasten nachholen. Wieder andere erklären sich während ihres Aufenthaltes bei Olympia einfach zu „Reisenden“, für diese gilt das Fastengebot gar nicht. *Bodo Bost*



Der Koran bietet durchaus Sonderregeln: Athleten können Fasten auch nachholen oder sie ignorieren es als „Reisende“ Bild: Getty

In Aufruhr statt Besinnung

Das Fasten, wie es heute im Islam praktiziert wird, unterscheidet sich ganz entscheidend von dem christlichen oder jüdischen Fastengebot. Ursprünglich war auch im Islam das Fasten wie im Judentum und Christentum eine Zeit der Besinnung und des Gebetes. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch auch der Ramadan, ähnlich wie das Wallfahrtsgebot nach Mekka, zu einer Zeit der intensivierten islamischen Selbstdarstellung geworden. Dadurch haben sich in der Zeit des Ramadan in den letzten Jahren die Konflikte in der islamischen Welt potenziert, so als ob gerade der Ramadan solche Konflikte anheize.

Da der Ramadan nach dem Mondjahr berechnet wird, verschiebt er sich von Jahr zu Jahr um etwa zehn Tage. Zumindest rund um das Mittelmeer fällt der Ramadan in diesem Jahr in die Hochsommerzeit. Nicht nur deshalb rechnen Beobachter in der Region mit einer Erhitzung der Gemüter und einer Eskalation der Konflikte in Syrien, in Afghanistan oder auch in Mali, wo Islamisten der Gruppe Ansar ed-Din zuletzt mehrfach islamische Heiligtümer zerstört haben.

Wenn ein Sandwich zur Gefahr wird

Gerade im Ramadan ist die soziale Kontrolle innerhalb der muslimischen Bevölkerung noch größer als sonst. Immer mehr kommt es in den letzten Jahren zu Verurteilungen von Fastenbrechern, auch in nicht von Islamisten beherrschten Ländern, wie zum Beispiel Algerien. Obwohl es in Algerien kein Gesetz gibt, das Nahrungsaufnahme während des Fastenmonats Ramadan bei Gefängnisstrafe verbietet, wurden dort 2009 mehrere junge Muslime von einem algerischen Gericht zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von umgerechnet 1000 Euro wegen „Verletzung einer der fünf Säulen des Islams“ verurteilt. Das Verbrechen dieser Jugendlichen war, tagsüber ein Sandwich gegessen zu haben. *B.B.*

Der Druck nimmt zu

Fasten wird in der Türkei immer mehr zum gesellschaftlichem Muss

In der Türkei nimmt seit Jahren der öffentliche Nachbarschaftsdruck zu, infolge dessen steigt auch der Druck, das Fasten und das anschließende Fastenbrechen in der Öffentlichkeit zu vollziehen. So werden in der Türkei während des Ramadans immer mehr weltliche Veranstaltungen, vor allem wenn sie mit der Einnahme von Essen oder Trinken verbunden sind, abgesetzt, in diesem Jahr traf es das Festival der Bilgi Universität.

Der Vorsitzende des Diyanet, der türkischen Religionsbehörde, Mehmet Görmez, verkündete vor dem Ramadan, dass Festivals oder Unterhaltungsprogramme im Ramadan nichts zu suchen hätten. Görmez kritisierte aber auch das übermäßige Schlemmen während den Iftar Essen, nach dem Ende des Fastens am Abend, wo jetzt in manchen islamischen Regionen, drei bis vier Mahlzeiten in sechs Stunden zu sich genommen werden. So absurd es klingt, die Fastenzeit ist in den islamischen Ländern eigentlich zu einer Zeit des übermäßigen Essens geworden, entsprechend viele Magendurchbrüche sind die medizinischen Folgen.

Fastenzeit wird zur Zeit des großen Fressens

Die Türkei ist zu einer riesigen Überwachungsanstalt geworden, so der namhafte türkische Soziologe Serif Mardin. Er hat den Begriff des „Nachbarschaftsdrucks“ (mahalle baskisi) in den öffentlichen Diskurs eingeführt. Der Begriff drückt die Befürchtung aus, dass ein vom unmittelbaren sozialen Umfeld ausgehender Druck auf ein Individuum so stark werden kann, dass es nicht nur in seiner freien Entfaltung beeinträchtigt wird, sondern sich wohl oder übel dem Druck ergibt, um der Gefahr eines Ausschlusses aus dem Kollektiv entgegenzusteuern.

Infolge dieses Druckes fällt der türkische Alltag zunehmend „merkwürdigen“ Wandlungen anheim. In verschiedenen Stadtteilen von Istanbul, die von der AKP von Premier Erdogan regiert werden, sind während der Fastenzeiten im Ramadan kaum noch offene Läden zu finden, obwohl es auch in der Türkei noch kein Gesetz gibt, das Essen während der Fastenzeit verbietet. Viele Laden- und Imbissbesitzer tun allerdings schon so, als gäbe es dieses Gesetz bereits.

Touristen fühlen sich immer öfter schief angeschaut

Auch der Druck auf Touristen in der Türkei wird immer größer. Selbst in Touristenorten wird man immer mehr schief angeguckt, wenn man im Ramadan auf der Straße „demonstrativ“ zeigt, dass einem das Fasten eines größeren Teils der Bevölkerung nicht interessiert. In den Dörfern kann es passieren, dass „Fastenbrechern“, auch wenn sie gar keine Muslime sind, schon mit handfesteren Methoden gezeigt wird, was „Einheitlichkeit“ im Islam bedeutet. Nur die Aleviten, zu denen fast 30 Prozent aller Türken gehören, fasten im Allgemeinen nicht im Ramadan und sind auch sonst viel liberaler eingestellt. *B.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3456**

Schäuble auf Beutezug

Finanzminister erschließt immer neue Einnahmequellen – Steuergerechtigkeit nicht mal vorgetäuscht

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen steigt die deutsche Staatsverschuldung weiter an, und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nimmt daher immer neue Einnahmequellen ins Visier. Zudem steht im Bundesfinanzministerium ein Experte bereit, der sich schon einmal über die Enteignung von Sparvermögen Gedanken gemacht hat.

Zumindest auf einem offiziellen Kalender wird man den 8. Juli 2012 nicht als Feiertag finden. Es ist der Bund der Steuerzahler, der jährlich mit seinem „Steuerzahlergedenktag" daran erinnert, bis zu welchem Tag des Jahres die Bürger rein rechnerisch nur für den Staat gearbeitet haben. In diesem Jahr war der Zeitraum zwei Tage länger als 2011, ganze sieben Tage mehr als im Jahr 2010. Entsprechend groß sind auch die Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Allein im ersten Halbjahr sind die Einnahmen bereits um 4,4 Prozent gestiegen.

Neue Schulden trotz Rekordeinnahmen

Schaut man sich die jüngsten Aktivitäten der Finanzämter und neue Steuerpläne aus Schäubles Ministerium an, dann scheint dies aber immer noch nicht genug zu sein. Eher hat es sogar den Anschein, dass im Finanzministerium ein regelrechter Ideenwettbewerb zur Erschließung neuer Einnahmequellen ausgebrochen ist. In den Blick geraten ist etwa der Selbstbehalt bei Kfz-Haftpflichtversicherungen, der von gewerblichen Flottenbetreibern genutzt wird. Die Versicherungssteuer soll künftig nicht nur auf die Haftpflichtprämie gezahlt werden, sondern im Schadensfall auch auf die Selbstbeteiligung. Der nächste Schritt dürfte absehbar sein: eine Steuerpflicht bei den Selbstbehaltregelungen für Kasko-Versicherungen und bei Krankenkassen – der „Steuergerechtigkeit" wegen.



Sparer in Nöten: Allenfalls unter der Matratze oder im Garten vergraben ist das Geld vorm Fiskus noch sicher

Bilder (2): f1 online, pa

Bereits im kommenden Jahr will Schäuble Freiwillige zur Kasse bitten, die sich zum Wehrdienst oder zum Bundesfreiwilligendienst melden. Die Besteuerung der ohnehin kargen Vergütung trifft auf den Widerstand von Schäubles Kabinettskollegen Thomas de Maizière (CDU) und Kristina Schröder (CDU). Die zusätzlichen Einnahmen werden für das Jahr 2013 lediglich auf zehn Millionen Euro geschätzt, dafür dürfte aber die Zahl der Freiwilligen weiter schrumpfen.

Ähnlich kontraproduktiv ist das Signal, das von einem aktuellen Streit zwischen dem Fiskus und einem sächsischen Bäckermeister ausging. Für altes Brot, das er für Obdachlosen-Tafeln gespendet hatte, sollten 5000 Euro Steuern nachgezahlt werden. Handhabe war eine Formalie des Umsatzsteuerrechts, nach der für Sachspenden Umsatzsteuer anfällt. Wäre das unverkaufte Brot auf dem Müll gelandet, statt an sozial Schwache gespendet zu werden, hätte alles seine Ordnung gehabt – zumindest steuerrechtlich. Inzwischen lenkte die Finanzverwaltung ein und setzte fest, dass Lebensmittel, deren Haltbarkeit abläuft, einen Wert von null Euro haben, so dass keine Umsatzsteuer anfällt.

Begleitet wird die Suche nach neuen Besteuerungsmöglichkeiten von aktuellen Rekordeinnahmen der öffentlichen Hand. Steuerschätzer rechnen für dieses Jahr mit Gesamteinnahmen von 596,5 Milliarden Euro bei Bund, Ländern und Kommunen.



Nimmt Geld, wo er es kriegen kann: Wolfgang Schäuble

Paradoxerweise gehen die steigenden Steuereinnahmen einher mit einer steigenden Neuverschuldung. Im vergangenen Jahr wurden dank einer guten Konjunkturlage vom Bund netto „nur" 17,3 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen. Trotz höherer Einnahmen sollen es dieses Jahr aber 34,8 Milliarden Euro neue Kredite sein. Zumindest, wenn sich der im Juni beschlossene Nachtragshaushalt nicht als komplette Makulatur entpuppt.

Tatsächlich scheint dies aber genau Realität zu werden. Die erste Überweisung an den Euro-Rettungsfonds ESM über fast neun Milliarden Euro ist zwar einkalkuliert, nicht aber, was an weiteren Belastungen bereits jetzt absehbar ist. Regelrecht erkauft wurde etwa die Zustimmung von SPD und Grünen zu ESM und Fiskalpakt. Erwartete Kosten: mehr als vier Milliarden Euro, die teilweise bereits im laufenden Jahr fällig werden. Ebenso unberücksichtigt ist das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Leistungen für Asylbewerber. Geschätzte Mehrkosten: weit über 200 Millionen Euro jährlich. Die Summen werden zweifellos über Steuern oder neue Kredite eingetrieben werden statt über Einsparungen. Sollten eingegangene Risiken und Bürgschaften für die Versuche zur Rettung des Euro eines Tages aber fällig werden, dann dürfte auch die bisherige Fiskalpolitik mit ihrem Latein am Ende sein.

Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen sitzt seit vergangenem Jahr im Bundesfinanzministerium jemand, der sich schon einmal über eine „Große Lösung" Gedanken gemacht hat. Statt auf hausinterne Beamte zurückzugreifen, hat Schäuble Ende 2011 Levin Holle, einen Quereinsteiger, zum Leiter der wichtigen Abteilung „Finanzmarktpolitik" ernannt.

Steuern bald auf Selbstbehalt?

Holle war seit dem Jahr 2007 Leiter des Berliner Büros der Boston Consulting Group (BCG), die sich auf die Beratung öffentlicher Auftraggeber spezialisiert hat. Noch unter der Leitung Holles war bei der BCG eine aufschlussreiche Studie mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Euro-Krise entstanden.

Vorgeschlagen wurde nichts anderes als die Teilenteignung privater Sparvermögen. Der Studie zufolge sind in der gesamten Euro-Zone 18 Billionen Euro an Sparvermögen vorhanden. Um die Verschuldung der Staaten auf ein tragfähiges Niveau von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zu bringen, sollten mit Hilfe einer einmaligen Besteuerung privater Vermögen europaweit sechs Billionen Euro in die Staatskassen fließen, so die Idee der BCG. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Hundertschaften an die Grenze

Uckermark – Der Diebstahl von Land- und Baumaschinen und deren Zubehör in der brandenburgischen Grenzregion zu Polen ist seit der Grenzöffnung im Jahr 2007 stetig steigend. Eine genaue Zahl erscheint in den offiziellen Statistiken nicht, da diese Diebstähle zum Kfz-Raub gerechnet werden. Die Aufklärung tendiert auch wegen des Stellenabbaus von 1700 Polizisten gegen Null. Bauern und Unternehmer der Uckermark wollten der Landesregierung den Missstand aufzeigen und haben eine eigene Statistik über die Diebstähle geführt und diese zusammen mit der Schadenssumme an die Landesregierung geschickt. Diese hat reagiert und in den Wahlkreis von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zeitlich befristet drei Hundertschaften entsendet. *S.G.*

Mit Feuer gegen Nazis?

Schwerin – Extremismus dürfe „nicht mit Straftaten bekämpft werden", betonte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU), nachdem auf dem Gelände, auf dem die NPD am 11. August ihr Pressefest feiern will, Ende Juli ein Stall in Flammen aufgegangen war. Die Polizei im Landkreis Vorpommern-Greifswald, die für das bei Pasewalk liegende NPD-Veranstaltungsgelände zuständig ist, schließt Brandstiftung nicht aus. „Wer auf die braunen Umtriebe mit Gewalt antwortet, begibt sich auf eine Stufe mit den Rechtsextremen und schadet so dem friedlichen Protest des breiten Bürgerbündnisses", warnte SPD-Landtagsfraktionschef Norbert Nieszery. Diese Warnung kam jedoch zu spät, denn vor einigen Wochen hatte sich ein Aktionsbündnis gegen die NPD-Veranstaltung formiert, in dem Mitglieder vom DGB, aber auch SPD überlegten, wie ein „zufälliger Rohrbruch" das Pressefest verhindern könnte. *Bel*

Zeugen und Richter in Gefahr

Libanesische Großfamilien erkennen deutsches Rechtssystem nicht an

Mohammad O., ein 38-jähriger Libanese mit deutschem Pass, ist schuldig gesprochen worden, den Syrer Abdelkader D. im niedersächsischen Sarstedt an einer roten Ampel erschossen zu haben. Der deswegen als „Ampelmord" bezeichnete Fall zeigte nicht nur dem Vorsitzenden Richter Ulrich Pohl die harte Realität libanesischer Großfamilien, die den deutschen Rechtsstaat nicht akzeptieren, sondern auch, dass sich dies nicht nur auf die deutschen Ballungszentren beschränkt. Bisher sei er der Meinung gewesen, so der Richter in seiner Urteilsbegründung, dass die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Geduld", in welchem sie auch die kriminellen Machenschaften ausländischer Großfamilien benannte, übertreiben würde. Doch nun müsse er anerkennen, dass er sich getäuscht habe.

Überrascht habe ihn, wie viele Zeugen aus Angst nicht mehr aussagen wollten und wie viele im Zeugenstand gelogen haben. Obwohl es keine eindeutigen Beweise, kein Geständnis oder belastende Zeugenaussagen gab, sah es das Gericht als erwiesen an, dass Mohammad O. den Geliebten seiner Ehefrau regelrecht exekutiert habe, um die Familienehre wieder herzustellen.

Die während des Verfahrens gewonnene Erkenntnis des Richters, dass ausländische Großfamilien die deutsche Justiz weder anerkennen noch respektieren, wurde nach der Urteilsverkündung bestätigt. Während die Mutter des Verurteilten sich auf wüste Beschimpfungen beschränkte, sprachen andere Familienmitglieder unverhohlen Morddrohungen gegen den Richter und den Staatsanwalt aus, während sie die Prozessbeteiligten mit dem Mobiliar bewarfen. Erst eine eilig gerufene Hundertschaft der Polizei konnte die Lage in und vor dem Gericht beruhigen. Seitdem stehen Richter und Staatsanwalt unter Polizeischutz.

Kirsten Heisig warnte bereits vor Jahren vor Parallelgesellschaft

Der niedersächsische Richterbund zeigt sich schockiert von diesen Ereignissen und dem Aggressionspotenzial. Es sei inakzeptabel, dass „Richter, die für den Rechtsstaat eintreten, um ihr Leben fürchten ... müssen".

Dass die Jugendrichterin Heisig in ihrer Beurteilung von ausländischen Großfamilien nicht falsch liegt, wird auch von Andreas Henninger vom LKA Berlin in einer Studie bestätigt. Im Gegensatz zu den türkischen Gastarbeitern kam es zu keiner sozialen Integration, sondern nur zu einer materiellen. Die meisten leben in einer Parallelgesellschaft mit kriminellen Strukturen, in denen nach eigenen Regeln gelebt und geurteilt wird und der deutsche Rechtsstaat nicht anerkannt wird. Bei Prozessen werden Zeugen eingeschüchtert oder es wird mit Geld Schweigen erkauft.

Die in Deutschland lebenden libanesischen Großfamilien, spätestens in der zweiten Generation mit deutschem Pass, sind während des libanesischen Bürgerkriegs nach Deutschland geflohen. Da es sich dabei meistens um Kurden aus der südostanatolischen Türkei handelt, die im Libanon als Tagelöhner und Arbeitsmigranten arbeiteten, hatten sie keinen libanesischen Pass und konnten nicht wieder abgeschoben werden. Aufgrund des vergleichsweise hohen materiellen Status, den die deutsche Sozialhilfe ermöglichte, wurden weitere Kurden animiert, nach Deutschland zu kommen. *S. Günther*

Modell für die Zukunft

»Rentner-Rückruf-Aktion« durchaus mehr als ein Werbegag

Böse Zungen unken, der Otto-Konzern habe mit seiner angekündigten „Rückruf-Aktion" bereits verrenteter ehemaliger Mitarbeiter endlich mal positive Schlagzeilen machen wollen. Da derzeit alle Medien unter der nachrichtenarmen Sommerferienzeit leiden, saugen sie dankbar alles auf, was ihre Zeitungsseiten und Sendezeiten füllt. Da kam ihnen die Nachricht, der Otto-Konzern wolle wegen Fachkräftemangel 50 bis 60 ehemalige Mitarbeiter der Führungsebene für Projekte auf 400-Euro-Basis befristet wieder einstellen, gerade recht.

Wer jedoch die Wirtschaftsnachrichten der letzten Monate gelesen hat, wollte Otto den Fachkräftemangel nicht wirklich abnehmen, denn der klassische Versandhändler Otto leidet derzeit ähnlich wie seine inzwischen abgewickelte oder in Abwicklung befindliche einstige Konkurrenz Quelle und Neckermann. Zwar hat der Versandhändler Otto mit dem Logistikunternehmen Hermes, der Hanseatic Bank und auch dem Dessous-Einzelhändler Lascana einige weitere Einnahmequellen, doch die sinkenden Einnahmen aus dem einstigen Hauptgeschäftszweig machen massive Umstrukturierungen im Unternehmen notwendig. Entlassungen werden hierbei nicht ausgeschlossen. Und jetzt will das Unternehmen, das in den letzten Jahren von neuen, erfolgreichen Internetversandhändlern wie amazon und zalando überrascht wurde, mit Hilfe seiner Rentner das Feld im Internethandel von hinten aufräumen und sein verstaubtes Image hinter sich lassen?

Vergleichbar mit dem Dreißigjährigen Krieg

Doch egal, ob man dem Otto-Konzern mit seinen 26 000 Mitarbeitern in Deutschland jetzt die „Rentner-Rückruf-Aktion" abnimmt oder sie als Werbegag für ein soziales Image sieht, auf jeden Fall bietet sie Ansatzpunkte für die Zukunft. Das Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) weist darauf hin, dass schon jetzt die Erwerbsbevölkerung schrumpft. In einigen Jahren werden es aber pro Jahr einige hunderttausend Arbeitskräfte pro Jahr sein, die der Wirtschaft weniger zur Verfügung stehen, weil starke Geburtenjahrgänge in Rente gehen und schwache Geburtenjahrgänge die Schule verlassen, um die in die Ruhestand Gehenden zu ersetzen. Bis 2050 verliert die Bundesrepublik so ein Drittel ihrer arbeitsfähigen Bürger. „Das ist mit dem Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs im Dreißigjährigen Krieg zu vergleichen", macht der Direktor des IZA, Hilmar Schneider, das Ausmaß der Entwicklung deutlich. Die stets von der Wirtschaft geforderte Zuwanderung und Steigerung der Frauenerwerbsquote seien laut Schneider nicht in der Lage, den Rückgang bei der Erwerbsbevölkerung aufzufangen.

Das wiederum hat auch Folgen für die Wirtschaftskraft des Landes und somit auch auf die Höhe der Rente der immer älter werdenden Ruheständler. Und somit ist das Modell, Rentner in Teilzeit zu beschäftigen, zumindest für die Zukunft eines von vielen verschiedenen, ineinander greifenden „Werkzeugen", um dem Fachkräftemangel und Mangel an Erwerbspersonen im Allgemeinen zu begegnen. Einige Experten halten bereits die Rente mit 67 für zu kurz gegriffen, zugleich ist unbestritten, dass mit dem Alter die Produktivität je nach Tätigkeit und Gesundheitszustand nachlässt. Eine Mischung aus Teilzeitbeschäftigung kombiniert mit der Auszahlung der bereits erarbeiteten Ansprüche aus den Rentenkassen könnte hier Abhilfe schaffen. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

DEA: Von Mexiko nach Westafrika

Washington – Die US-Antidrogenbehörde DEA wird derzeit massiv kritisiert, da sie in 15 westafrikanischen Ländern Einheiten gegen den Drogenhandel ausbildet. Während sie daheim seit Jahrzehnten den Drogenhandel von Mexiko in die USA nicht in den Griff bekommt, wolle sie nun in Ländern wie Ghana und Nigeria Spezialisten ausbilden, beklagen Medien. Einige sprechen gar von einem „imperialistischen Ausflug" und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für US-Sicherheitskräfte und kritisieren die Belastung für den US-Steuerzahler. Allerdings haben die USA auch ein Eigeninteresse. Die Drogen, die in Westafrika nach Europa verschifft werden, stammen aus Mexiko, die Einnahmen gehen an Al-Kaida oder Rebellentruppen, die die Regionen destabilisieren, aus denen die USA immer öfter Öl beziehen. *Bel*

Pfiffe lösen Mini-Skandal aus

Paris – Die neue französische Ministerin für sozialen Wohnungsbau, Cécile Duflot von den Grünen, war am 17. Juli in einem dezenten Sommerkleid vor die französische Nationalversammlung getreten, um zu einem Pariser Architekturprojekt Stellung zu nehmen. Männliche Abgeordnete, vor allem aus der konservativen Opposition, reagierten darauf mit Pfiffen. Die 37-jährige Ministerin selbst reagierte im Sender RTL indigniert: „Ich war über dieses Niveau bestürzt. Ich habe lange Jahre im Bausektor gearbeitet, aber so etwas noch nicht erlebt." Die Abgeordneten Patrick Balkany und Jacques Myard von der UMP verteidigten ihr Verhalten damit, dass sie nur „ihrer großen Bewunderung für das weibliche Geschlecht Ausdruck verliehen hätten". Balkany fügte hinzu, „womöglich habe die Ministerin das Kleid auch getragen, damit man nicht höre, was sie sage". *N.B.-P.*

Die Räuber und ihr »Wald«

Türkei: Staat enteignet Kloster – Justiz interpretiert das Recht dabei sehr eigenwillig

Mor Gabriel, das älteste noch existierende Kloster der Christenheit, hat vor dem Berufungsgericht in Ankara den Prozess um sein Land in der Türkei verloren. Trotz der unfairen Behandlung überlegt die syrisch-orthodoxe Kirche ihren Hauptsitz von Syrien in die Türkei zu verlegen.

Mor Gabriel wurde im vierten Jahrhundert gegründet. Es ist viele Jahrhunderte älter als alle Klöster Europas, selbst die Klosterrepublik der orthodoxen Kirche auf dem Berg Athos in Griechenland wurde erst 500 Jahre später gegründet. Das Kloster Mor Gabriel ist das geistliche Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei, eine christliche Religionsgemeinschaft, die einst ihr Weltzentrum und den Sitz ihres Patriarchats im Südosten der Türkei hatte, allerdings von der der laizistischen Türkei nach dem Vertrag von Lausanne von 1923 nicht als offizielle Religionsgemeinschaft des Landes anerkannt wurde.

Das Berufungsgericht in Ankara hat kürzlich das Urteil des Obersten Gerichts bestätigt, wonach das umstrittene Land dem türkischen Staat gehört. Bei dem Streit geht es um fast 28 Hektar Land. Das türkische Forstministerium hatte dieses gemäß einem Gesetz aus dem Jahre 1950 als Wald definiert, auch wenn es darauf nur Sträucher gibt. Wald darf in der Türkei nicht im Besitz von Privatpersonen oder religiösen Stiftungen sein.

Da die christlichen Religionsgemeinschaften nicht als Rechtspersönlichkeiten anerkannt werden, muss kirchlicher Besitz bei religiösen Stiftungen registriert sein. In erster Instanz hatte ein Gericht zugunsten Mor Gabriels entschieden. Das Kloster hatte seine Ansprüche auf das Land nachweisen können, da es seit den 30er Jahren Steuern darauf zahlt. Das Berufungsgericht berücksichtigte die Steuerbelege im Revisionsprozess allerdings nicht, da sie aus den Akten verschwunden waren. Das Kloster prüft nun, ob es das Urteil vor dem türkischen Verfassungsgericht anfechten soll. Der Vorsitzende der Klosterstiftung, Kuryakos Ergün, schließt nicht aus, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen.

Hintergrund des Konfliktes ist die Einführung von Land-Katastern, die von der Europäischen Union als Bringschuld für einen eventuellen Beitritt der Türkei angesehen wird. Bereits 2005 war es im Vorfeld von Landvermessungen zu ersten Landbesetzungen in der Nähe des Klosters gekommen, die jedoch von der türkischen Regierung gestoppt wurden. Sowohl der türkische Staat als auch drei kurdische Dörfer fordern Land, das Kloster Mor Gabriel aber auch für sich beansprucht.

Steuerbelege sind aus den Prozessakten verschwunden

Metropolit Timotheos Samuel Aktas, der viele Jahre auch Abt war und seinen Sitz im Kloster hat, hat dieses Kloster wieder neu zum geistlichen Zentrum der syrischen Christen ausgebaut. Er hat nach europäischem Modell auch Sozialeinrichtungen für die letzten noch etwa 3000 aramäischen Christen in der Südosttürkei eingeführt. Heute leben und arbeiten im Kloster etwa 75 Personen – Mönche und Nonnen – in zwei getrennten Bereichen, und Lehrer mit ihren Familien für die etwa 30 Internats-Schüler, von denen die meisten aus westeuropäischen Staaten kommen, weil in den 1980er und 1990er Jahren die meisten syrischen Christen nach Westeuropa geflüchtet sind. Jährlich besuchen nach Auskunft des Klosters etwa 30 000 ehemalige aramäische Dorfbewohner, die nach Westeuropa geflüchtet sind, das Kloster, das somit zu einem bedeutenden touristischen Zentrum der Region geworden ist. In der Klosterschule wird das Aramäische, die Liturgie und Literatur der syrischen Christen gelehrt. Das Aramäische war auch die Muttersprache von Jesus.

Die aramäischen Christen haben ihre Urheimat, die sie schon lange vor der Ankunft der Türken und Kurden bewohnt hatten, verlassen, weil sie zwischen die Fronten der Konfliktparteien im türkisch-kurdischen Bürgerkrieg geraten waren, der die Südosttürkei seit 1980 heimsucht. Damals haben zahlreiche christlichen Bewohnern auch die Nachbardörfer des Klosters verlassen. Bis dahin war der Tur Abdin das letzte mehrheitlich christliche Gebiet der Türkei. Obwohl mit der Perspektive eines möglichen EU-Beitritts der Türkei einige nach Westeuropa geflüchtete Christen wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, herrscht weiterhin ein Klima von Angst und Einschüchterung in der Gegend um das Kloster.

„Das Urteil des Kassationsgerichts gefährdet nicht nur das Kloster Mor Gabriel, sondern zugleich auch die Religion und Kultur der gesamten syrisch-orthodoxen Minderheit in der Türkei", erklärte Erika Steinbach, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie hat nach dem Urteil eine Unterschriftenaktion im Internet für das Kloster Mor Gabriel und gegen das Enteignungsurteil angeregt. Der Deutsche Bundestag hatte bereits im Juni auf Vorschlag der Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP beschlossen, die Existenz des Klosters Mor Gabriel zu schützen.

Zur syrisch-orthodoxen Kirche, die heute von Patriarchen Mar Ignatius Zakay I. in Damaskus geleitet wird, gehören heute etwa drei Millionen Gläubige, die Mehrheit davon lebt in Indien und Europa. Seit einigen Monaten verhandeln die beiden syrischen Patriarchate mit der türkischen Regierung, ihre Sitze infolge der Syrienkrise wieder in die Türkei zurückzuverlegen. *Bodo Bost*



Religiöses und touristisches Zentrum: Das Kloster bietet aramäischen Christen Beistand Bild: laif

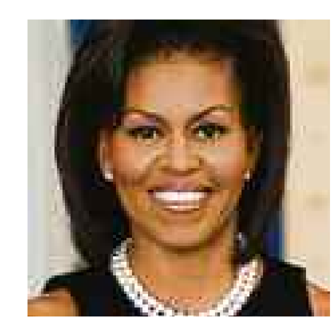
Sklavenhalter als Vorfahr

Die unbequemen weißen Wurzeln der Michelle Obama

Noch immer berührt die von Rachel Swarns, eine Reporterin der „New York Times", gemachte Entdeckung ein lang gehegtes Tabu der US-Gesellschaft. Bereits 2009 konnte die Autorin, die sich intensiv mit der Familiengeschichte von US-Präsidentengattin Michelle Obama beschäftigt hatte, sogar per DNA-Test nachweisen, dass es sich bei Dolphus Shields, dem Ururgroßvater von Barack Obamas Frau, um einen Mischling gehandelt hat: Er hatte eine schwarze Mutter und einen weißen Vater. In den 1850er Jahren geboren war er aus einer Verbindung einer Sklavin und eines Sklavenhalters hervorgegangen.

Die Recherchen von Rachel Swarns, die nun ein Buch zur Familiengeschichte Michelle Obamas veröffentlicht hat, berühren gleich mehrere Punkte, die in der US-Gesellschaft bis heute gern unter der Decke gehalten werden. Im Gegensatz zum weit verbreiteten Klischee war der Besitz von Sklaven keineswegs eine Angelegenheit, die nur auf die Oberschicht beschränkt gewesen ist. Bei den Shields, die als weiße Vorfahren Michelle Obamas identifiziert werden konnten, handelte es sich um relativ bodenständige Bauern, die auf den Feldern des nördlichen Georgia selbst mit Hand anlegen mussten und die nur wenige Sklaven besaßen. Im Klartext: Die weit verbreitette Sichtweise, die Sklavenhaltung wäre eine Angelegenheit begüterter Besitzer von Großplantagen gewesen, lässt sich kaum aufrechterhalten.

Noch viel stärker am Selbstverständnis vieler weißer Amerikaner kratzt allerdings der Charakter vieler gemischtrassiger Beziehungen, die unter den Bedingungen der



Michelle Obama

Sklaverei zustande gekommen waren. Liebesbeziehungen dürften weit weniger verbreitet gewesen sein, als dem Empfinden der heutigen Nachkommen der Sklavenhalter lieb sein dürfte. So schockierend es auch sein mag, wesentlich realistischer dürfte es sein, sich die eigenen Vorfahren als Vergewaltiger vorzustellen. Daten von Volkszählungen, in denen zum Ende des 19. Jahrhunderts in großer Zahl „gemischtrassige Amerikaner" ausgewiesen wurden, lassen auch in diesem Fall den Verweis auf bedauerliche Einzelfälle als Schutzbehauptung erscheinen. Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen lassen sogar den Schluss zu, dass bis zu 35 Prozent der männlichen Schwarzen in den USA in ihrem Erbgut die Spuren von gemischtrassigen Verbindungen tragen, die vermutlich in den Zeiten der Sklaverei zustandegekommen waren.

Viele der älteren Amerikaner dürften zudem die Praxis der Rassentrennung, die noch bis in die 1960er Jahre verbreitet war, in Erinnerung haben. Der Gedanke, dass wohlmöglich eigene Blutsverwandte noch vor 50 Jahren einer legalisierten Diskriminierung in der Öffentlichkeit unterworfen waren, dürfte auch in dieser Hinsicht für viele weiße US-Bürger kaum behaglich sein. Die Tatsache, dass in den USA Schwarze und Weiße öfter miteinander verwandt sind, als dies bisher wahrgenommen wurde, rührt allerdings auch in den Reihen der schwarzen „Community" an so mancher Gewissheit. Das über lange Zeit von einigen Bürgerrechtsaktivisten aufrechterhaltene Überlegenheitsgefühl aufgrund der eigenen reinen schwarzen Abstammung ist häufig ebenso Chimäre, wie das Klischee von den moralisch einwandfreien Vorfahren, das bei vielen weißen US-Bürgern nach wie vor verbreitet ist. *N. Hanert*

Erbfeinde an der Adria

Slowenien und Kroatien behindern sich, wo sie nur können

Slowenien und Kroatien haben seit Ende 2011 neue Regierungen, die alte Konflikte in verstärkter Aggressivität austragen, etwa in der Art von jüngst Danilo Tuerk, Sloweniens Staatspräsident: „Kroatien sollte derzeit, da es um seinen EU-Beitritt geht, mehr auf seine Glaubwürdigkeit achten. Es arbeitet mit hinterhältigen Tricks, was hinter uns liegen sollte." Anderenfalls folge Revanche: Slowenien hat bereits 2008/09 monatelang Kroatiens EU-Verhandlungen blockiert und 2009 erst als letzter Staat Kroatiens Nato-Beitritt ratifiziert – jetzt scheint es entschlossen, Kroatiens EU-Beitritt zu verhindern.

Aus dem Bündel bilateraler Konflikte ragen zwei heraus, so der Streit um die Seegrenze im Golf von Piran, dem Adriabecken vor Sloweniens 46 Kilometer langen Küste. Als beide Staaten vor über 20 Jahren souverän wurden, war Sloweniens Hoheit über den Golf unstrittig, aber dann machte Zagreb die jugoslawische Adria im Handstreich zum kroatischen Mare nostrum, zog die Seegrenze entlang des Flusses Dragonja, wodurch italienische und kroatische Territorialgewässer ineinander übergingen und Slowenien vom offenen Meer ausgesperrt war. Zur Abwehr griff Slowenien sich vier Dörfer südlich der Dragonja und „korrigierte" so seine Seegrenze. Jetzt hatte es Zugang zum Meer, Zugriff auf Gasvorkommen im Golf und Krach mit Kroatien, dessen damaliger Außenminister Gordan Jandrokovic 2009 versicherte: „Wir verzichten nicht auf Territorien, nur um in die EU zu gelangen." Seit Anfang 2012 tagt nun die französisch-englisch-deutsche Schiedskommission, deren Urteil frühestens 2014 erfolgt. Bis dahin

Nachbar boykottiert Zagrebs EU-Beitritt

dürfte Slowenien Kroatiens EU-Beitritt, für Juli 2013 geplant, blockieren, und wie zur Bekräftigung lässt es sein Kriegsschiff „Ankarn" im strittigen Gewässer kreuzen.

Solche Konflikte sind überflüssig und selbstschädigend. Slowenien, EU-Mitglied seit 2004, seit 2007 in der Euro-Zone, kann seine aktuelle Bankenkrise nur unter dem EU-Rettungsschirm bewältigen. Kroatien benötigt die EU noch dringender, angesichts von 47 Milliarden Euro Auslandschulden, 700 000 Arbeitslosen und dem Wirtschaftsrückgang um vier Prozent. Gutnachbarschaftliche Beziehungen sind ein wichtiges EU-Beitrittskriterium, aber davon ist in beiden Ländern derzeit nichts zu spüren.

Wie der Uralt-Konflikt um die 1970 in der jugoslawischen Periode des Landes Slowenien gegründeten „Ljubljanska banka" (LB) beweist. Sie war einst eine der größten Banken Jugoslawiens, doch als das zerbrach, zerbrach auch die Bank. Damals verloren angeblich kroatische Devisensparer umgerechnet 545 Millionen D-Mark. Die LB war auch in Serbien präsent, wo sie kein Thema mehr ist, während Zagreb 130 000 Sparer zu Klagen gegen die „Neue LB" angestachelt hat. Was bislang vergeblich war: Als die LB vor 20 Jahren in Slowenien neu gegründet wurde, konnte sie keinen Pfennig mitnehmen und musste ihre Kassen allen jugoslawischen Nachfolgestaaten überlassen.

Kroatiens Außen- und Europaministerin Vesna Pusic will nun den Konflikt um die LB strikt von Kroatiens EU-Beitritt trennen, aber Slowenien nutzt seine EU-Mitgliedschaft als Druckmittel. Kroatien solle sein „Doppelspiel" aufgeben, als „Voraussetzung" für seinen Beitritt, „LB oder EU", so der slowenische Außenminister Karl Erjavec. Er traf in Berlin beim Auswärtigen Amt auf Verständnis: Alles sei als „Sukzession Jugoslawiens" abgewickelt, Details könnten bei der Baseler Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erfragt werden. *Wolf Oschlies*

Nur die Krise macht keinen Urlaub

Euro: In den nächsten Wochen drohen gleich mehrere neue »Höhepunkte«

Selten war nach Anbruch der Urlaubssaison auf der politischen Bühne Europas noch so viel Hektik wie derzeit. In der EU geht die Angst um, dass die Krise der Euro-Zone im Laufe des August eskaliert, ohne dass man wirklich handlungsfähig ist.

Ein US-Finanzminister, der seinen deutschen Kollegen Wolfgang Schäuble im Urlaubsdomizil auf Sylt besucht, und eine deutsche Kanzlerin, die zwischen Bergwanderungen in Südtirol mit Frankreichs Präsident François Hollande telefoniert: Im Gegensatz zu dem sonst üblichen „Sommerloch" sind derartige Meldungen in diesem Jahr keine Seltenheit. Kurz nach Beginn der offiziellen Sommerpause sind in den Hauptstädten der Euro-Mitgliedsstaaten und bei der Europäischen Zentralbank (EZB) noch einmal fieberhafte Aktivitäten ausgebrochen.

Vor allem in Madrid und Rom geht die Angst vor einem Szenario um, das wie folgt aussehen könnte: Die finanzielle Lage Spaniens und Italiens spitzt sich im Laufe des August weiter zu, gleichzeitig sind wegen der Sommerpause hochrangige Politiker der EU-Mitgliedstaaten und Zentralbankenchefs zumindest nicht kurzfristig mobilisierbar. Erstmalig könnte dann das scheitern, was bereits mehrfach im Laufe der Euro-Krise praktiziert wurde, wenn die Lage kritisch wurde: Auf einem Krisengipfel wird im Hau-Ruck-Verfahren eine scheinbare Lösung verkündet und die Märkte beruhigen sich wieder – zumindest vorübergehend.

Diese Art von Krisendiplomatie wird in den kommenden Wochen tatsächlich schwierig auf die Beine zu stellen sein. Die EU-Finanzminister werden sich regulär erst wieder am 13. September auf einem G 20-Gipfel in Mexico treffen. Bei der EZB-Spitze steht erst für den 6. September wieder ein Treffen auf dem Terminplan. Parallel zum Anbruch der Urlaubssaison ist erkennbar, dass die Lage in der Euro-Zone immer mehr eskaliert.

Mit Sorge wird vor allem der 20. August betrachtet. Griechenland muss dann eine Anleihe über 3,1 Milliarden Euro an die EZB zurückzahlen. Vom neuerlichen „Selbstdrucken" der Summe per „Liquiditäts Nothilfe" der griechischen Zentralbank bis zu einem erneuten Schuldenschnitt scheint momentan alles möglich.

Zu einem regelrechten Pulverfass droht sich allerdings Spanien zu entwickeln. Die neuesten Sparbeschlüsse der Regierung von Mariano Rajoy über 65 Milliarden Euro hatten Massenproteste in 80 Städten zur Folge. Gegen die Kürzungen demonstrieren mittlerweile selbst Polizisten, Richter und Militärangehörige. Gleichzeitig melden gegenüber Madrid immer mehr Regionen Bedarf an Finanzhilfen an. Mit anderen Worten: Die bankrotten Regionen hoffen vom bankrotten spanischen Staat gerettet zu werden. Aber auch die Lage

Braucht Spanien bald 400 statt 100 Milliarden Euro

der Banken könnte als Auslöser der nächsten Krisenstufe auf der iberischen Halbinsel taugen. Mit Rekordausleihungen von 365 Milliarden Euro im Juni ist der spanische Bankensektor nach wie vor der größte Kreditnehmer bei der EZB. Entsprechend skeptisch sind inzwischen die Prognosen für Spanien.

Die in europäischen Angelegenheiten meist treffsicherere japanische Bank Nomura hält eine Stabilisierung aus eigener Kraft sowohl für Spanien als auch für Italien inzwischen für „keine Option" mehr. Beide Länder werden „binnen Wochen" externe Hilfe beantragen, so Nomura. Über die Höhe eines Hilfspakts für Spanien hat sich bereits die Investmentbank Jefferies Gedanken gemacht: 400 Milliarden Euro zusätzlich zu den schon zugesagten 100 Milliarden Euro für Spaniens Banken werden benötigt. Ein entsprechender Hilfsantrag aus Madrid innerhalb der nächsten Wochen würde die „Euro-Retter" allerdings auf dem falschen Fuß erwischen. Der alte Rettungsschirm EFSF ist nahezu ausgeschöpft, der Nachfolger ESM ist noch nicht einsatzbereit. Nicht nur das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM steht noch aus, sondern auch eine Verhandlung vor dem obersten österreichischen Gericht. Während in Karlsruhe die Urteilsverkündung für den 12. September angekündigt ist, wird in Wien mit bis zu sechs Monaten Verhandlungsdauer gerechnet. EU-intern gilt mittlerweile der Anfang des Jahres 2013 als realistischer Termin für den Arbeitsbeginn des ESM. Mit einem spanischen Hilfsantrag in Höhe mehrerer hundert Milliarden Euro wäre der Start des ESM allerdings gleich von einer Diskussion über eine Mittelaufstockung begleitet.

Wie sehr sich mit dem bereits zugesagten Rettungspaket für die spanischen Banken die Koordinaten der bisherigen Euro-Rettungspolitik verschoben haben, wird mit einem Blick nach Irland deutlich. Nicht nur die Nachverhandlung der Konditionen für das schon erhaltene 85-Milliarden-Paket für Irland steht auf der Tagesordnung, sondern allen Ernstes die Forderung, dass der Euro-Rettungsfonds Anteile an irischen Banken übernehmen soll. Damit nicht genug: Nach Meinung des Finanzministers Michael Noonan soll Europa an Irland auch noch mehr als den aktuellen Marktpreis der maroden Banken – derzeit nur acht Milliarden Euro – zahlen. Nach Angaben der Dubliner Tageszeitung „Independent" soll Noonan bereits entsprechende Gespräche aufgenommen haben, an deren Ende das Weiterreichen der irischer „Zombie-Banken" an den Euro-Rettungsfonds stehen könnte, so jedenfalls seine Hoffnung. Ohne dass dies in der deutschen Öffentlichkeit weiter wahrgenommen wurde, hatte Irland im Zuge der umstrittenen Zusage eines Rettungspaket für die spanischen Banken tatsächlich das Versprechen erhalten, die Bedingungen des irischen Rettungspakts neu verhandeln zu können. *Norman Hanert*



Athen bald insolvent: Am 20. August muss Griechenland 3,1 Milliarden Euro zurückzahlen Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Mehr Spekulationen durch Finanztransaktionssteuer: Um die seit dem 1. August in Frankreich geltende Finanztransaktionssteuer von 0,2 Prozent des Wertes bei Aktienkäufen einschließlich Hochfrequenzhandel und Kreditausfallswaps zu umgehen, bieten Investmenthäuser und Banken bereits jetzt zahlreiche Vorschläge. So werden spezielle Derivate angeboten, die auf Verluste oder Gewinne bei Aktien setzen, ohne dass diese wirklich im Besitz des Anlegers sind. So muss keine Transaktionssteuer gezahlt werden, die Spekulationsgeschäfte drohen aber zuzunehmen. Offiziell hatte die französische Regierung geplant, mit dieser Steuer die Spekulationen einzudämmen. *Bel*

Bürger in Wut: In den vergangenen Wochen haben Bürgerproteste in China gleich mehrfach geplante Projekte gestoppt. Bisher war China immer ein begehrter Fluchtort für Produzenten, die sich den sozialen Kosten und hohen Umweltauflagen in ihren Heimatländern entziehen wollten. Doch nun zeigt sich, dass die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, die daraus resultierenden gesundheitlichen Folgen zu tragen. So wurde der 1,3 Milliarden Euro teure Bau eines Kupferwerkes gestoppt. Auch die ins Meer führende Abwasser-Pipeline zu einer geplanten japanischen Papierfabrik wurde boykottiert. Fischer fürchten eine Verseuchung ihrer Fischgründe durch die Pipeline der größten japanischen Investition in China. Peking beobachtet die Entwicklung mit Skepsis, schließlich will es durch jene Großprojekte das Wirtschaftswachstum wieder entfachen. *Bel*

Diskriminierung durch Forderung von Deutschkenntnissen: In einer Stellenausschreibung geforderte Deutschkenntnisse haben einem steirischen Tankstellenbetreiber einen Strafbescheid des Grazer Magistrats eingebracht. Die verlangte Sprachkompetenz sei für die konkrete Stelle „überzogen und unangemessen hoch", so die Behörde, die dem Unternehmer die Empfehlung gab, Formulierungen wie „Sprachenkenntnisse erwünscht" oder „von Vorteil" zu verwenden. *N.H.*

Die Bulldozer kommen

Irland: Der geplatzte Traum vom Eigenheim wird abgerissen

Wenn es um eines der tragischsten Kapitel in der nahen irischen Vergangenheit geht, dann tauchen immer wieder Fotos von Julie Walsh auf, wie sie mit ihrer Tochter Lily im Kinderwagen durch die scheinbar idyllische Reihenhaussiedlung Castlemoyne in Dublin spazieren geht. Doch so idyllisch ist die Siedlung nicht, wie schon bei den Bildern deutlich wird, die die kleine etwa fünfjährige Ella Gleeson zeigen, die an der Hand ihrer Mutter Marian dieselbe Straße entlang geht. Denn hinter der schmucken Häuserzeile ist eine unfertige riesige Baustelle und auch davor stehen einige Häuser, die fast fertiggestellt sind, aber seit Jahren einen Käufer suchen. Inzwischen verwittern die neuen, aber niemals bezogenen Häuser der Geistersiedlung, die nur wenige Bewohner zählt, und den Gebäuden droht ein ähnliches Schicksal wie derzeit einem neu erbauten Wohnblock in Gleann Riada, rund 100 Kilometer von Dublin entfernt: der Abriss.

„Die Leute dachten, sie kaufen sich einen Traum, und haben stattdessen einen Albtraum bekommen", kommentiert die von der Nachrichtenagentur Bloomberg zitierte irische Kommunalpolitikerin Peggy Nolan die Entwicklung.



Schöner Schein: Die Reihenhaussiedlung Castlemoyne bei Dublin ist eine Geisterstadt Bild: pa

Das gilt nicht nur für die Familien Walsh und Gleeson, die jetzt in einer Geistersiedlung leben und deren für über eine halbe Million Euro erworbenen Häuser inzwischen unverkäuflich geworden sind, sondern auch für jene, die noch immer die Kredite für nie bezogene und fertiggestellte Häuser abtragen müssen. Am schlimmsten dürfte jedoch das Schicksal jener Familie sein, deren zweijähriges Kind beim Spielen in den Ruinen einer ähnlichen Geistersiedlung ums Leben kam.

Um derartige Unfälle zukünftig zu vermeiden und gleichzeitig den Immobilienmarkt von seinen überzähligen Leerständen zu entlasten, rücken nun in Irland die Bulldozer an. Die National Asset Management Agency (Nama), im Grunde Irlands Bad Bank für faule Immobilienkredite, hat inzwischen einen Verwertungsplan für die leerstehenden Immobilien vorgelegt. Etwa 15 Prozent der Wohnungen, aber auch zahlreiche Büros stehen leer, bei den vermieteten sind die Preise bis um die Hälfte gefallen, da zwischen 1995 und 2005 weit über Bedarf gebaut wurde. Was selbst weit unter dem ursprünglichen Preis nicht mehr verkauft werden kann und auch nicht als Sozialwohnung für die vielen Arbeitslosen der Insel genutzt werden kann, wird nun also abgerissen. Der ausgeartete Traum vom Eigenheim hat die Iren genau wie die Spanier und US-Amerikaner ins Unglück gestürzt. *Rebecca Bellano*

Griff ins Leere

Asklepios-Rehaklinik auf Sylt droht wegen Streik das »Aus«

Nach einer Strahlentherapie hatte sich die Krebspatientin K. auf ihre Reha in der Asklepios Nordseeklinik auf Sylt gefreut. Doch dann kam der Schock in einem Schreiben der Deutschen Rentenversicherung (DRV). Sie müsse die zugesagte Kur leider absagen, da wegen der Streiks des Personals die Versorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet sei. Die DRV hat alle von ihr belegten Plätze in der Klinik storniert. Ohne die Belegung durch die DRV rentiert sich die Rehaklinik jedoch nicht mehr. In den letzten Tagen hat sich die Situation noch zugespitzt. Weil 70 der 420 Beschäftigten der Asklepios Nordseeklinik den zehnten Tag innerhalb von drei Wochen streikten, droht der Reha-Klinik die Schließung. Auch die angeschlossene Akut-Klinik bekommt die Auswirkungen des Arbeitskampfs zu spüren: Die Belegärzte der Geburtsstation wurden aufgefordert, alle Geburten auf das Festland zu verlegen.

Der Grund für diese Eskalation: Die Gewerkschaft Verdi fordert 14,5 Prozent mehr Gehalt für die Klinikbeschäftigten sowie einen einheitlichen Tarifvertrag. Was zunächst als völlig überzogene Forderung wirkt, stellt sich bei genauem Hinsehen etwas differenzierter dar. Ursula Rummel vom Verdi-Bezirk Westküste erklärte die Zahl gegenüber der *PAZ* damit, dass sich bei der Übernahme von Kliniken durch Asklepios eine Gemengelage aus sehr unterschiedlichen Arbeitsverträgen ergeben habe, die daraus resultiert, dass Asklepios

DRV sagt Kuren ab – Schwangere werden abgewiesen

bei übernommenen Mitarbeitern die Konditionen der vorigen Arbeitgeber akzeptiert habe, Neueinstellungen aber zu schlechteren Bedingungen erfolgten. So kommt es, dass bei Asklepios in Hamburg völlig andere Gehälter gezahlt würden als beispielsweise in Brandenburg oder eben auf Sylt, das zu Schleswig-Holstein gehört. Auf der Insel habe es seit 2004 nur kleine Gehaltserhöhungen gegeben, die weit unter denen des Festlandes lagen. Eine Hauswirtschaftskraft der Sylter Asklepios-Klinik bekommt laut Rummel ein Jahresgehalt von etwa 22 000 Euro.

Asklepios-Sprecher Rudi Schmidt konterte, das nicht-medizinische Personal habe deshalb keine Lohnerhöhung bekommen, weil es schon jetzt 13 bis 30 Prozent über den Vergleichslöhnen auf der Insel liege. Dass die Klinik Probleme bei der Rekrutierung von Fachpersonal hat, gab Asklepios-Leiterin Schwembauer zu. Gut ausgebildete Leute scheuen die Insellage wegen fehlendem Wohnraum und schlechterer Verdienstmöglichkeiten. Zwar habe die Klinik bisher immer schnell adäquates Personal gefunden, doch das bliebe meist nur kurz. Seit Jahren hatten zeitweise Schließungen ganzer Abteilungen die Klinik immer wieder in die Schlagzeilen gebracht. Die Geschäftsführerin sagte, dass bei Erfüllung der Mitarbeiterforderungen die Rehaklinik wirtschaftlich nicht mehr tragbar sei.

Die Asklepios-Klinik ist der größte Arbeitgeber der Insel. Die Klinik erwägt Pläne zur Übertragung von Dienstleistungen an die Asklepios Services Hamburg GmbH. Statt einer Gehaltserhöhung droht den Streikenden damit der Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Streit, auf dem Rücken von Patienten ausgetragen, greift damit ins Leere. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Kein Thema mehr

Von Jan Heitmann

Horst Seehofers Antrittsbesuch als Bundesratspräsident in Polen war ein Auftritt der diplomatisch-leisen Töne. Viele lobende Worte für die Reformen im Nachbarland und Allgemeinplätze zur europäischen Integration und Solidarität. Das mag daran liegen, dass Seehofer nicht als bayerischer Regierungschef, sondern als Bundesratspräsident unterwegs war, weshalb er sich eine gewisse staatsmännische Zurückhaltung auferlegt und zu Konfliktthemen geschwiegen haben mag. Nachdem Seehofer vor zwei Jahren bereits das Versprechen aller seiner Vorgänger im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten gebrochen hat, erst dann nach Tschechien zu reisen, wenn Prag sich von der Vertreibung distanziert und die Benesch-Dekrete aufgehoben hat, waren Forderungen oder programmatische Aussagen zur Vertriebenenproblematik allerdings auch nicht zu erwarten. In Warschau erinnerte er zwar an die Untaten des NS-Regimes, verlor jedoch kein Wort über die von Polen verantworteten Opfer von Flucht und Vertreibung. Diese und ihre Anliegen sind, allen gegenteiligen Bekundungen und Pflichten zum Trotz, auch für Seehofer offensichtlich nur noch ein Thema für Historiker, nicht jedoch eines für deutsche Politiker.

Peinliche Farce

Von Rebecca Bellano

Merkwürdig, wie leichtfertig die Aufteilung in Gut und Böse in der Medienwelt doch vollzogen wird. Bei einer der kleinen Schmierenkomödien am Rande der Olympischen Spiele stand der Präsident des Internationalen Judo-Verbandes (IJF), Marius Vizer, als Spielverderber da, weil er die für Saudi-Arabien antretende 16-jährige Wojdan Shahrkani nicht mit Kopftuch kämpfen lassen wollte. „Sie kämpft gemäß den Prinzipien und des Geistes des Judosports, also ohne den Hidschab“, so der IJF-Chef vor wenigen Tagen.

Im Grunde hätte er wissen müssen, dass er diese Position nicht durchhalten konnte. Saudi-Arabien hatte nur auf Druck des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) zwei Frauen mit nach London geschickt. Daraufhin brach in dem Land eine große Debatte der islamischen Tugendwächter aus, die die beiden Frauen verurteilten, weil sie sich etwas so Unmoralischen hingeben würden wie dem Sport. Hätte eines der beiden Mädchen auch noch vor laufender Kamera ohne traditionelle Kopfbedeckung, also nach saudischer Sicht quasi „nackt“, gekämpft, dann wäre automatisch Kritik an den Herrschenden aufgekommen, wie sie so etwas zulassen konnten, schließlich ist Prinz Nawaf bin Faisal Sportminister in Riad, Präsident des Saudischen Olympischen Komitees und IOC-Mitglied. Also drohte Wodjans Vater damit, seine Tochter nicht antreten zu lassen, wenn sie kein Kopftuch trägt. Da wiederum das IOC nicht zulassen konnte, dass eine der beiden nur unter Druck nach London bekommenen saudischen Athletinnen gar nicht antritt, wurde der rote Teppich des Kompromisses ausgerollt und Wodjan ihr Kopftuch erlaubt, aber natürlich nur ein speziell designtes, bei dem die Verletzungsgefahr nicht so groß sei.

> IOC hat den Frauenrechten nicht gedient

Judo-Verbandschef Vizer steht nun also als der Verlierer in der Debatte da und die Medien melden „Saudische Judokämpferin darf Kopftuch tragen“. Eigentlich müsste man jetzt sagen „muss“, denn da Frauen in Saudi-Arabien keinen Sport treiben dürfen, hatte Riad ein Problem, als das IOC verlangte, einige Athletinnen ins „Schaufenster“ zu stellen. Laut „Spiegel“ sind beide Sportlerinnen in den USA aufgewachsen und ausgebildet. Zumindest die 17-jährige 800-Meter-Läuferin Sarah Attar sei es überhaupt nicht gewöhnt, sich beim Sport zu verhüllen, heißt es. Angesichts dessen ist die ganze Geschichte eine Farce. Das IOC feiert seinen Erfolg im Kampf für mehr Frauenrechte, weil es Saudi-Arabien dazu gebracht hat, zwei Sportlerinnen nach London zu schicken, dabei sind die Frauen gar keine echten saudischen Frauen. Und dann diese unfaire Behandlung des Judo-Verbandschefs Vizer, der sich dafür eingesetzt hat, dass die von ihm vertretene Sportart für Freiheit und Offenheit steht. Und vor allem verfestigt sich jetzt der Eindruck weiter, dass das Kopftuch bei islamischen Frauen in erster Linie ihrer Unterdrückung dient.



Historisches Ereignis: Das Internationale Olympische Komitee feierte sich als Vorkämpfer der Frauenrechte in Saudi-Arabien, weil es das Land dazu gebracht hatte, zwei Athletinnen nach London zu entsenden. Dafür bot es ein Kopftuch als Kompromiss.

Bild: pa

Gottgewollt

Von Norbert Breuer-Pyroth

Die Normal-Französin ist eher bürgerlich-verhalten, katholisch geprägt und familiär. Aber sie ist auch lebensfroh, zuweilen kokett und versteht es, sich chic und variantenreich zu kleiden. Die fraglos attraktive Ministerin Cécile Duflot trug dieser Devise heiter Rechnung und erschien in einem zwar flotten, aber – selbst nach den Regeln der Zeit des deutschen Fräuleinwunders der 50er Jahre – sittsamen, geblümten Sommerkleid ohne Decolleté vor der Pariser Nationalversammlung. Indes hätte sie wissen müssen, dass dort besonders altväterliche Regeln herrschen; zwar kleiden sich die Damen dort durchaus nicht immer wie die Herren in gedeckten Tönen, aber es dominiert doch vornehmlich „tugendhafte“ Kleidung. Letztlich stellt sich die Frage, weswegen es sich bei den Rufen und Pfiffen für Duflot überhaupt um sogenannten „Sexismus“ gehandelt haben soll. Dieser wird schließlich dergestalt definiert, dass er die Menschen mittels ihrer Geschlechtsmerkmale in Frauen und Männer unterteilt, ihnen damit eine grundlegende Unterschiedlichkeit bescheinigt und ihnen darauf fußend unterschiedliche Rechte und Pflichten zuteilt. Ob es sich nun um Buhrufe wegen der Missachtung der Parlamentsetikette oder bewundernde Pfiffe gehandelt hat – geschlechtsspezifisch diskriminierender „Sexismus“ war es jedenfalls kaum. Doch mit Schablonen sind die aufdringlichen Menscheneinstellungs-Designer des „Gender-Mainstreaming“ ja schnell bei der Hand. Vielleicht sollte man sie doch einmal daran erinnern, dass Unterschiede zwischen Mann und Frau vom lieben Gott kreiert worden sind.

Gastbeitrag

Teurer Imagegewinn mittels Klimaschutz



Von Wolfgang Thüne

Es war im Jahr 2007, als in Oslo dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore und dem indischen Vorsitzenden des Weltklimarats (IPCC) Rajendra Pachauri der Klima-Friedensnobelpreis zugesprochen wurde. Absicht war, dass beide die Welt vor dem Klimakollaps retten, indem sie mäßigend und bändigend auf das Globalklima einwirken, damit dieses, durch Treibhausgase bis aufs Äußerste gereizt, den geplanten Klimakrieg einstellt und die gefährlichen Wetterextreme als Waffe nicht einsetzt. Diese Mission ist offensichtlich gescheitert, wie am 16. Juli bei dem 3. Petersberger Klimadialog die Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Vertretern von 31 Staaten aus aller Welt andeutete. Sie warb angesichts einer Erderwärmung um bis zu vier Grad Celsius mit Nachdruck für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen. Sollte sich die Internationale Gemeinschaft nicht auf strengere und für alle Länder verbindliche Klimaschutzzusagen einigen, drohten verheerende Folgen.

Grundlage der gesamten Klimapolitik ist die Modellannahme, dass die Menschheit in gemeinsamer Anstrengung das Klima im „Treibhaus Erde“ so regulieren könne, wie der Gärtner es in seinem Gewächshaus mit Hilfe eines Thermostaten tun kann. Auf dieser gigantischen Illusion beruht der Glaube an den Schutz des Klimas, der sich wie ein Steppenbrand über den Globus ausgebreitet hat. Die Löscharbeiten der beiden Friedensnobelpreisträger sind bisher völlig erfolglos geblieben, so dass die Kanzlerin die Chance witterte, nun selbst das Kommando über das Unternehmen „Schutz des Globalklimas“ und „Schaffung von Klimagerechtigkeit“ in die Hand zu nehmen und Tempo zu machen, bevor die Welt im Klima-Chaos versinkt.

Merkel will sozusagen im „Kind“ retten, denn sie hat als Bundesumweltministerin 1995 in Berlin bei der ersten Rio-Nachfolgekonferenz deren Scheitern dadurch abgewendet, dass sie als Kompromiss den „Kyoto“-Prozess in Gang setzte und daraus ein gigantisches klimatouristisches Reise-Unternehmen machte. Bei der jüngsten Großveranstaltung „20-Jahre-Rio“ versammelten sich schätzungsweise 45 000 Klimaexperten aus aller Welt, um Rio de Janeiro zu genießen, aber nichts zu beschließen. Der „Petersberger Klimadialog“ bot dann der Kanzlerin eine wunderbare Plattform, um sich in Szene zu setzen. Sie knüpfte damit an ihren Erfolg beim „G8-Gipfel“ 2008 im Ostseebad Heiligendamm an, wo sie das Zwei-Grad-Ziel politisch absegnen ließ und der ihr in den Medien den Titel „Klimagöttin“ einbrachte. Merkel liebt die Dramatik und die Show sowie die Macht. Das dramaturgische Drehbuch schreiben derweil die bestens bezahlten und in quasistaatlichen Forschungsinstituten wie dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung angestellten Klima-Experten.

> Waldrodungen ab dem Jahr 850 sollen die Erde erwärmt haben

Solch international vernetzte Experten wollen, so „Spiegel Online“, herausgefunden haben, dass die Waldrodungen ab dem Jahr 850 v. Chr. seit Jahrhunderten das Klima erwärmen und heute immer noch zu knapp zehn Prozent an der Erderwärmung schuld seien. Dies wäre eigentlich Stoff für Kabarettisten, Komiker und Satiriker, wenn dieses Forschungsergebnis nicht im Fachmagazin „Environmental Research Letters“ publiziert worden wäre. Solche Meldungen werden von den Medien unkritisch übernommen und verbreitet, als wären sie sakrosankt. So ist man als Bürger praktisch gezwungen, solche Ergüsse blind zu glauben, tragen sie doch den Mantel der Wissenschaftlichkeit. Das vorgestellte Modell wird als relevant für politische Diskussionen angesehen, um die Verteilung der Lasten des Klimawandels stärker von den Industrieländern auf die Entwicklungs- und Schwellenländer zu verlagern und dem Neokolonialismus neue Nahrung zu geben.

Wenn diese Waldrodungs-Hypothese den Charakter einer Naturgesetzlichkeit beanspruchen will, dann muss sie in der Naturgeschichte nachweisbar sein. Da stellt sich die Frage, wer im Höhepunkt der letzten Eiszeit vor 20 000 Jahren, als große Teile Nordamerikas wie Nordeuropas unter einem dicken Eispanzer lagen und menschenleer waren, auf dem Eis Wälder gepflanzt hat, damit diese durch CO_2-Bindung vor etwa 10 000 Jahren die Eiszeit abrupt beenden und gleich ins „Klimaoptimum des Holozäns“ überleiten konnten. Es müssen grüne Marsbewohner gewesen sein, die auf Eis Bäume pflanzten, um die Eiszeiten zu beenden. Nein, als Skandinavien vom Eis frei war, gab es dort keine Menschen. Es war einzig und allein die Natur, die das Eis schmelzen ließ, mit dem Wind Samen dorthin trug und Wälder wieder wachsen ließ. Erst als der „Garten Eden“ angelegt war, wanderten Menschen ein und besiedelten Mittel- und Nordeuropa.

Doch die Waldrodungs-Hypothese wird noch abstruser und wirklichkeitsferner, wenn man nicht nur die Weichsel-Eiszeit betrachtet, sondern auch die vorhergehende Saale-Eiszeit, die Elster-Eiszeit oder die Elbe-Eiszeit, wo Menschen absolute Mangelware waren. Die Rodungs-Hypothese kann nicht stimmen, wenngleich sie wunderbar in das politisch-wissenschaftliche Klischeebild passt.

> Merkel und Altmaier sind letztendlich ohnmächtig gegenüber dem Wetter

Vorbei sind die Zeiten von Immanuel Kant (1724–1804), wo jeder Student der Naturwissenschaften an der Königsberger Universität, der „Albertina“, als Pflichtfach Philosophie belegen musste. Die Konstruktion wissenschaftlicher Hypothesen ist nämlich keineswegs mit der Wahrheitssuche identisch. Die Rekonstruktion dessen, was wir Klima nennen, zeigt ein unregelmäßiges Auf und Ab der Temperaturen, aber deren Rekonstruktion, und mag sie auch noch so exakt sein, beantwortet nicht die Frage, warum dies geschah. Statt sich nun auf die Wahrheitssuche zu machen, werden wilde Spekulationen in die Welt gesetzt und Kausal-Beziehungen erfunden, die nicht existieren. Eine erwiesene Falschbehauptung ist, dass der CO_2-Gehalt der Luft die „Globaltemperatur“ steuert. Doch exakte Detailuntersuchungen an Eisbohrkernen haben eindeutig ergeben, dass immer zuerst die Temperaturen angestiegen sind und erst mit 400 bis 800 Jahren Verzögerung die CO_2-Werte. Erst müssen die Eiszeiten enden, dann bilden sich im Rahmen der natürlichen Sukzession auf den Moränen zuerst Tundren, dann Mischwälder. Zum Schluss kommt der Mensch und genießt das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“.

Zum Abschluss des 3. Petersberger Klimadialogs forderte der Umweltminister Peter Altmaier eine erhöhte Bereitschaft bei Industrie- und Schwellenländern, die Erderwärmung durch verstärkte nationale Maßnahmen zu bekämpfen: „Wir brauchen mehr Ehrgeiz schon vor 2020.“

Wenn er dann kraftvoll ruft: „Das Klima kann nicht länger warten. Wir dürfen nicht weiter Zeit verlieren“, dann wird er als Macher gefeiert. Dabei ist er ohnmächtig und der Spruch an Sinnlosigkeit nicht zu überbieten. Der Klimawandel ist so alt wie die Erde und vom Wetter abhängig. Wetter bedeutet „Zeit“ und ändert sich mit der Zeit. Zeit kann man weder aufhalten noch „verlieren“. Wie die Zeit schreitet das Wetter voran und kein Mensch kann es daran hindern! Mit der Zeit verändert sich auch das vom Wetter abgeleitete Klima. Es hinkt als gleitendes Mittel dem chaotischen Wettergeschehen hinterher.

Merkel und Altmaier mögen die Finessen politischer Macht- und Meinungsspiele beherrschen, all ihre Bemühungen um den Klimaschutz scheitern an der Unmöglichkeit, das Wetter zu schützen. Sie sollten lieber der Aussage des EU-Klima-Beraters Hans Joachim Schellnhuber beherzigen, der die „Mission“ der Klimawissenschaftler für erfüllt ansieht. Der konsequente Schritt wäre, dass auch die „Mission“ der Klimapolitik zu Ende ist. Der nächste Welt-

Mehr als nur der Kultautor der Hippies

Vor 50 Jahren verstarb der Schriftsteller Hermann Hesse – Seine Themen gelten auch heute noch

Ob es sich um die recht sentimental gehaltenen Entwicklungsromane wie „Peter Camenzind“ (1904), „Siddharta“ (1922) und „Narziß und Goldmund“ (1930) handelt, etwa um den 1927 erschienen Roman „Steppenwolf“ oder, ob es um sein abgeklärtes Alterswerk „Das Glasperlenspiel“ (1943) geht, – zu allen Zeiten fand das dichterische Werk Hermann Hesses (1877–1962) extreme Zustimmung und Ablehnung zugleich.



Enge Freunde: Der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann (l.) setzte sich dafür ein, dass auch Hesse diese Ehrung erhält

Während Dichterkollege Gottfried Benn Hermann Hesse „als einen durchschnittlichen Entwicklungs-, Ehe- und Innerlichkeitsromancier“ zu diskreditieren versuchte, setzte sich Thomas Mann seit 1934 beharrlich für die Zuerkennung des Literaturnobelpreises an den seit 1919 im Tessiner Montagnola wohnenden Hesse ein, den dieser dann auch 1946 überraschend erhielt.

Eine erstaunlich große Lesergemeinde und weltweite Rezeption ist Hesses Werk beschieden (man spricht von über 100 Millionen Gesamtauflage) und garantiert seinem Hausverlag Suhrkamp bis heute hohe Renditen. Hesses Zivilisationskritik, sein Plädoyer für den jeweils eigenen Weg, den jeder Mensch für sich persönlich zu finden und zu gehen habe, das Aufzeigen der den Menschen bedrängenden Gegensätze und Konflikte sowie ein Religionsverständnis, das eklektisch offen ist für unterschiedliche Glaubensweisen – all diese Merkmale und Botschaften seiner Dichtung erreichten und erreichen ganz offensichtlich viele Menschen in ihrem modernen Weltverständnis und Lebensgefühl.

Dabei hat es ausgesprochene Boomjahre der Rezeption gegeben. Wie etwa nach den beiden Weltkriegen, als nicht wenige Leser sich nach den Katastrophenjahren durch Hesses Werk Trost, Hilfe zur Selbstfindung und Neuorientierung versprachen. Schon legendär ist der Hesse-Boom in den 60er und 70er Jahren durch die junge Generation in den USA, als der „Steppenwolf“ geradezu zum Kultbuch der Hippie- und Studentenbewegung avancierte und der damals einflussreiche Harvard-Professor und „Drogenapostel“ Timothy Leary empfahl: „Vor jeder LSD-Sitzung solltest du ‚Siddharta‘ und ‚Steppenwolf‘ lesen.“

Apropos „Steppenwolf“. Nicht zuletzt dieser Roman vermag deutlich zu machen, dass Hesses Werke immer auch starke Züge einer Bekenntnisliteratur tragen. Die Protagonisten seiner Romane, sie geben ziemlich genau den jeweiligen Standort ihres Autors bei seiner Sinnsuche und seinem Weg der Menschwerdung wider. Der Harry Haller seines „Steppenwolfs“, dieser zwischen seiner „wölfischen“ und seiner geistigen Natur, zwischen Lebensgier und Lebensüberdruss hin- und hergerissene Mensch, das ist im Grunde Hermann Hesse selbst und ist die Selbstoffenbarung seiner eigenen Lebenskrise! Diese hatte der Dichter in dem Gedicht „An den indischen Dichter Bhartrihari“ einmal so ausgedrückt: „Wie du, Vorfahr und Bruder, geh auch ich/ Im Zickzack zwischen Trieb und Geist durchs Leben,/ Heut Weiser, morgen Narr, heut inniglich/ Dem Gotte, morgen heiß dem Fleisch ergeben.“

Bekanntlich entstammte Hesse einem frommen, pietistischen Milieu. Die Eltern und die Großeltern mütterlicherseits waren sogar Missionare in Indien gewesen. Erst als es gesundheitlich nicht anders ging, waren sie nach Deutschland zurückgekehrt und im schwäbischen Calw heimisch geworden. Hier ist Hermann groß geworden. Hier hat er nach einem kurzen Intermezzo in Basel seine Kindheit und Jugend verbracht. Dabei nahm die Pubertätskrise des Missionarssohns einen geradezu dramatischen Verlauf. Mit „Flucht“ aus einem Eliteinternat in Maulbronn, mit einem Selbstmordversuch wegen verschmähter Liebe zu einer sieben Jahre älteren Frau, mit zeitweisem Aufenthalt in einer Nervenheilanstalt. Seitdem ist es, wie einmal Joachim-Ernst Behrendt es ausdrückte, „ja Bildungsstandard, dass er (das heißt Hermann Hesse) von den Eltern unterdrückt, gequält und missverstanden wurde und fast daran zugrundegegangen wäre“.

Bis heute wird in Hesse-Biografien dieses Klischee bedient. Dabei würde eine unvoreingenommene Untersuchung der reichhaltigen Quellen, nicht zuletzt die vielen Selbstzeugnisse Hermann Hesses selbst, belegen, dass nicht die Eltern die Ursache für die so problematisch verlaufende Pubertätskrise ihres Jungen gewesen waren, sondern dass es vielmehr ihren beharrlichen und opferbereiten Liebesbemühungen zu verdanken gewesen ist, dass ihr Sohn am Ende aus den Irrungen und Wirrungen seiner Pubertätszeit herausgefunden hatte. Der hatte dann auch bereits als 20-Jähriger eine Brieffreundin wissen lassen: „Ich rühme mit Liebe und Dankbarkeit, dass kein Glücklicher vollkommenere, gütigere, edlere Eltern haben kann als ich.“ Diese Dankbarkeit, diese Achtung seinen Eltern gegenüber hatte im Übrigen Hesse sein Leben lang empfunden. Aus dieser Haltung heraus resümierte er dann auch während des Zweiten Weltkriegs gegenüber seiner Schwester Adele: „Unsre Eltern haben uns viel mitgegeben ..., einfach und leicht ist das Erbe nicht, aber es ist reich und edel, es ruft auf und verpflichtet, und es hilft einem oft, die Augen offen behalten und klar sehen und urteilen, wenn die meisten mit Schlagworten zufrieden sind. Unsre Eltern haben ziemlich viel von uns verlangt, weit mehr aber von sich selber, und haben uns etwas vorgelebt, was selten geworden ist und unvergesslich ist. Man sucht uns heute einzureden, ihr Glaube, ihre Weltanschauung, ihre Urteile seien rückständig und überholt; aber ich muss sagen, wenn ich auch selber in der Jugend manchmal so über sie dachte, so hat sich das mit den Jahren doch sehr geordnet und ein andres Gesicht bekommen.“

Matthias Hilbert

Der Autor ist Verfasser des im Calwer Verlag erschienenen Buches „Hermann Hesse und sein Elternhaus. Zwischen Rebellion und Liebe“.

Inspirierende Identitätssuche

Hamburger Kunsthalle zeigt »Alice im Wunderland der Kunst«

Versteh einer diesen Sommer. Erst ist der gesamte Juli in Hamburg trüb und verregnet und dann plötzlich bricht die Hitze aus. Das Thermometer zeigt 31,5 Grad und schon ist jeder kühler Platz willkommen. Einer dieser kühlen Plätze ist die Kunsthalle. Also schnell Ticket gelöst und hinein, in das kühle Gebäude und zu „Alice im Wunderland der Kunst“. Die Ausstellung, die noch bis zum 30. September in der Galerie der Gegenwart zu sehen ist, war zuvor in der Tate Liverpool zu bestaunen, wo sie auch konzipiert wurde.

Kaum haben sich die Türen des Fahrstuhls auf dem Weg in die erste Etage, wo die Ausstellung beginnt, geschlossen, hüpft das Kaninchen aus der weltberühmten Erzählung an einem vorbei. Gleich danach kommt Alice selbst und rennt hinter dem Kaninchen her. Es ist ein Stummfilm aus dem Jahr 1903, der an die Wand des Fahrstuhls projiziert wird. Kaum sind die Ausstellungsräume erreicht, erfährt der Besucher sofort, dass es das Mädchen Alice wirklich gab, den Autor des Buches „Alice im Wunderland“ jedoch nicht, denn der Name Lewis Carrol ist ein Pseudonym. Geschrieben wurde die Geschichte über das Mädchen, das in eine phantastische Welt eintaucht, von dem in Oxford lehrenden Mathematikdozenten Charles L. Dodgon. Und dieser hat ziemlich genau vor 150 Jahren, nämlich am 4. Juli 1862, den drei Töchtern eines befreundenten Paares die Geschichte von „Alice im Wunderland“ erzählt. Auf einer Bootstour baten die Schwestern Alice, Edith und Lorina den 30-jährigen Hobby-Fotografen, ihnen etwas zu erzählen. Die spontan erdachte Geschichte war so gut, dass er sie ausbaute und drei Jahre später unter dem Pseudonym Lewis Carroll veröffentlichte. Kaum publiziert war das Buch, aber auch das kleine Mädchen, das der Heldin der Geschichte seinen Namen geliehen hatte, in aller Munde. Das Plakat zur Hamburger Schau zeigt auch ein Bild der echten Alice, in der Ausstellung selbst sind noch weitere Fotos von ihr zu sehen. Aber vor allem sind in der Galerie der Gegenwart zahlreiche Werke zu sehen, die zeigen, inwieweit nun seit 150 Jahren Künstler durch „Alice im Wunderland“ inspiriert wurden. Vom verträumten Öl-Gemälde über den Surrealismus zur psychedelischen Kunst weiter bis zur Installation kann der Besucher erahnen, wie „Alice“ beziehungsweise ihre Suche nach der Identität Künstler noch heute bewegt.



Eintauchen in die Welt von Alice: Und plötzlich ist da eine klitzekleine Tür

Bilder: dapd, Kunsthalle Hamburg

Während die Wahl der Exponate im ersten Teil der Ausstellung in sich stimmig ist und die in verschiedenen markanten Farbtönen gestrichenen Räume immer wieder mit Zitaten aus dem Buch versehen sind, die den Besucher zum Nachdenken bringen, erschließt sich Ziel und Motivation im zweiten Teil der Ausstellung nicht immer. Trotzdem ist „Alice im Wunderland der Kunst“ an Sonnen- wie auch Regentagen einen Besuch wert.

Rebecca Bellano

Auf den Spuren der Königin

Am 25. Juni 1810“, so schreibt Hans-Joachim Nehring in „Auf dem Königin-Luise-Weg von Berlin ins mecklenburgische Hohenzieritz“, „um sechs Uhr früh brach Luise zu ihrer letzten Reise in das mecklenburgische Neustrelitz auf. Sie wird ihr geliebtes Charlottenburg lebend nicht mehr sehen. Das weiß sie allerdings nicht, denn vor ihr liegt das lang ersehnte Treffen mit ihrer Familie. In Fürstenberg, dem damals ersten mecklenburgischen Ort, wird sie von ihrem Vater, dem Lieblingsbruder Georg, ihrem Halbbruder Karl sowie von ihrer Schwester Friederike erwartet.“ Doch das freudig ersehnte Familientreffen wurde von einer Krankheit Luises überschattet, die am 19. Juli 1810 mit ihrem Tod endete.



Hans-Joachim Nehring verfasste diesen Reisebegleiter zu Ehren von Königin Luise

Gerade einmal 34 Jahre wurde die Königin Preußens. Ihr frühes Ableben schockierte nicht nur Preußen. Selbst Napoleon, der die Unbeugsamkeit Luises als Widerspenstigkeit empfunden hatte, konnte er doch nicht verstehen, warum sie nicht einfach seinen militärischen Sieg über Preußen anerkennen konnte, zollte ihr Respekt. Auch über zwei Jahrhunderte nach ihrem Tod hat die Königin noch ihre Verehrer. Einer ihrer wohl größten dürfte Hans-Joachim Nehring sein, der auf verschiedenste Art versucht, das Gedenken an Luise lebendig zu halten. Nun tut er es, der sich selbst als Ritter der Königin sieht, über den im Spica-Verlag erschienenen Reisebegleiter. Der Verlag wirbt mit dem schönen und wahren Spruch „Wege entstehen nur dadurch, dass wir sie gehen“. Der von Nehring vorgestellte Weg sollte allerdings eher mit dem Auto oder Fahrrad gefahren werden, so er denn in einem Stück „gegangen“ wird, denn es handelt sich immerhin um eine Entfernung von 130 Kilometern.

Nehrings Reise beginnt am Luisen-Denkmal im Berliner Tiergarten. Weiter geht es zum Mausoleum im Charlottenburger Schlossgarten. Dort wurde die verstorbene Königin am 23. Dezember 1810 zur letzten Ruhe gebettet. In der Friedrichswerderschen Kirche in Berlin kann sich der Interessierte dann den Gipsabdruck der berühmten Prinzessinnengruppe von Johann Gottfried Schadow ansehen, der Luise und Friederike zeigt. Auch über den Gendarmenmarkt und die Pfaueninsel führt Nehring den Leser. Die Schlösser Paretz und der Sterbeort Hohenzieritz dürfen natürlich auf dem Luisen-Weg nicht fehlen, aber auch die märkischen Alleen und Neustrelitz sind dem Autor in seinem kleinen, aber feinen Reisebegleiter einige Zeilen wert.

Bel

***Hans-Joachim Nehring: „Auf dem Königin-Luise-Weg von Berlin ins mecklenburgische Hohenzieritz“**, Spica, Neubrandenburg 2012, broschiert, 40 Seiten, 3,90 Euro*

Dänemarks kurzer Sommer der Aufklärung

Seine Fortschrittlichkeit und eine Ménage à Trois wurden dem vor 275 geborenen Johann Friedrich Struensee zum Verhängnis

Am Ende war sein Sturz so dramatisch wie sein Aufstieg rasant gewesen war. Am 28. April 1772 starb Johann Friedrich Struensee, Leibarzt des dänischen Königs, Minister und Staatsrat vor den Toren Kopenhagens auf dem Schafott. Erst wurde ihm seine rechte Hand abgeschlagen, dann wurde er enthauptet, gevierteilt und aufs Rad geflochten – anschließend wurden seine sterblichen Überreste zwei Jahre lang öffentlich zur Schau gestellt. Die grausige Hinrichtung Struensees und seines Vertrauten Enevold von Brandt markiert das Ende eines kurzen Sommers der Aufklärung im absolutistischen Dänemark und wohl auch das einer großen Liebe.

Johann Friedrich Struensee, dessen Geburtstag sich am 5. August zum 275. Mal jährt, wurde 1737 in Halle als Sohn des pietistischen Theologen und Predigers Adam Struensee geboren. Schon mit 14 wurde er zum Medizinstudium zugelassen, mit noch nicht einmal 19 hatte er bereits promoviert und schon 1757 berief man ihn zum Stadtphysikus und Armenarzt ins dänische Altona, wo er in atemberaubender Geschwindigkeit ein Krankenhaus für Mittellose aufbaute, die Pockenimpfung einführte und energisch für die Seuchenbekämpfung eintrat.

Der Erfolg blieb nicht aus. Struensees Ruf sprach sich schnell herum und bald konnte er ein großes Haus führen, in dem sich auch die Spitzen der Gesellschaft wohlfühlten. Doch Struensee war nicht nur Arzt, sondern auch ein leidenschaftlicher Anhänger der Aufklärung. Bald erregte er mit sozialkritischen Artikeln in zwei von ihm herausgegebenen Zeitschriften Aufsehen – und das Missfallen der Zensurbehörde, die seine Schriften mehrfach verbot.

Trotzdem war man mittlerweile auch am dänischen Hof auf ihn aufmerksam geworden. Vielleicht, so hoffte man, könnte der berühmte Arzt den jungen dänischen König Christian VII. heilen. Christian, damals 20 Jahre alt, litt an epileptischen Anfällen und zeigte bereits deutliche Anzeichen einer beginnenden Geisteskrankheit. Er neigte zu unkontrollierbaren Wutausbrüchen und sein zügelloses Sexualleben schockierte nicht nur den dänischen Hof, sondern hatte auch bereits seine Ehe mit der Königin Caroline Mathilde zerrüttet.

Durch Vermittlung des dänischen Offiziers und engen Vertrauten des Königs Graf Schack Carl Rantzau engagierte man Struensee im Mai 1768 als Reisearzt und er begleitete König Christian auf einer achtmonatigen Reise nach England. Zu Beginn des Jahres 1769 kehrte man schließlich nach Dänemark zurück und Struensees märchenhafter Aufstieg begann. Nunmehr zum königlichen Leibarzt ernannt, gewann er schnell an Einfluss, zumal, als es ihm gelang, Königin Caroline Mathilde, die unter ihrer unglücklichen Ehe litt, nach einem schweren Nervenzusammenbruch wieder zu neuem Lebensmut zu verhelfen. Zunächst half Struensee, den Zeitgenossen als einen ausgesprochenen „Frauentyp“ beschrieben, der verzweifelten Königin als Arzt und wohlgesonnener Zuhörer und Freund. Doch im Winter 1769 wurde wohl mehr als Freundschaft aus der Beziehung und eine verhängnisvolle Affäre nahm ihren Anfang.



Ménage à Trois am dänischen Hof: Während Struensee mit der Königin Schach spielt, amüsiert sich der König mit einem Papagei Bild: Archiv

Immer mehr geriet Struensee, dessen Einfluss auf den König und die Königin stetig wuchs, in den Sog einer gefährlichen Ménage a Trois (Dreierbeziehung), die nicht lange verborgen blieb. Caroline Mathilde ließ Struensee eine eigene Wohnung in Schloss Christiansborg einrichten und bald tuschelte man nicht nur bei Hofe über einen geheimen Gang zwischen den Gemächern der Königin und ihre Leibarztes. Christian, ohnehin nicht an seiner Frau interessiert, ließen die Gerüchte zunächst kalt. Im Gegenteil, er genoss Struensees Gegenwart und überließ ihm zunehmend die Staatsgeschäfte. Doch es regte sich auch Widerstand gegen den einflussreichen Deutschen. Die Hofkamarilla, aber auch ausländische Botschafter waren alarmiert und bald machten böse Gerüchte über sein Verhältnis zur Königin die Runde.

Sogar Friedrich der Große im fernen Berlin zeigte sich besorgt und schrieb: „Der Einfluss, den der Arzt auf die Königin nimmt, steht einem Mann seiner Herkunft nicht zu.“ Caroline Mathilde und Struensee jedoch ignorierten alle Kritik und zeigten einander mehr oder weniger öffentlich ihre gegenseitige Zuneigung. Die Situation eskalierte, als der Arzt nunmehr auch begann, entscheidenden Einfluss auf die Politik zu nehmen. Leidenschaftlicher Aufklärer, der er war, begann er, den König für seine Ideen zu begeistern. Bald war er der eigentliche Regent im Land, er las und beantwortete die Briefe des Königs, der bald nur noch unterschrieb, was Struensee ihm vorlegte. Struensee schuf sich ein eigenes Ministerium für „Öffentliche Angelegenheiten“ und reformierte mit schwindelerregender Geschwindigkeit das absolutistische Dänemark quasi über Nacht mit mehr als 600 Reformgesetzen. Die Zensur wurde abgeschafft, dem Adel wurden wichtige Privilegien entzogen, das Justizwesen wurde grundlegend reformiert und die Folter wurde abgeschafft.

Doch das Tempo der Reformen überforderte selbst die, denen sie zu Gute kamen. Klerus und Adel, aber auch die öffentliche Meinung wandten sich immer mehr gegen den machtbewussten Arzt aus Deutschland. Man schimpfte ihn in den Zeitungen einen Emporkömmling und Hochverräter und als die Königin 1771 eine Tochter zur Welt brachte, wurde allgemein behauptet, sie sei ein Bastard des Leibarztes.

Am Ende leitete jedoch eine Naturkatastrophe das Ende ein. Im Sommer 1771 vernichtete Dauerregen die Ernte, Krankheiten brachen aus und es drohte eine Hungersnot im ganzen Land. Viele Menschen sahen es als eine Strafe Gottes für das zügellose Gebaren am Hof, eine Ansicht, welche die Geistlichkeit mit hasserfüllten Predigten von der Kanzel zu schüren wusste. Schließlich eskalierte die Situation in kleinen Aufständen und einer Meuterei der Palastgarde. Die Presse hetzte unverhohlen gegen den Emporkömmling am Hof, so dass sich Struensee zuletzt genötigt sah, die Zensur wieder einzuführen. Doch diese Maßnahme entspannte die Situation nur kurz und die Situation wurde immer bedrohlicher.

Nun erkannten auch Struensees einflussreiche Feinde in Adel und Geheimdienst die Gunst der Stunde und schmiedeten ein Komplott. Als der Hof aus Schloss Hirschholm, wohin man sich aus Sicherheitsgründen zurückgezogen hatte, im Januar 1772 nach Kopenhagen zurückkehrte, schlugen die Verschwörer zu. Unter Führung von Struensees einstigem Intimus von Rantzau, der zu einem erbitterten Gegner des Arztes geworden war, fertigten sie ein Schreiben an, aus dem hervorzugehen schien, dass Struensee plane, den König zu ermorden, selbst den Thron zu übernehmen und Caroline Mathilde zu heiraten.

Dieses Schreiben spielte man als angebliches Geheimpapier aus Struensees Tresor König Christians Stiefmutter, der Königinwitwe Juliana, zu. Juliana, die das Königspaar und Struensee aus tiefstem Herzen hasste und gern ihren eigenen Sohn, Christians Halbbruder Frederik, auf dem Thron sehen wollte, glaubte dem Ganzen nur zu gerne. In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar schnappte die Falle nach einem von Struensee initiierten Maskenball zu.

Gegen Vier Uhr morgens verhaftete man Struensee in seinen Gemächern, nachdem man dem geistig verwirrten König über dessen angebliche Umsturzpläne und die Untreue seiner Frau informiert hatte. Christian unterschrieb willenlos Haftbefehle für Struensee, dessen engsten Vertrauten Enevold Brandt und Caroline Mathilde.

Struensee wurde eingekerkert und Caroline auf die Festung Kronberg gebracht. Die Liebenden sollten sich nie mehr wiedersehen. Der Hochverratsprozess gegen Struensee im April 1772 verlief vorhersehbar und endete nach nur vier Tagen wie erwartet mit einem Todesurteil, obwohl Struensee nach Meinung aller Zeitzeugen bis zuletzt freigesetzt bestritt, einen Staatsstreich geplant zu haben – und sein Verhältnis zur Königin mit keinem Wort erwähnte. Caroline Mathilde und Christian wurden geschieden, sie wurde jedoch immerhin aus der Festungshaft entlassen und durfte, allerdings ohne ihre innig geliebten Kinder, das Land verlassen. Sie bezog Schloss Celle, wo sie am 11. März 1775, drei Jahre nach dem Tod ihres Geliebten, im Alter von nur 23 Jahren starb. *Jutta Nehring*

Eine Ballonfahrt brachte den Durchbruch

Vor 100 Jahren entdeckte der österreichische Physiker Victor Franz Hess die kosmische Strahlung (Höhenstrahlung)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann die Wissenschaft, die elektrische Leitfähigkeit der Atmosphäre und ihre Ursachen zu studieren. Hans Geitel, Julius Elster und Charles Wilson stellten fast gleichzeitig fest, dass in geschlossenen Gefäßen selbst staubfreie Luft stets schwach leitet. Die Erkenntnis verbreitete sich, dass radioaktive Elemente der Erde die Atome und Moleküle der Luft zu ionisieren, elektrisch zu laden, vermögen. Neben anderen Forschern versuchte der deutsche Physiker und Jesuit Theodor Wulf von 1909 bis 1911, Strahlungsunterschiede in verschiedenen Höhen, unter anderem mithilfe des Eiffelturms, zu messen. Wulf stellte die kühne Hypothese auf, dass die Erde nicht der einzige Ursprung der Radioaktivität sei und aus dem Kosmos Strahlung kommen müsse. Er forderte seine Kollegen auf, mit Ballons Messungen in größerer Höhe vorzunehmen, da dies für ihn zu beschwerlich sei.

Victor F. Hess, Assistent am Institut für Radiumforschung in Wien, erläuterte 1911 vor der Naturforscherversammlung in Karlsruhe: „Die zu geringe Abnahme der Ionisation mit der Höhe in einem geschlossenen Gefäß könnte zweierlei Ursachen haben: ... erstens kann außer den radioaktiven Substanzen der Erde ein anderer, uns noch unbekannter Ionisator in der Atmosphäre wirksam sein [oder es] kann die Absorption der Gamma-Strahlen in Luft vielleicht viel langsamer erfolgen als bisher angenommen wurde.“

Am 7. August 1912 gelang ihm bei einem seiner Ballonaufstiege, der ihn von Aussig nach Pieskow führte, schließlich der Beweis für die Existenz extraterrestrischer Strahlung, indem er Messungen mit Elektrometern bis in 5300 Metern Höhe vornahm. Während auf den ersten 700 Metern die Ionisationskräfte abnahmen, stiegen diese bis zur Gipfelhöhe der Ballonfahrt immer weiter an. Hess folgerte, dass es eine aus dem Weltall kommende Strahlung geben muss.

Die Entdeckung wurde 1936 mit dem Nobelpreis für Physik geehrt

Heute ist bekannt, dass die aus vornehmlich Protonen und Heliumkernen bestehende kosmische Strahlung in der Erdatmosphäre mit Stickstoff- und Sauerstoffatomen zusammenstößt und weitere Kernreaktionen verursacht. Die dabei entstehende Sekundärstrahlung besteht aus den drei Hauptkomponenten Elektronen/Photonen, Hadronen (Kernbausteine) und Myonen (schwere Elektronen).

Der Beginn des Ersten Weltkrieges setzte Hess' Beobachtungen, wie der eigens eingerichteten Station auf dem Obir in 2044 Metern Höhe, ein vorläufiges Ende.

Anfang der 20er Jahre übte der amerikanische Physiker Robert Andrews Millikan (1868–1953) vernichtende Kritik an Hess, weil er keine Spur einer solchen Strahlung ausmachen könne. Doch als Millikan wenige Jahre später selbst einen Nachweis erbrachte, nannte er sie unverschämterweise Millikan-Strahlung. 1932 entdeckte Carl David Anderson bei Experimenten in einer Nebelkammer das von Paul Dirac vorhergesagte Positron in der kosmischen Strahlung. Bei den Auseinandersetzungen um die wissenschaftlichen Verdienste erinnerten sich aber Kollegen an die Leistungen des Österreichers Hess. Mit der Verleihung des Abbe-Preises 1932 und des Nobelpreises 1936, den er gemeinsam mit Anderson erhielt, wurde ihm die gebührende Anerkennung zuteil. Schließlich etablierte sich der von Millikan vorgeschlagene Begriff „kosmische Strahlung“. Nur im deutschen Sprachraum wurde der von Werner Kolhörster stammende Name „Höhenstrahlung“ benutzt.

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938, wurde Hess in den Zwangsruhestand ohne Pension versetzt, unter anderem weil seine Frau jüdischer Abstammung war. Von einem befreundeten Gestapo-Offizier vor seiner Inhaftierung gewarnt, flüchtete er. Er wanderte in die USA aus und nahm 1944 schließlich die US-amerikanische Staatsbürgerschaft an. Bis 1958 setzte er als Professor an der Fordham University in New York seine Forschungen fort. Nach Victor F. Hess ist das in Namibia befindliche H.E.S.S. (High Energy Stereoscopic System) zur Messung hochenergetischer kosmischer Gamma-Strahlung benannt.

Die Erforschung der Strahlung trug zur modernen Teilchenphysik bei

Die Erforschung der „Höhenstrahlung“ trug zur modernen Teilchenphysik bei, indem der Nachweis weiterer Elementarteilchen wie Myon und Pion gelang. Schließlich etablierte sich in den 80er Jahren die Astroteilchenphysik. Weltraumexperimente liefern Erkenntnisse über die Ausbreitung der Primärstrahlung im stellaren, galaktischen und intergalaktischen Raum. Doch gerade die interessantesten Teilchen mit den ganz hohen Energien, zum Beispiel mit 1015 bis hin zu 1020 Elektronenvolt, sind eher selten und schwierig zu messen. In der Milchstraße sind wahrscheinliche Quellen überwiegend Supernova-Überreste wie der Krebsnebel.

Praktische Auswirkungen auf das tägliche Leben haben Flares und koronale Massenauswürfe unserer Sonne. Der dabei freigesetzte Teilchensturm verstärkt den Sonnenwind und beeinflusst das so genannte Weltraumwetter. Kurzfristig kann es sogar zu erhöhten Strahlendosen am Boden kommen, vor allem aber zu Beeinträchtigungen der Luft- und Raumfahrt, beispielsweise Belastungen des Flugpersonals, Schäden der Bordelektronik bei Satelliten oder Störungen der Telekommunikation.

Selbst 100 Jahre nach der Entdeckung der kosmischen (Höhen-)Strahlung durch Victor Franz Hess sind noch viele Fragen zur Beschaffenheit der Strahlungsquellen und Ausbreitung der Teilchen ungeklärt, so dass seit 2011 das Alpha-Magnet-Spektrometer an der Internationalen Raumstation bis 2020 weitere Erkenntnisse liefern soll. *Ulrich Blode*

Was Westpreußen Friedrich II. verdankt

Vor 240 Jahren beschlossen die Ostmächte die sogenannte Erste Teilung Polens

So problematisch Friedrichs des Großen Beziehung zu Ostpreußen war, so positiv war jene zu Westpreußen. Westpreußen war sozusagen sein Kind. In seiner Regierungszeit ist der größte Teil Westpreußens durch die sogenannte Erste Teilung Polens vom 5. August 1772 zum Königreich Preußen gekommen; Friedrich hat die Provinz aus vormals polnischen beziehungsweise königlich-preußischen und ostpreußischen Territorien geformt; er hat ihr ihren Namen gegeben.

Friedrich versuchte, das Niveau Westpreußens auf jenes des Gesamtstaates anzuheben

Friedrichs Verdienst um Westpreußen bestand vor allem in dem energischen Versuch, die aus vorher vornehmlich polnisch regierten Territorien bestehende Provinz „auf preußischen Fuß“ herzurichten, sprich das Niveau auf die Höhe der Altgebiete und des hohenzollernschen Gesamtstaates anzuheben. Spätestens seit unserer kleinen Wiedervereinigung von 1990 haben wir eine Vorstellung davon, was eine derartige Niveauanhebung für eine Sisyphusarbeit ist. Auch bei der sogenannten Ersten Teilung Polens handelt es sich ja um eine Art Wiedervereinigung, hatten doch Ostpreußen und der größte Teil Westpreußens bis zum Zweiten Thorner Frieden von 1466 beide zum Deutschordensstaat gehört.

Das war 1772 jedoch schon lange her. Inzwischen hatten das, was man unter den Begriffen „polnische Anarchie“ und „polnische Wirtschaft“ versteht, in Westpreußen Einzug gehalten. Die polnische Adelsrepublik hatte bis 1772 ja noch nicht einmal das Stadium des Absolutismus erreicht. Das hatte der Hohenzollernstaat bereits unter Friedrichs Urgroßvater, dem Großen Kurfürsten. Mittlerweile war man in Preußen bereits beim aufgeklärten Absolutismus. Es war denn auch ein Aufklärer, Voltaire, von dem das Urteil stammt, zu Recht gehe ein mehr oder weniger verrottetes Staatswesen an aufgeklärte Herrscher über. Dabei war Voltaire nicht nur ein Aufklärer, sondern auch ein Franzose, und wir wissen um die traditionelle Polenfreundlichkeit Frankreichs.

Friedrichs Ziel, Westpreußen auf gesamtpreußisches Niveau zu bringen, war naheliegenderweise besonders in den Politikfeldern ambitioniert, in denen der Hohenzollernstaat besonders fortschrittlich war. Hierzu gehört die Schulpolitik. Wir alle wissen um Preußens Pionierleistungen bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Bei der Verfolgung des Ziels, die allgemeine Schulpflicht auch in Westpreußen einzuführen, begann Friedrich mit der Einrichtung von Schulen auf den Domänenämtern für die Bildung des Landvolkes. Für die Finanzierung stiftete er extra einen Fonds von 200000 Talern, der in Landbesitz angelegt werden sollte. Ein Taler hatte ein Feingewicht von 16,704 Gramm Silber. Friedrich richtete 187 Landlehrerstellen ein, 46 deutsch-evangelische, 47 deutsch-katholische und 94 polnisch-katholische. Allerdings konnten statt der geplanten 187 Landschulen nur 150 eingerichtet werden. Es fehlte an polnisch-katholischen Lehrkräften. Hilfesuchend wandte sich Friedrich an den polnisch-katholischen Bischof des Ermlands. Doch selbst der konnte oder wollte nicht helfen. Dabei hätten diesem ja polnische Multiplikatoren auf staatlichen Planstellen ein Herzensanliegen sein müssen.

Für die Bildung des Adels gründete Friedrich 1776 in Kulm eine Kadettenanstalt. Diese Anstalt verhieß dem Zögling nicht nur Bildung, sondern auch Lohn, Brot und Ansehen im preußischen Offiziersstand. Insbesondere der zahlreiche Kleinadel machte hiervon regen Gebrauch. Die Nachfrage war groß und so wurde die Zahl der Kadetten von anfänglich 48 auf später 60 erhöht. Diese Kadettenanstalt erzeugte Loyalität zum Staate und einer ihrer mehrheitlich nichtdeutschen Schüler wurde einer der Großen Preußens: Ludwig Yorck von Wartenburg, ein Kaschube.

Die höhere Schulbildung hatte in Westpreußen vor der sogenannten Ersten Teilung Polens in den Händen der Jesuiten gelegen. Damit war 1773 Schluss. Aber nicht etwa wegen des neuen protestantischen Landesherren, sondern wegen des Papstes, der den Orden in jenem Jahr aufhob. Friedrich erhielt deren Kollegien Altschottland bei Danzig, Braunsberg, Bromberg, Deutsch-Krone, Graudenz, Kontz, Marienburg und Rössel nicht nur als Bildungseinrichtungen, sondern sogar als katholische Bildungseinrichtungen. Sie wurden katholische Gymnasien. Die Gymnasien Altschottland und Braunsberg erhielten gar den Status „Akademisches Gymnasium“ und wurden in den Dienst der Ausbildung katholischer Geistlicher gestellt. Friedrich wahrte dabei die Kontinuität auch insofern, als die Leiter und Lehrer aus dem Kreis der vormaligen Ordensmitglieder rekrutiert wurden.

Dieses alles zeigt nicht nur die Bedeutung, die Friedrich der Bildung beimaß, sondern auch seine große religiöse Toleranz. Friedrich brachte Westpreußen die religiöse Toleranz, denn die polnische Adelsrepublik war zutiefst intolerant. Würde die sogenannte Erste Teilung Polens heute stattfinden und statt von den damaligen Nachbarn Preußen, Russland und Österreich von der westlichen Wertegemeinschaft durchgeführt werden, würden wir sie als humanitäre Mission preisen. Der durch die sogenannte Erste Teilung Polens bewirkte Wechsel von Orthodoxen von der polnischen unter die russische und von Protestanten von der polnischen unter die preußische Herrschaft kam für die Betroffenen einer religiösen Befreiung gleich.

Erst der Preuße brachte die Errungeschaften des aufgeklärten Absolutismus

Es ist menschlich völlig verständlich, wenn die befreiten deutschen Protestanten nun von ihrem neuen protestantischen König, wenn schon nicht Vergeltung, so doch wenigstens eine Rückgängigmachung des ihnen während der polnischen Herrschaft angetanen Unrechts forderten. Aber ähnlich wie nach dem Erwerb Schlesiens vom katholischen Österreich kam Friedrich entsprechenden Bitten und Forderungen nicht nach. Da Friedrich die Katholiken nicht zwang, vormals protestantische Kirchen zurückzugeben und andererseits aus Gründen der Sparsamkeit nur wenig Geld zum Bau neuer protestantischer Kirchen zur Verfügung stellte, blieb das durch die polnische Intoleranz entstandene Missverhältnis weitgehend bestehen. 1772 standen in Polnisch-Preußen 388 katholischen Kirchen nur 70 evangelische gegenüber. Bis zu Friedrichs Todesjahr 1786 erhöhte sich der protestantische Bestand nur um drei Kirchen, zwei Bethäuser und vier Gottesdiensträume. Westpreußens Protestanten mussten sich damit begnügen, dass zu dem unter dem katholischen König von Polen erlittenen Unrecht unter dem protestantischen König von Preußen nicht neues hinzukam.

Die Katholiken konnten von einem andersgläubigen Herrscher nicht mehr erwarten, als Friedrich ihnen gab. Kam es trotzdem zu Auseinandersetzungen, so lag das weniger an einer religiösen Intoleranz Friedrichs als daran, dass sich der katholische Klerus Westpreußens erstmals in der Neuzeit mit den Ansprüchen eines modernen Staates und eines absolutistischen Landesherren konfrontiert sah.

Zeugnis der Zugehörigkeit Westpreußens zum Hohenzollernstaat: Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg
Bild: BpK

Wie bereits erwähnt war zu Friedrichs Lebzeiten Polen eine vorabsolutistische Adelsrepublik und Preußen ein absolutistischer Staat. Folglich versuchte Friedrich in Westpreußen im Zeitraffer die Einführung des Absolutismus nachzuholen. Was bedeutet Einführung des Absolutismus? Das bedeutet (a) die Konzentrierung der Macht in der Hand des Monarchen auf Kosten des zweiten, vor allem aber des ersten Standes, des Adels, (b) den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung, mit welcher der Souverän bis in den letzten Winkel des Staates durchregieren, seinen Willen durchsetzen kann, sowie (c) die rationale Ausnutzung der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen zur Mehrung der Macht, des Einflusses und des Wohlstandes des Monarchen.

Als Vertreter eines aufgeklärten Absolutismus führte Friedrich mit dem Absolutismus auch den Rechtsstaat ein und beendete die voraufklärerische Willkürherrschaft des Adels, sicherlich eines der großen Verdienste des Preußenkönigs um Westpreußen. Nicht irgendein Preuße, sondern der polnische König Stanislaus Leszcynski sagte über Polen: „das einzige Land, wo die Masse des Volkes aller Rechte der Menschheit entbehrt“. Nutznießer dieser Rechtslosigkeit war nicht er, sondern der Adel. Nicht umsonst spricht man trotz Monarchie von der polnischen Adelsrepublik. Die Grundherren waren auch die einzigen Gerichtsherren ihrer Bauern. Ihre Gewalt über sie war unbeschränkt. Ungestraft konnten sie sie je nach Lust und Laune ausbeuten, töten oder verkaufen und letzteres auch ohne das dazugehörige Gut.

Bereits im Juni 1772, das heißt schon drei Monate vor der offiziellen Besitzergreifung Westpreußens, verfügte Friedrich, dass „alle Sklaverei und Leibeigenschaft abgeschafft und die Untertanen als freie Bürger angesehen und behandelt werden wollten“. Es sei „sein ausdrücklicher Wille, dass die Untertanen als freie Leute angesehen und behandelt werden“. Per Kabinettsorder verfügte er: „Der bisherige modus procedendi zwischen den Edelleuten und Bauern hört völlig auf, und ist einem jeden Untertan erlaubt, mit Vorbeigehung der Gerichtsbarkeit seiner Grundherrschaft bei den Landes-Justiz-Collegiis Recht zu nehmen“. Damit war der Bauer rechtsfähig geworden. 1773 wurde die polnische Leibeigenschaft durch die mildere preußische Erbuntertänigkeit ersetzt.

Am besten erging es den Bauern dort, wo Friedrich seine Vorstellungen am ungehindertsten und leichtesten durchsetzen konnte, auf den Staatsgütern, den Domänen. Dem Domänenbauern wurde Freiheit und Eigentum zugesichert. Sie durften ihr Land verkaufen oder vererben. Ihre Dienstpflicht wurde auf 60 Tage beschränkt. Friedrichs Hoffnung, dass der Umgang der Domänen mit den Bauern auf die adligen Gutsbesitzer abfärben könnte, erfüllte sich nicht, so dass die Domänenbauern privilegiert blieben.

Schluss machte Friedrich mit der polnischen Steuerwillkür. Stattdessen führte er fürs Land ein Steuerwesen ein, das mit Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz an heutigen Idealen orientiert war. Hierzu wurde 1772/73 das Land mit preußischer Gründlichkeit vermessen, wobei auch die Bodenqualität festgehalten wurde, was die Möglichkeiten zu einer an der Leistungsfähigkeit orientierten Besteuerung noch verbesserte. Bei der Gelegenheit wurde im sogenannten Kontributionskataster auch gleich die Bevölkerung erfasst. Dafür können die Sozialgeschichtler und Familienforscher Friedrich heute noch dankbar sein.

Wie bereits angedeutet gehörte zum Absolutismus auch der Merkantilismus mit seinen starken Eingriffen des Herrschers beziehungsweise Staates zur Förderung der Wirtschaft. Hierzu gehörte die Ausbau beziehungsweise Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur. Entsprechend wurde auch Friedrich in Westpreußen aktiv. Hierzu wurde das Postnetz ertüchtigt, das seit den Zeiten des Deutschen Ordens heruntergekommen war. Des Weiteren wurde eine Forstverwaltung aufgebaut. Ähnlich wie beim Schuldienst kam es dabei zu einer Militarisierung, indem auf ausgeschiedene Soldaten zurückgegriffen wurde. Der Staat sorgte für preisgünstiges Saatgetreide, die Vermehrung und Verbesserung des Viehbestandes sowie die Anpflanzung von Obstbäumen.

Zum Merkantilismus gehört auch der Protektionismus. Insofern war es eine volkswirtschaftliche Herausforderung, um nicht zu sagen ein Problem, dass bei der sogenannten Ersten Teilung Polens die Handelsstädte Danzig und Thorn als Enklaven bei Polen verblieben. Friedrich versuchte nun als Alternativen Elbing und vor allem Bromberg zu fördern und die Handelsströme zu den beiden Städten umzulenken. Durch Flussregulierungen von Netze, Weichsel und Nogat wurde die Wasserführung der unteren Weichsel so verändert, dass die Nogat, an der Elbing liegt, zum Hauptstrom wurde. Mit 6000 Arbeitern wurde 1773/74 in nur 16 Monaten der Bromberger Kanal als Verbindungsweg der Weichsel und Brahe mit der Netze, der Warthe und der Oder gebaut. Das Ziel, den Danziger Handel nach Elbing und Bromberg abzulenken, gelang zumindest teilweise. Allerdings erübrigte sich dieses Ziel bereits zwei Jahrzehnte später. Durch die sogenannte Zweite Teilung Polens von 1793 endete nämlich das Enklavedasein von Danzig und Thorn und auch diese beiden Handelsstädte kamen zur Provinz Westpreußen und dem Königreich Preußen. Da war allerdings das Leben Friedrichs des Großen schon seit sieben Jahr zu Ende. *Manuel Ruoff*

Durchbruch mit Melancholie

Freunden der preußischen Königin Luise wie des Kinos ist „Königin Luise“ ein Begriff. In der bundesdeutschen Produktion aus dem Jahre 1957 spielt neben Ruth Leuwerik in der Titelrolle geradezu kongenial Dieter Borsche einen nicht weniger sympathischen König Friedrich Wilhelm III. Der Schauspieler spielte jedoch nicht nur Preußen, er war auch einer.

Am 25. Oktober 1909 kam Dieter Albert Eugen Rollomann Borsche in Hannover zur Welt. Der Sohn eines Kapellmeisters und einer Oratoriensängerin arbeitete von 1930 bis 1935 als Balletttänzer an der Oper seiner Geburtsstadt. Anschließend spielte er den jugendlichen Liebhaber in Theater und Film mit mäßigem Erfolg, bis er 1944 doch noch zur Wehrmacht eingezogen wurde. In der Eifel wurde er verwundet und geriet in Kriegsgefangenschaft. Nach Entlassung und Genesung arbeitete er im bayerischen Wald als Schreiner und Spielzeughersteller mit eigener Werkstatt, bis er 1946 Bernhard Minetti in München traf, der ihn ans Kieler Theater vermittelte, wo er bereits 1935 gearbeitet hatte und nun bis 1949 als Schauspieler und Oberspielleiter tätig war.

Ab 1949 schauspielerte er auch wieder vor der Kamera. Gleich im ersten Nachkriegsfilm, „Nachtwache“ verkörperte der jugendliche Liebhaber der Vorkriegszeit einen neuen Typus, den tiefgründig bis melancholischen Sympathieträger, der, vor eine harte Probe und Herausforderung gestellt, seine wahre Größe zeigt. Diesen Typus spielt er auch als Friedrich Wilhelm III. in „Königin Luise“ und als Dr. Holl im gleichnamigen Spielfilm. Letztgenannter Film aus dem Jahr 1951 gilt als sein bekanntester aus dieser Reihe. Noch im selben Jahr bekam Borsche den „Bambi“, was sich im darauffolgenden Jahr wiederholte.



Dieter Borsche

In den 60er Jahren sehen wir Borsche in einer neuen Rolle. Vor der Kamera spielt er nun häufiger gar nicht mehr so sympathische, sondern vielmehr zwielichtige, dubiose Charaktere. Prägend für das neue Image erweist er sich in dem Fernsehkrimi „Das Halstuch“ aus dem Jahre 1962 nach sechs Teilen als der gesuchte Mörder. Analoges gilt für das Medium Spielfilm. In den ähnlich beliebten Edgar-Wallace- und Karl-May-Filmen verkörpert er nun ähnlich unsympathische Typen. Daneben spielt Borsche weiter Theater. Dort genießt er die größere Freiheit von Klischees und Erwartungshaltungen und verkörpert so unterschiedliche Rollen wie Pius XII. in „Der Stellvertreter“ oder die Titelfigur in „In der Sache J. Robert Oppenheimer“.

In den 70er Jahre muss Borsche anfangen kürzerzutreten. Bereits 1944 hatte sich bei ihm Muskelschwund bemerkbar gemacht, möglicherweise eine Erklärung dafür, dass er sich anschließend erst einmal auf melancholische Rollen konzentrierte. Am Ende der 70er Jahre ist die Krankheit so weit fortgeschritten, dass er auf den Rollstuhl angewiesen ist. Gezwungenermaßen konzentriert er sich auf Hörfunk und Synchronisation. So lieh er seine Stimme Gunnar Björnstrand und David Niven ebenso wie einem Max von Sydow. In seinem letzten Lebensjahrzehnt noch mit dem Filmband in Gold und dem Bundesverdienstkreuz geehrt, stirbt er am 5. August 1982 in Nürnberg. *M.R.*

Merkel und Schäuble opfern Deutschland

Zu: „Der Wochenrückblick“ (Nr. 29)

Wie nicht anders zu erwarten, war auch in dieser Ausgabe Hekkels Wochenrückblick vergnüglich zu lesen.

Grundsätzlich kann man alle Artikel und Anmerkungen zu dem ESM, egal wo veröffentlicht, nur noch mit einem gewissen Galgenhumor zur Kenntnis nehmen. Nur selten habe ich in den gängigen Publikationen etwas über den Gouverneursrat, dessen Wesen und vor allen Dingen Machtumfang, den er besitzen wird, gelesen. Für das Fortbestehen unseres Staates stellt er eine Bedrohung besonderer Güte dar. Bedrohung deshalb, da, sofern der ESM vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet wird, der letzte Rest der inneren Souveränität an Brüssel abgegeben wird. Die äußere Souveränität der BRD steht sowieso auf extrem unsicheren Füßen. Die UN-Fremdstaatenklausel, der Überleitungsvertrag, der 4+2-Vertrag und Frau Merkels zur Staatsräson erklärte Sicherheit eines weit entfernten Staates sprechen eine deutliche Sprache. Der Dreh- und Angelpunkt der inneren Souveränität ist die Finanzhoheit. Wird diese in fremde Hände gegeben, hat der Staat BRD praktisch aufgehört zu existieren. Frau Merkel und Herr Schäuble opfern die Existenz der BRD wirtschaftlichen Interessen zur Freude des Herrn Soros. Sie werden durch diese Handlung eidbrüchig und begehen Hochverrat. Für Herrn Schäuble rundet sich hiermit das Bild ab. Es passt ausgezeichnet zu seiner Ehrung mit dem Karlspreis der Stadt Aachen, hat er sich doch kürzlich dahingehend geäußert, dass der Nationalstaat ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert sei.

Die Mitglieder des Bundestages können geschlossen das „Hohe Haus“ verlassen. Wie ein Kapitän sein sinkendes Schiff verlässt Herr Lammert es als letzter, schließt den Reichstag ab und übergibt den Schlüssel als Relikt eines einstmals mächtigen Staates an Brüssel.

Gebhard Knull, Buxtehude

Zu wenig mutige Lehrer, zu viele ängstliche

Zu: „‚Angst muss jedem gestattet sein‘“ (Nr. 30)

Ich selbst war bis vor kurzem noch Schüler und habe höchsten Respekt vor diesem jungen Lehrer, der den Mut hatte, seine Meinung frei zu äußern. Meine eigenen Lehrer scheuten leider davor zurück, auf die islamistische Bedrohung hinzuweisen, sondern beschränkten sich schon gewohnheitsmässig auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Dabei bekam ich ständig mit, wie muslimische Mitschülerinnen vom Schwimmunterricht ausgeschlossen wurden, weil ihre Eltern ihre Zustimmung verweigerten. Die Folge ist, dass muslimische Mädchen durchschnittlich viel stärker vom Ertrinken bedroht sind als deutsche Mädchen.

Ebenso weiß ich, wie gerade bei Jugendlichen aus dem arabischen Raum „schwul“ als Schimpfwort gilt. Dieses liegt unter anderem am autoritären Männerbild vieler Imame, deren Position mit den Werten des Grundgesetzes unvereinbar ist.

Als homosexueller Schüler musste ich vor drei Jahren von der Gesamtschule aufs Gymnasium wechseln, weil sich die Lehrer nicht mehr in der Lage sahen, mich vor den Angriffen – meist muslimischer Schüler – zu schützen. Daher weiß ich auch, was Geert Wilders meint, wenn er sagt: „Auch mitten in Europa befindet sich die Freiheit heutzutage auf der Flucht vor dem Islam.“

Ich hätte gern einen Lehrer wie Herrn Krause, der nicht wegsieht, sondern mutig Widerstand leistet, wenn die Rechte von Frauen und Homosexuellen bedroht sind. Ich distanziere mich hiermit von all denjenigen Homosexuellen, die egozentrisch auf „Christopher Street Days“ sexuelle Dekadenz zelebrieren, anstatt gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen eine Widerstandsbewegung gegen Islamismus aufzubauen.

Jan-Lukas Schreifels, Gelsenkirchen

Steigerungsunfähiges Entsetzen

Zu: „Garmisch entfernt Kreuz“ (Nr. 29)

Für das Entsetzen, das man eigentlich verspürt, über das Entfernen des Gipfelkreuzes auf der Zugspitze gibt es kaum noch Steigerungen von entsprechenden Ausdrücken, um den Unmut darüber zu äußern.

Wo ist Deutschland hingekommen? Deutschland schafft sich ab. Nun wird durch das Entfernen des Gipfelkreuzes auf der Zugspitze alles doppelt unterstrichen, was eigentlich in Deutschland gespielt wird. Ausländer über alles, über alles – speziell betreffend, was der Asylantenstrom aus dem fernen Osten angeht. Muslime bekommen das große Sagen: Du bist Deutscher, du bist Christ, du hast dich unseren Belangen unterzuordnen – andernfalls bist du ein Rassist oder sogar ein Extremist mit brauner Gesinnung. Soweit ist es in Deutschland gekommen. Die Kreuz-Angelegenheit ist nur ein weiterer Schritt hin auf dem Wege zur Islamisierung Deutschlands. Nur unsere Politiker merken es noch nicht. In ihrer ganzen Naivität glauben sie noch immer an eine heile Welt, in der sich die Völker friedvoll begegnen. Ideologien scheinen ihnen total fremd und unbekannt zu sein, mit denen auch heute noch im 21. Jahrhundert Politik betrieben wird. Man versteckt sich wohlgekonnt mit vielen selbst gebastelten Sprüchen, die die Menschheit in traumhafte Zustände versetzen. Allein das verheißungsvolle Wort vom Globalismus ist nur ein Tarnwort, hinter dem sich alles andere verbirgt als die Wahrheit. Die ganze gescheiterte Europapolitik mit der Finanzkrise sind deutliche Beweise dafür. Die Wähler haben dies bereits schon längst bemerkt, nur unsere Politiker in ihrer Besessenheit auf eine neue Welt träumen dahin.

J. F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn



Das Gipfelkreuz auf der Zugspitze wird von der Morgensonne beleuchtet: Auf Katalogen für arabische Touristen ist es nicht zu sehen (siehe Meldung Seite 24) Bild: U. Lein / dapd

Anschluss an DDR

Zu: „Stich ins Wespennest“ (Nr. 30)

Wenn sich der normale Bürger kopfschüttelnd von unseren politisch korrekten „Volksvertretern“ abwendet, müsste man sich als Volksvertreter doch irgendwann einmal selbst fragen, ob das eigene Tun richtig ist. Arroganz, Ignoranz und Geldgier lassen keinen Platz für Gedanken über das eigene Handeln. In jeder normalen Firma wären Mitarbeiter schlecht beraten, Prozesse zu unterschreiben, deren Inhalte nicht vollständig sind oder von denen sie möglicherweise gar keine Ahnung haben. In einer normalen Firma gäbe es aber sicher Kollegen, die es besser wissen könnten, wenn man sie fragt, diese Hoffnung können wir bei unseren Volksvertretern wohl leider nicht haben. Kollektives Abnicken ist ein trauriges Beispiel dafür, wie sehr die Demokratie in dieser Republik gelitten hat. Hier muss die Frage erlaubt sein, wie sehr diese Form der Staatenlenkung akzeptabel ist, wenn Derartiges möglich ist. Gute Tipps und mahnende Worte gegenüber anderen Staaten sollten wir demnächst bleiben lassen, so lange wir handeln wie eine Bananenrepublik. Da hätte sich die Bundesrepublik 1989 der DDR anschließen können, das wäre für manche Entscheidungen einfacher gewesen.

Andreas Weiß, Berlin

Sozialneid gab es schon immer

Zu „Zu: ‚Illegal und dumm‘“ (Nr. 29)

Sozialneid gibt es seit Bestehen der menschlichen Gesellschaft, er verschärft sich mit der Herausbildung von Schichten und Klassen. Schon immer gab es Menschen, die nach dem Eigentum anderer schielten. Sozialneid ist eine Triebkraft für Hass, Spaltung der Gesellschaft und Revolutionen. Dumm und kurzsichtig handeln Regierungen, die solche stets vorhandenen Tendenzen nicht beachten und bewusst negieren, indem sie Millionen Menschen in Armut und Chancenlosigkeit belassen. Kluge Staatsmänner tuen alles, um alle Schichten des Volkes Lebenschancen und ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ein Unternehmer, der in die Zukunft plant, wird stets nicht nur auf seinen Gewinn bedacht sein, sondern auch immer an seine Arbeitnehmer denken.

Bernhard Ax, Halle-Neustadt

Gutshäusern wurde Seele geraubt

Zu: „‚Es wird neue Ruinen geben‘“ (Nr. 28)

Durch die sozialistische Bodenreform sind in der DDR alle Herren- und Gutshäuser mit enteignet worden, die den Eigentümerfamilien als Wohnstätte dienten und von ihnen erhalten wurden. Die meisten fristen durch den Verlust ihrer Bestimmung als Familienwohnstätten und Zuführung zu anderen Nutzungen ein trauriges Dasein. Durch die Vertreibung ihrer Familien wurden sie ihrer Seele beraubt – und die kann ihnen auch kein Denkmalschutzamt wieder einhauchen. Daher ist hier Denkmalschutz auch sehr fragwürdig.

Anders ist es bei historischen Gebäuden wie zum Beispiel dem Berliner Schloss. Bei ihm müsste allerdings eine originalgetreue Restaurierung beachtet und die geschichtliche Vergangenheit durch sinnvolle Namensgebung gewürdigt werden, sonst sollte man sich auch diese Mühen und Kosten ersparen. Wenn man zu feige ist, dem Neubau einen der historischen Bedeutung nach zustehenden Namen wie Hohenzollern-, Preußenschloss oder wenigstens nur „Das Berliner Schloss“ zu geben, sollte man es lieber ganz lassen. Die Humboldt-Universität braucht keine Nebenstelle in Form eines „Humboldtforums“.

Helmut von Binzer, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 31 – 4. August 2012

MELDUNGEN

Neuer Vertreter des Präsidenten

Königsberg –Der Kreml schickt einen jungen Nachwuchspolitiker als Sonderbeauftragten für die Sonderwirtschaftszone „Kaliningradskaja oblast“ nach Königsberg. Stanislaw Woskresenskij gilt als direkter Putin-Vertrauter und als eine der einflussreichsten Personen im Hintergrund der Präsidenten-Mannschaft. Mit 31 Jahren war er schon stellvertretender Minister für ökonomische Entwicklung. Der Fachmann für Investitions- und Steuerpolitik verfügt über Erfahrungen auf dem internationalen Parkett. In Königsberg wird er die wirtschaftliche Ausrichtung der Exklave vor dem Hintergrund des bevorstehenden WTO-Beitritts Russlands forcieren und die verfeindeten Lager innerhalb „Einiges Russland“, die sich um Gouverneur Nikolaj Zukanow und Bürgermeister Alexander Jaroschuk gebildet haben, zur Zusammenarbeit zwingen. Gerüchten zufolge soll er auch die Bürgermeisterwahl kontrollieren. Viele sehen in Woskresenskijs Entsendung einen Beleg dafür, dass Moskau sich wieder mehr Gedanken um die Exklave macht. *MRK*

Geschenk für Lycker

Lyck – Die neue Umgehungsstraße ist für die Lycker Einwohner ein Geschenk und obwohl die öffentliche Freigabe erst am 11. August erfolgt, können die Autofahrer die Lycker Umgehungsstraße schon heute benutzen. Sie hat gerade mal eine Länge von 12 Kilometern und kostete mehr als 39 Millionen Euro. Die Arbeiten dauerten seit 2004. Wie der Lycker Stadtpräsident, Tomasz Andrukiewicz, gegenüber Radio Allenstein sagte, ist die Freigabe der Umgehungsstraße ein großer und historischer Zeitpunkt nicht nur für die Stadt, sondern vor allem für die Touristen, die Masuren besuchen. *PAZ*

Vier-Sterne am See

Nikolaiken – Derzeit wird ein neues Vier-Sterne-Hotel am Ufer des Nikolaiken-Sees errichtet. Es liegt auf einer Halbinsel im Südwesten gegenüber der Stadt und des Yachthafens. Die Firma Inpro plant, bis Ende März 2013 das Hotel dem Betrieb zu übergeben. Das Gebäude hat direkten Zugang zum See und wird 77 Zimmer und 18 Appartements aufweisen. Die Appartements zwischen 32 und 115 Quadratmeter Größe werden an Investoren verkauft und an Gäste vermietet. Dazu kommen ein Restaurant mit Panoramaterrasse, ein Swimmingpool und eine Wellness- und Saunalandschaft. Im zugehörigen Yachthafen sind 64 Liegeplätze geplant. In dem Haus, dessen Fassade in Aluminium und Glas ausgeführt wird, wird der Zugang zu allen Etagen und Räumen behindertengerecht gestaltet. *mef*

Kleiner Grenzverkehr ist geregelt

Sonderdokument für Bewohner Süd- und Ostpreußens – Für Lawrow erster Schritt zum Visaverzicht

Seit zwei Jahre wurde über den Kleinen Grenzverkehr zwischen dem südlichen und nördlichen Ostpreußen diskutiert, viele Konzepte wie das der Fünfkilometer-Zone wurden als äußerst unpraktisch verworfen. Seit dem 27. Juli ist ein Abkommen in Kraft, das den Kleinen Grenzverkehr regelt.



Kleiner Grenzverkehr in der Praxis: Russen aus Königsberg vor dem polnischen Generalkonsulat Bild: J. Tschernyschew

Das Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr zwischen einigen Anrainerkreisen Polens und dem Königsberger Gebiet regelt für Einwohner Elbings, Allensteins und der Landkreise Braunsberg, Heilsberg, Bartenstein, Goldap, Angerburg, Rastenburg, Lötzen, Treuburg und Sensburg in der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie jenen in einigen an der Ostseeküste gelegenen Städten und Kreisen wie Danzig, Gdingen und Zoppot, wie sie von nun an die Grenze an einem der Bahn- oder Straßenübergänge in Beisleiden, Goldap, Rehfeld, Grunau und Braunsberg passieren können.

Das entsprechende Dokument wurde bereits vor einigen Monaten vom russischen und polnischen Parlament genehmigt. Seitdem wurde an seiner Umsetzung gearbeitet. Es war geplant, die Ausstellung der Sonderreisedokumente zum Sommeranfang zu beginnen, doch hat sich der Termin bis zum 27. Juli hingezogen. Von der neuen Regelung des Kleinen Grenzverkehrs werden etwa drei Millionen Russen und Polen profitieren.

Die neue Grenzregelung betrifft Bürger von Drittländern, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen. Eine Grundvoraussetzung für die Zuweisung eines gültigen Reisedokuments ist ein fester Wohnsitz im grenznahen Gebiet von mindestens drei Jahren. Das Dokument berechtigt den Inhaber zu wiederholten Reisen in grenznahe Gebiete für 30 Tage, die Gesamtaufenthaltsdauer darf 90 Tagen innerhalb eines halben Jahres nicht überschreiten. Zunächst wird die Einreisegenehmigung mit einer zweijährigen Frist ausgestellt, sie kann um weitere fünf Jahre verlängert werden. Für die Bearbeitung eines Antrags werden 20 Euro Gebühren fällig. Mit dem Kleinen Grenzverkehr sollen soziale, kulturelle, wirtschaftliche und verwandtschaftliche Kontakte beiderseits der Grenze gefördert werden, und er soll den Tourismus vereinfachen. Über das Inkrafttreten des Kleinen Grenzverkehrs gibt es geteilte Meinungen. Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk glaubt, dass er der Wirtschaft in der Exklave schaden wird. Seiner Ansicht nach werden vor allem Kleinunternehmen und Großhändler darunter leiden, dass viele Königsberger lieber nach Polen zum Lebensmitteleinkauf fahren werden, weil dort viele Produkte günstiger und besser seien. Die Sorge des Stadtoberhaupts ist nicht ganz uneigennützig, denn auch seine Firma „Baucenter“, die auf den Handel mit Bau- und Innenausstattungsmaterialien basiert, bezieht einen Großteil der Waren aus Polen. Wenn die Menschen Gelegenheit haben, bei Ikea oder ähnlichen Läden einzukaufen, ist tatsächlich damit zu rechnen, dass die Kaufkraft innerhalb der Königsberger Exklave zurückgeht.

Die polnischen grenznahen Orte rechnen mit einer Belebung durch die Gäste aus dem nördlichen Ostpreußen. Eine wirtschaftliche Belebung der Städte Bartenstein, Braunsberg, Braniewo und Goldap ist schon jetzt zu spüren. Die Grundstücke entlang der Straßen, die in den russischen Teil Ostpreußens führen, werden von Handelsketten gekauft, die dort Geschäfte und Supermärkte bauen wollen. Für die betreffenden Orte bedeutet dies höhere Steuereinnahmen und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

In Braunsberg sucht ein Fleischkombinat Verkaufsstellen, aus Bartenstein wollen die schon bestehenden Discounter ihre Läden bald rund um die Uhr öffnen. Laut Umfragen will die Hälfte der Königsberger Einwohner ein grenznahes Visum beantragen. Bereits am ersten Tag hatten 600 Königsberger ihre Unterlagen beim polnischen Generalkonsulat eingereicht.

Unklar ist, wie die Kontrollen des Kleinen Grenzverkehrs sein werden. Nicht immer ist eindeutig, wo man sich gerade befindet. Polen will Verkehrsschilder an den Straßen anbringen. Unklar ist auch, wie unbeabsichtigte Verletzungen der Bestimmungen geahndet werden. Im Falle des vorsätzlichen Verlassens der Zone des Kleinen Grenzverkehrs, so die polnische Seite, kann eine Strafe in Höhe von bis zu 500 Zloty erhoben werden. Wenn jemand wiederholt erwischt wird, droht eine Aufenthaltssperre von sechs Monaten bis zu einem Jahr.

Gefahr: Schmuggel in die EU

Eine Gefahr für den nicht immer reibungslos funktionierenden Verkehr an der polnisch-russischen Grenze stellen die im Volksmund als „Ameisen“ bezeichneten kleinen Schmuggler dar, die gewöhnlich zwischen den russischen Tankstellen und den Treibstoffabnehmern in Polen pendeln. In der Region mit Polens höchster Arbeitslosenquote ist es für viele die einzige Einkommensquelle. Daher werden sie von den Grenzbeamten mit Nachsicht behandelt. Eine viel akutere Gefahr entsteht dagegen bei den immer wieder unternommenen Versuchen, Zigaretten- oder Alkohol, und vereinzelt auch Drogen in großen Mengen in die EU zu schmuggeln. Dagegen wird immer streng vorgegangen.

Vor kurzem kündigte der russische Außenminister Sergej Lawrow an, dass die Visumpflicht zwischen Russland und der EU bald ganz wegfallen könnte. Der Kleine Grenzverkehr könne als erster Schritt dorthin gewertet werden. *J. Tschernyschew/G. Supady*

Königsberg feierte Geburtstag

Erste Fußgängerzone der Stadt eröffnet – Hitze und schweres Unwetter konnten die Feierlaune nicht verderben

Königsberg hat seinen 757. Geburtstag gefeiert. Erstmals seit vielen Jahren wurde die Feier wieder im Juli begangen. In den vergangenen Jahren waren die Feier in den September verlegt worden. Doch viele Bürger wandten sich an die Stadtoberen mit der Bitte, die Stadtfeier wieder im Sommer stattfinden zu lassen. Die Stadt lenkte schließlich ein. Sie hat umgerechnet gut 200 000 Euro für das Fest ausgegeben. Das Programm umfasste Veranstaltungen an vielen verschiedenen Orten, sodass auch die Bewohner außerhalb des Zentrums die festliche Atmosphäre spüren konnten. Veranstaltungsorte waren der Park „Jugend“ beim Oberteich, der „Südpark“ in der Nähe des Friedländer Tors und der Stadtpark. Das Wetter war mit 34 Grad Celsius überraschend heiß und stellte das Durchhaltevermögen der Königsberger auf die Probe. Der großen Hitze folgten schwere Gewitter mit Starkregen. Das wechselhafte Wetter konnte die Feier jedoch nicht verderben. Auf dem Platz gegenüber der Universität erstreckte sich eine improvisierte „Meisterstadt“, wo Hersteller von Volkskunst ihre Werke ausstellten: Kunsthandwerk aus Bernstein, Ton, Stoffe und Glasperlen wurden zum Kauf angeboten. Die Auswahl war so groß, dass kaum jemand ging, ohne etwas gekauft zu haben.

Auf dem Hansaplatz boten verschiedene Musikgruppen Unterhaltung. Eine war sogar aus Peru angereist. Auch die jungen Königsberger konnten sich als Künstler üben, indem sie ihren künstlerischen Beitrag zum Programmpunkt „Wir malen unsere Stadt“ leisteten. Am Ufer des Oberteichs wurde im Drachensegler-Park ein Festival der Straßen-Subkultur veranstaltet. Auf dem Platz vor dem Denkmal für die „Eroberer des Weltraums“ fand ein Freilichtkino statt unter der Bezeichnung „Erzähle Kant Neuigkeiten“, bei dem Filme über Königsberg und Ostpreußen gezeigt wurden. Am Abend des 7. Juli kamen Tausende, um das Galakonzert auf dem Platz vor dem Haus der Räte zu sehen. In der Nähe der Schlossausgrabungen wurden Ritterkämpfe nachgestellt. Gekämpft wurde mit Zweibeln, die Gäste konnten Harnische anprobieren oder versuchen, Runen zu entziffern. Der Höhepunkt des ersten Festtages war das fulminante Feuerwerk, das am Oberteich gezündet wurde. Der zweite Festtag begann mit einem Stadtlauf, an dem sich jeder beteiligen konnte. Zirka 150 Sportler liefen, um die Austragung von Spielen der Fußballweltmeister in Königsberg zu unterstützen. Das größte Ereignis des 8. Juli war die Eröffnung der Fußgängerzone auf dem Prospekt Mira zwischen dem Dramentheater, dem Stadtpark und dem Puppentheater. Es war ein festliches Ereignis, bei dem Blasorchester aus Litauen, aber auch Blechbläser aus Schottland und Trommelorchester aus Moskau auftraten. Theaterschauspieler führten einen bunten Laufsteg auf.



Feierfreude: Russen lieben Verkleidungen Bild: J.T.

Während der Stadtfeier war der Verkauf von Alkohol in Glasflaschen verboten und auch in den Läden der Stadt wurden nur Getränke in Plastikflaschen verkauft. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

immer wieder kommen Anfragen, die sich auf Namen beziehen, die irgendwann einmal im Ostpreußenblatt standen. Es kann zehn, 30 oder 50 Jahre her sein, und die Suchenden haben erst jetzt – entweder im Internet oder in einem Nachlass – von dieser Veröffentlichung erfahren. Das ist erfreulich für die Finder, aber weniger für uns, denn bei lange zurückliegenden Beiträgen ist es kaum möglich, dem Anfragenden etwas Konkretes mitteilen zu können. Vor allem, wenn es um Suchfragen geht, die das weitere Schicksal des damals Genannten betreffen oder in denen nach dem heutigen Wohnsitz gefragt wird, müssen wir passen. Da muss unsere Ostpreußische Familie ran, denn aus unserem Leserkreis ist ja auch einmal der Beitrag gekommen.

Das sieht Herr **Edgar Lössmann** aus Heikendorf auch so, wenn er schreibt: „Als langjähriger Leser der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* weiß ich, dass Sie so manches in der Familienforschung zutage förderten und Sie so manch Verschollenen wieder zu den Seinen verhalfen“. Auch er sucht eine Verwandte, auf deren Namen er erst jetzt durch Zufall gestoßen ist. Er hat schon auf eigene Faust geforscht, aber selbst die Suche im Internet war erfolglos. Also bleibt nur noch unsere Ostpreußische Familie. Es handelt sich bei der Gesuchten um **Ruth-E. Neumann-Lößmann** aus Königsberg. Eine gute Bekannte von Herrn Lössmann hatte in ihrem Archiv einen Beitrag von ihr entdeckt, der im Ostpreußenblatt Folge 30/1980 erschienen war. Sie machte Herrn Lössmann auf diese Veröffentlichung aufmerksam, der nun glaubt, dass es sich bei der Betreffenden um eine nahe Verwandte seines Vaters **Peter** Lössmann (Loeßmann) handelt. Dieser hatte zu seiner Verwandtschaft keinen Kontakt, auch nicht zu seinen Halbgeschwistern. Vielleicht spielte da auch die Vertreibung eine Rolle, denn der am 2.12.1933 in Königsberg Geborene floh mit seiner Mutter **Margarete Lindstedt** im Januar 1945 aus der Heimatstadt und kam mit einem Schiff der Kriegsmarine noch heil heraus. Herr Lössmann weiß also nichts über Frau Ruth-E. Neumann-Lößmann, vermutet aber, dass sie auf einem Foto zu sehen ist, das sich im Familienbesitz befindet. Da die Gesuchte in den 80er Jahren mit dem Ostpreußenblatt verbunden war, dürfte sie vielleicht noch heute unsere Zeitung lesen. Oder jemand aus dem Zweig der Verwandtschaft, mit der Herr Lössmann nie in Verbindung stand, könnte Hinweise geben. Dazu gehören vor allem die eventuellen Nachkommen der Gesuchten. Hoffen wir also für unseren Leser, dass seine Suche erfolgreich wird. (Edgar Lössmann, Teichtor 7 in 24226 Heikendorf, Telefon: 0431/789514)

Auf einem alten Zeitungsausschnitt beruht auch die folgende Frage, die uns über Umwege erreichte. Über das Ostheim in Bad Pyrmont erhielten wir eine Suchanfrage, die sich auf eine dort veranstaltete Werkwoche bezieht, die allerdings schon sehr lange zurückliegt. Sie kommt von Frau **Margot Wille** aus Brandenburg an der Havel. Ihr Vater **Erich Riess** stammt aus Uderwangen, Kreis Preußisch Eylau. Er hatte zwei Schwestern, die in Kevelaer wohnten. Von diesen erhielt die Familie Wille in den 80er Jahren einen Zeitungsausschnitt, in dem von einer Werkwoche „Handarbeiten“ im Ostheim berichtet wird, an der auch eine Besucherin aus den USA teilnahm. Die junge Frau hieß **Marina** Riess und studierte damals Kunst in einer Stadt in der Nähe von New York. „Diese Marina ist eine Tochter eines Cousins meines Vaters“, schreibt Frau Wille, die nun gerne Kontakt zu dieser Verwandten aufnehmen möchte, falls dies überhaupt noch möglich ist. Sie hat schon versucht, in den USA nach Marina zu forschen, aber vergeblich. Marina hat auch noch eine Schwester Uta (Schenk), aber wo diese lebt, ist nicht angegeben. Wir haben als einzigen Hinweis herausbekommen, dass ab 1983 ein **Wolfram** Riess in New Jersey lebte, der bis 2009 Bezieher der *PAZ* war. Es könnte sich um Frau Willes Onkel, den Vater von Marina Riess, handeln. Wir wollen nun heute einen ersten Versuch starten, um die Riess-Schwestern Marina und Ute zu finden und bitten unsere Leserinnen und Leser vor allem aus den USA, uns oder Frau Wille zu benachrichtigen, falls sie etwas von den Genannten wissen. Leider haben wir nur die E-Mail-Adresse von Margot Wille vorliegen: (J.Beckenbauer@aol.com).



Bild: privat

Klassenbild einer unbekannten Schule: Stammt es aus Tilsit?

Zwar will ich den „letzten Zug“ noch weiter auf dem Nebengleis stehen lassen, denn die Zuschriften, die uns noch immer zu diesem uns Ostpreußen sehr berührenden Thema erreichen, passen nicht so recht zu dieser Jahreszeit, aber in einem Fall muss ich eine Ausnahme machen. Denn Herr **Hans Stanke** schildert nicht nur seinen Fluchtweg sondern sucht auch nach Schicksalsgefährten aus seinem „letzten Zug“, und das kann man nicht auf die längere Bank schieben. Wir wissen alle, dass die Zeit mit Meilenstiefeln rennt und dass sich die Reihen der älteren Zeitzeugen lichten. Also versetzen wir uns noch einmal in jenen eiskalten Januar 1945, als die letzten Züge aus Ostpreußen über die Weichsel fuhren. Zu diesen gehörte auch der Zug, in dem sich der damals 11jährige Hans Stanke mit seiner Mutter und anderen Verwandten befanden. Sie hatten zuerst versucht, mit dem Trekkwagen zu fliehen, kehrten dann aber zu ihrem Heimatort Ebersbach, Kreis Holland, zurück. Doch auf dem Bahnhof Kurau sollte kein Zug mehr halten. So fuhr der Großvater des kleinen Hans die Frauen – Mutter **Ida** Stanke, **Hedwig Neuber** und **Anna** Stanke mit Sohn **Klaus** – mit dem Schlitten nach Tiedmannsdorf, Kreis Braunsberg. „Dort hatten die Bewohner noch keinen Bescheid zur Flucht, es wurde sogar noch Mist auf die Felder gefahren!“ erinnert sich Hans Stanke. „Wir haben dann noch Fahrkarten nach Berlin gekauft (!), aber die Züge waren alle überfüllt. Wir hatten aber Glück, in einem Wagon waren Kisten von der Kreisverwaltung, diese wurden gestapelt und dadurch wurden noch Bänke frei. Außer uns waren die Eheleute **Petroschewski** und **Pätzel** (Schmiede) im Zug. Abends kamen wir nach Mühlhausen, da standen viele Ebersbacher, ich weiß nicht, ob jemand mitgekommen ist. Der Zug fuhr bis Güldenboden, dort stand er dann bis Dienstagabend, den 23.1.1945. Viele Leute liefen zur nahen Molkerei und haben Käserinden geholt. Dann fuhren wir bis Elbing weiter, da hielt der Zug kurz an. Nur eine Rote-Kreuz-Schwester und ein Bahnbeamter waren auf dem Bahnsteig, die sagten, die ersten russischen Panzer sind schon in Elbing. Bis zur Weichselbrücke war der Himmel hell von den Geschossen. Wir kamen noch gut über die Brücke, aber die Bahnstrecke war schon gesperrt, wir fuhren entlang der Ostseeküste weiter. Irgendwo mussten wir aussteigen, denn der Zug fuhr nach Thüringen“. Hans Stanke und seine Verwandten gelangten dann über Stettin nach Berlin und später nach Großwiehe bei Flensburg, wo er heute noch lebt. Er möchte nun wissen, ob sich andere Zuginsassen an diese Fahrt erinnern und was die anderen Ebersbacher erlebt haben, er würde sich sehr über Zuschriften freuen. Einige Namen sind ja angegeben. (Hans Stanke, Waldweg 2 in 24969 Großenwiehe, Telefon: 0460-41718)

Mit einem Brief aus Berlin konnte ich zuerst nicht recht etwas anfangen, denn er schien nicht unsere Ostpreußische Familie zu betreffen. „Wider das Vergessen – 440 Jahre Raschung“ lautete die Überschrift einer kleinen Abhandlung über den Ort, die mit **Gisela Kaulfuß** geborene **Sobotka** unterzeichnet war. Raschung? Hatten wir da mal was gebracht? Ich konnte mich jedenfalls nicht an eine diesbezügliche Leseranfrage erinnern. Es gab auch kein Begleitschreiben, aber zum Glück eine Telefonnummer, und so klärte sich die Sache schnell: Frau Kaulfuß hatte auf eigene Faust recherchiert und die Geschichte des im Kreis Rößel gelegenen Kirchdorfes bis zum heutigen Tag erforscht, auch an Ort und Stelle. Was hat sie dazu bewegt? Raschung ist nicht ihr Geburtsort, sie ist Berlinerin in der dritten Generation. Aber ihr Großvater wurde dort geboren, ihre Urgroßeltern Sobotka stammten von dort. Das Interesse an der Heimat ihrer Vorfahren erwachte erst spät, aber mit Vehemenz. Frau Kaulfuß nahm mit anderen Landsleuten aus dieser Gegend Verbindung auf, und alte Raschunger halfen ihr gern, allen voran Frau **Edith Hermann**, und so entstand ein Kurzporträt über dieses Kirchdorf am Raschung-See von der Gründung am 2. Juli 1572 bis zum heutigen Tag. Im Jahre 1939 lebten in Raschung 607 Einwohner in 137 Haushaltungen. Heute, 67 Jahre nach der Flucht, gibt es in dem Ort nur noch eine Deutsche. „Wenn man jetzt von Bischofsburg in das Dorf kommt, grüßt die evangelische Kirche wie früher“, berichtet Frau Kaulfuß. „Auf dem Altar sah ich 1999 die Bibel mit der Widmung von Frau von Platen. Das ehemalige Wohnhaus der Familie Stolla wurde zur katholischen Kirche. Das Gutshaus existiert nicht mehr, die Schule wurde 2009 zum Wohnhaus umgebaut.“ Frau Kaulfuß möchte nun auf diesem Wege allen danken, die mitgeholfen haben, „440 Jahre Raschung“ zu dokumentieren, allen voran Frau Edith Hermann. Und ein besonderer Gruß geht nach Raschung, das heute Raszag heißt, an Frau **Erika Nowak** geborene **Stelzner**, die letzte dort lebende Deutsche. Und wir schließen uns sehr herzlich diesem Gruß an! (Anschrift von Frau Gisela Kaulfuß: Waldstr. 42a in 13156 Berlin, Telefon: 030/4773101)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Heute mal wieder ein Schulbild, das aber nicht zugeordnet werden kann. Frau **Evelin Naglmaier** aus Dorsten hat es uns übersandt, sie fand es im Nachlass ihrer Mutter, die im Jahr 2000 verstarb. Da diese in Tilsit geboren wurde, ist es denkbar, dass es sich um eine Schule aus der Memelstadt oder ihrer Umgebung handelt. Die einzige Beschriftung des Fotos besteht aus „Kl. VI“. Es handelt sich um eine große Klasse mit über 50 Schülerinnen und Schülern. Da sie schon etwas älter sind und bereits etwas ausgeprägte Gesichter haben, könnten sich vielleicht ältere Leserinnen oder Leser auf dem Foto erkennen. Der Herr rechts mit Brille und Bart dürfte der Klassenlehrer sein. Die Mutter von Frau Naglmaier wurde am 31.3.1926 geboren, es müsste sich also um Gleichaltrige handeln, die auf dem Foto abgebildet sind. Das hofft auch Frau Naglmaier, denn sie schreibt: „Vielleicht ist dieses Klassenbild für Jemanden eine schöne Erinnerung.“

Sommerzeit ist Reisezeit und damit auch die Zeit des Wiedersehens. Früher vielleicht noch ausgeprägter, wenn man zu Verwandten fuhr und diese den Besuch schon freudig erwarteten.

Eine Beobachtung, die **Christel Bethke** kürzlich in Bahnhofsnähe machte, ließ sie Vergleiche anstellen zwischen heute und damals. Und dieses „damals“ bezieht sich auf ihre Heimat Ostpreußen. Deshalb bringen wir ihr Essay heute als „Familie Extra“.

Eure

Ruth Geede

Das Herz muss wissen, wann es da sein soll

Gedanken über das Wiedersehen – Wie es damals in Ostpreußen war und in der schnelllebigen Zeit heute ist

In Bahnhofsnähe beobachtete ich kürzlich Folgendes: Ein Mann mit Rollkoffer und ein Kind strebten aufeinander zu. Es war offensichtlich, wie sehr sie sich freuten, und das letzte Stück-chen Weg, das sie noch vor einander trennte, wäre der – vermutliche – Vater fast gerannt. Der Koffer blieb stehen, das Mädchen presste sich in seine offenen Arme, und sich immer wieder drückend, zogen sie den Koffer hinter sich her. Und ich glaubte auch die unvermeidliche Frage zu hören: „Hast du mir auch was mitgebracht?“

Während ich mit dem Rad weiter fuhr, gingen mir verschiedene Gedanken durch den Kopf. Was war das früher doch für eine große Begebenheit, wenn Besuch kam. Es gab kein Telefon im Hause und kein Brief konnte aufzeigen, wie es in der Wirklichkeit um einen stand. Hatte Mutter sich verändert? Hatte sich Vater von seiner Operation wieder gut erholt? Es hat grundlegende Veränderungen im Zusammenkommen der Menschen gegeben. Man sieht sich heute sicherlich öfter, aber nicht mehr so intensiv. Da ist erstmal die Ankündigung des Besuches, die früher schon allein das Haus in Aufregung versetzte. Es musste natürlich alles auf Vordermann gebracht werden: das Haus geputzt, das Gästezimmer – so vorhanden – hergerichtet, es wurde gebacken und ein Speiseplan mit den Lieblingsspeisen des Erwarteten erstellt und man überlegt gemeinsam, was man mit ihm unternehmen könnte. Blumen auf den Tisch – und dann großer Bahnhof! Alle Mann hin, um den Gast abzuholen. War mit Gepäck zu rechnen, musste natürlich der Handwagen genommen werden, denn ein Auto gab es nicht. Und auch kein Taxi, da musste man sich bei viel „Bagasch“ bei Onkel Friedigkeit Pferd und Wagen ausleihen.

Heute heißt das Motto: Komm' nicht so spät und bleib' nicht zu lang. Viele kurze Reisen, die auch in acht Tagen um die Welt führen können, sind gefragt. Ob viel auch wirklich viel ist, weiß man nicht, zu mindestens ist es stressig. Flüchtig, wie wir sind, muss schon nach kurzem Aufenthalt im Hause der Rollkoffer gleich wieder gepackt werden, denn der günstig scheinenden



Hier kommt schon lange kein Besuch mehr an: Der Bahnhof Tollmingen heute

Bild: J. Petrull

Angebote sind es ja so viele. Das färbt sich auch auf Besuche im Familien- oder Freundeskreis ab.

Das war doch früher anders. Im alten Ostpreußen pflegte man vor allem Verwandtenbesuche, denn Familienmitglieder gab es reichlich und jeglichen Grades. Man kam, um eine Weile zu bleiben, sich mit dem Gastgeber vertraut zu machen. Der holte den Besuch erwartungsvoll vom Bahnhof ab. Wenn der Zug hielt und sich langsam die Türen öffnen, wurde Ausschau gehalten, aus welchem Abteil der Erwartete stieg. Prüfende Blicke: Hat man sich verändert? Verstohlen wurde eine erste Bestandsaufnahme gemacht. Schließlich schickte man nicht dauernd die neuesten Fotos, und gemailt wurde ja auch nicht.

„Das Herz muss wissen, wenn es da sein soll“, heißt es im „Kleinen Prinzen“. Im motorisierten Zeitalter ist man nie vor Überraschungen sicher, und ehe man sich auf den Besuch eingestellt hat, ist man wieder allein und fragt sich: War das denn nun Wirklichkeit oder nicht? Und Grete, mit der ich darüber diskutiere, sagt: „Wie im Drive in“ und ergänzt: „Sah ich an der Autobahn“. Man kommt, man geht, verweilt kaum.

Zurück in die Vergangenheit. Der Besuch ging zu Ende, der Koffer war gepackt, der Proviant für die Reise in die Hand gedrückt – das „Hoaskebrot“ hatte immer einen extra dicken Belag – zusätzlich noch ein Pappkarton mit nahrhaften Dingen gefüllt, damit der Gast aus der Stadt für die nächsten Tagen versorgt war. Der Handwagen wurde aus dem Stall geholt und mit einer Wolldecke ausgelegt, um den guten Lederkoffer ja nicht zu beschädigen, und dann ging es los.

Einer schob und einer zog und bremste, wenn es bei Urbands den Berg runter ging. Wie immer war man viel zu früh am Bahnhof, der Zug noch nicht in Sicht. Dann aber, wenn alles verstaut, der Platz belegt, das Fenster heruntergelassen war, wurde aus dem abfahrenden Zug gewinkt. Mit einem Taschentuch – und der Zurückgebliebene hatte ebenfalls eines hervorgezogen und ließ es so lange flattern, bis der Zug nicht mehr zu sehen war. Es blieben Leere und eine gewisse Traurigkeit zurück. Aber wenn man dann mit dem Handwagen nach Hause zog, raffte man sich wieder auf und dachte an die vergangenen schönen Tage zurück. So halten wir es noch heute. Und das Tuch, das Taschentuch, ist ganz wichtig. Es sollte weiß sein und frisch entfaltet werden. *Christel Bethke*



ZUM 105. GEBURTSTAG

Amonat, Gustav, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 9. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schiminowski, Fritz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 12. August
Thies, Alfred, aus Ebenrode, am 6. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dautzenberg, Inge, geb. **Bergmann**, aus Lyck, am 7. August
Schmidt, Herbert, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 9. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heimüller, Agnes, geb. **Freytag**, aus Wiltulken/Hohenstein, Kreis Osterode, am 13. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bernert, Margarete, geb. **Engelke**, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 7. August
Demmler, Lieselotte, geb. **Brix**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 53, am 12. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Rabe, Hildegard, geb. **Lalla**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 11. August
Salka, Willi, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. August
Seidel, Elfriede, geb. **Pillich**, aus Ortelsburg, am 12. August
Stürzl, Käte, geb. **Glitz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. August
Willuhn, Alfred, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 7. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boden, Emma von, geb. **Kelch**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. August
Borchard, Grete, geb. **Huck**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 6. August
Flemming, Helmut, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 9. August
Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August
Littmann, Gerda, geb. **Reschat**, aus Haina, Kreis Schloßberg, am 12. August
Lowitzki, Emilie, geb. **Hensel**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 8. August
Rimek, Erich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Schmidt, Maria, geb. **Fidorra**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. August
Schweiger, Edith, geb. **Merten**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 11. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balscheit, Hans Georg, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, am 12. August
Bernhard, Christel, geb. **Papies**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. August
Bohnke, Ella, geb. **Langel**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 8. August
Bülte, Käthe, geb. **Wessel**, aus Elchdorf, Kreis Samland, am 7. August
Draasch, Käte, aus Pillau, Kreis Samland, am 9. August
Ekkel, Else, geb. **Rydzewski** verwitwete **Mehrwald**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 6. August
Glinka, Gerhard, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Goetzke, Werner, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 6. August
Hartmann, Elli, geb. **Rudat**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. August
Hartmann, Luci, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. August
Heinrich, Margarete, geb. **Brewisch**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. August
Hill, Gerda, geb. **Hill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. August
Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 9. August
Motikat, Greta Maria, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 12. August
Mutz, Erna, geb. **Meyer**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 6. August
Nerreter, Waltraut, geb. **Gallin**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 7. August
Rudas, Elisabeth, geb. **Weber**, aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, am 11. August
Scheibner, Anneliese, geb. **Hoppe**, aus Germau, Kreis Samland, am 12. August
Vogel, Hilde, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 7. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Ernst, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 6. August
Buch, Emilie, geb. **Broska**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Czekay, Margarete, geb. **Alexander**, aus Kahlfelde, Kreis Ortelsburg, am 9. August
Ehrlich, Charlotte, geb. **Chittka**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Geyer, Traute, geb. **Niklaß**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 7. August
Haase, August, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 11. August
Hartz, Lisbeth, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 9. August
Joswig, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 2. August
Kubelke, Christel, geb. **Sprengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. August
Laskus, Edith, geb. **Krzykowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 9. August
Pehrs, Hildegard, geb. **Guddusch**, aus Tilsit, am 10. August
Voss, Else, geb. **Matheuszik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August
Walraven, Gertrud, geb. **Franke**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 10. August
Zornig, Edith, geb. **Fuhrmann**, aus Wehlau, am 8. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barth, Herta, geb. **Gollack**, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, am 7. August
Beutler, Helmut, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 7. August
Conrad, Karl-Heinz, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. August
Dähn, Margarete, geb. **Maczassek**, aus Neidenburg, am 12. August
Delkus, Helene, geb. **Grabowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. August
Fischer, Hildegard, geb. **Drescher**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 11. August
Herbstreit, Liesbeth, geb. **Müller**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. August
Knieling, Herta, geb. **Kunz**, aus Kobbelbude, Kreis Samland, am 8. August
Körber, Ruth, geb. **Hartmann**, aus Königsberg-Juditten, Douglasstraße, am 8. August
Kopania, Irene, geb. **Dutkowski**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Laws, Emma, geb. **Jobski**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 12. August
Liebenow, Erika, geb. **Lumma**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Malien, Manfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. August
Martens, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 10. August
Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, Siedlung PR. Bahnau, Kreis Wehlau, am 10. August
Neumann, Alfred, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, Pinnauer Straße, Kreis Wehlau, am 12. August
Nommels, Gertrud, geb. **Preuss**, aus Lötzen, am 3. August
Roeck, Siegfried, aus Rauschen, Kreis Samland, am 10. August
Rosinski, Heinz, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 9. August
Sadlowski, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Schmidt, Christel, geb. **Ruttkowski**, aus Ortelsburg, am 12. August
Schrader, Erwin, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 10. August
Sewzik, Gertrud, geb. **Sewzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August
Suhrau, Margarete, geb. **Wolff**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, am 12. August
Tengler, Fritz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. August
Wagner, Hildegard, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August
Weinrich, Erika, geb. **Nowak**, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Weirowski, Käte, geb. **Vogel**, aus Diewens, Kreis Samland, am 10. August
Wildung, Erika, geb. **Prapolinat**, aus Lehmfelde, Kreis Ebenrode, am 6. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August
Behrens, Gerhard, aus Bützow, Kreis Wehlau, am 8. August
Christochowitz, Heinz, aus Lyck, Falkstraße 3, am 8. August
Christochowitz, Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. August
Deutsch, Gerhard, aus Ariy, am 7. August
Foß, Renate, geb. **Wingerning**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 11. August
Gurgsdies, Werner, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 11. August
Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 10. August
Janczewski, Brigitte, geb. **Sawitzki**, aus Ortelsburg, am 9. August
Kloß, Edelgard, geb. **Kloß**, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 8. August
Kohn, Erhard, aus Hanswalde, Deutsch Thierau, am 10. August
Kossmann, Gisela, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 9. August
Kraschewski, Gisela, geb. **Chrost**, aus Ortelsburg, am 12. August
Langhans, Rita, geb. **Hanske**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 10. August
Lorenz, Dora, geb. **Kumpat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 8. August
Marquardt, Erich, aus Dankfelde, und Rotwalde, Kreis Lötzen, am 7. August
Merkeliunas, Vincas (Willi), geb. **Batschkus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. August
Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 10. August
Quass, Werner, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 8. August
Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Moterau Dorf, Kreis Wehlau, am 9. August
Schneider, Edith, geb. **Bohlien**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, am 12. August
Schröder, Hannelore, geb. **Schröder**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 7. August
Seidler, Klara, geb. **Wosing**, aus Wehlau, Pfleger Kolonie, Kreis Wehlau, am 8. August
Sieker, Hilde, geb. **Mattern**, aus Heiligenbeil, Martin-Faust-Weg 5, Kreis Wehlau, am 9. August
Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August
Speicher, Gerhard, am 6. August
Sporbert, Lieselotte, geb. **Galensa**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. August
Tarrach, Artur, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 7. August
Zakfeld, Herbert, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 8. August
Zocher, Ursel-Giesela, geb. **Quass/Sypitzki**, aus Lyck, Danziger Straße 10, am 9. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Herold, Agnes, geb. **Schwarz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 9. August
Klein, Ruth, geb. **Granitza**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 8. August
Kruska, Gerhard, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Krygier, Hildegard, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 7. August
Maximowit, Hans Erich, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 6. August
Pokarr, Rudolf, aus Heiligenbeil, Am Markt 14, Kreis Wehlau, am 3. August
Porepp, Eva, geb. **Baumgarth**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Stanke, Marie-Louise, geb. Preuß, aus Schleswig, am 13. Juli
Sternberg, Siegfried, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 6. August



Lambrecht, Horst und Ehefrau Elsbeth, aus Modgarben, Kreis Rastenburg, Ende Juli
Stanke, Günter, aus Osterode, und Frau Marie-Louise, geb. **Preuß**, aus Schleswig, am 10. August

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

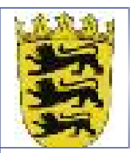
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 4. August, 11.30 Uhr, NDR: 60 Jahre Deutschland: 1953 – 1956.
SONNABEND, 4. August, 17.30 Uhr, Arte: Metropolis – Kulturmagazin.
SONNABEND, 4. August, 20.15 Uhr, Arte: Marilyns letzte Sitzung. Doku über die letzten Jahre Marilyn Monroes.
SONNABEND, 4. August, 22.10 Uhr, 3sat: Tradition ist alles! – Junge Roma in Deutschland.
SONNABEND, 4. August, 22.30 Uhr, Phoenix: Liebesgrüße nach Moskau. Der große Radiokrieg. Dokumentation.
SONNTAG, 5. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 5. August, 10.45 Uhr, 3sat: Hermann Hesse – Der Weg zu sich selbst.
SONNTAG, 5. August, 11.30 Uhr, 3sat: Hermann Hesse – Wegbereiter eines neuen Denkens?
SONNTAG, 5. August, 20.15 Uhr, NDR: Landlust TV.
MONTAG, 6. August, 20.15 Uhr, NDR: Der Gesundmacher. Keine Angst vor erster Hilfe.
MONTAG, 6. August, 21 Uhr, NDR: Unsere Geschichte. Als die Promis nach Sylt kamen.
MONTAG, 6. August, 23 Uhr, Phoenix: Fukushima nach der Katastrophe.
MONTAG, 6. August, 23.30 Uhr, RBB: Die Vorpommersche Boddenlandschaft.
DIENSTAG, 7. August, 11.20 Uhr, MDR: Russlands Seele – Russlands Stolz.
DIENSTAG, 7. August, 20.15 Uhr, WDR: Abenteuer Erde. Kroatien – Naturparadies zwischen Donau und Adria.
DIENSTAG, 7. August, 20.15 Uhr Arte: Plastik über alles. Preisgekrönter Film über Plastik und die Folgen.
DIENSTAG, 7. August, 21 Uhr RBB: Die Ostsee. Zwischen Litauen und Dänemark.
DIENSTAG, 7. August, 21.40 Uhr Arte: Das Mafia-Paradies. Kuba vor der Revolution 1959.
MITTWOCH, 8. August, 14.10 Uhr, Arte: Die Kennedys (1-3/8).
MITTWOCH, 8. August, 20.15 Uhr, Arte: Die Heimkehr. Nach dem Roman von Hermann Hesse.
MITTWOCH, 8. August, 21 Uhr, Phoenix: Der Kremlflieger. Porträt über Matthias Rust.
MITTWOCH, 8. August, 21.45 Uhr, Arte: Der Weg nach innen. Zum 50. Todestag von Hermann Hesse.
DONNERSTAG, 9. August, 19.30 Uhr, Arte: Der Rhein – Von der Quelle bis zur Mündung (4/4).
DONNERSTAG, 9. August, 20.15 Uhr, NDR: Sommer in Sibirien. Wo Deutsche, Russen und Kasachen leben.
DONNERSTAG, 9. August, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Stasikinder – Mein Vater war beim MfS.
FREITAG, 10. August, 21.15 Uhr, Servus TV: Aus dem Leben. Schatzkammer Deutsches Museum.
FREITAG, 10. August, 23 Uhr, Phoenix: Churchills Verrat an Polen.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Bericht von der Busfahrt in den Bayrischen Wald. – Die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft Lahr machte sich mit einer Busfahrt auf den Weg der Glasstraße im Bayrischen Wald. Da die fünftägige Fahrt am Sonntag begann, stimmte die Vorsitzende Irma Barraud die Mitreisenden mit einem Wort zum Sonntag über Sommer und Regenbogen auf die Erlebnistage ein. Station war in Spiegelau, von hier aus folgten Fahrten in die Umgebung mit Besuch der Drei-Flüsse-Stadt (Donau, Inn und Ilz) Passau. Höhepunkt war hier ein Orgelkonzert im Dom Sankt Stephan auf der größten Domorgel der Welt, ein unvergleichliches akustisches Erlebnis. Beschaulich und interessant das Glasdorf mit seiner Glasgartenschau in Arnbruck und der gläserne Wald in Regen mit seinen riesengroßen Glasfiguren. Eine zweistündige Schifffahrt auf der Donau mit der Regensburger Kristallflotte und der funkelnden Kristalltreppe war ein besonderes Erlebnis. Natürlich war auch die Glaspyramide in Zwiesel ein glänzender Augenschmaus. Der Abschluss führte dann in die sehenswerte alte böhmische Salzstadt Krumau [Cesky Krumlov], die heute zum Weltkulturerbe der Unesco gehört. Mit vielen schönen Eindrücken kehrte die Gruppe nach Lahr zurück.

Ludwigsburg – Donnerstag, 23. August, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 19. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Sommerfest der LM Ost- und Westpreußen. Dazu wird herzlich eingeladen. Die Gruppe freut sich auch über Gäste aus anderen Landsmannschaften. Der Chor Alexander Diehl wird das Programm mitgestalten. Außerdem sind Sketche und Gedichte vorgesehen.

Weinheim – Mittwoch, 8. August, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe zu einem Heimatnachmittag mit Rückblick auf die Jahre 1976 und 1980 in der Landsmannschaft Ostpreußen in Weinheim sowie Vorstellung und kleine Lesung aus dem Buch „Herztöne eines Westpreußen" (1983). Erzählungen, Kurzromane, Aphorismen, Gedichte des ehemaligen Landeskulturrefenten Prof. Dr. Werner Schienemann, der am 13. Oktober 1976 und am 11. Oktober 1980 im Saal des Herz-Jesu-Heims in Weinheim die Festansprache zum Erntedankfest für alle deutschen Landsmannschaften hielt.

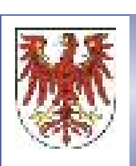


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 17. August, 14.30 Uhr, Deutscher Kaiser: Vortrag „Die Seniorenarbeit im Landkreis Kitzingen".

Landshut – Dienstag, 21. August, 14 Uhr, Insel, Biergarten: Zusammenkunft der Gruppe.

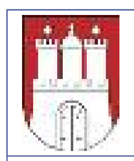


BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg/Havel – Mittwoch, 8. August, 13 Uhr: Kaffee- und Badefahrt zum Theeßener Waldsee – nur bei ausreichender Teilnehmerzahl. Gäste sind herzlich willkommen. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703.

Oranienburg – Neue Vorsitzende des Kreisverbandes Oberhavel der Landsmannschaft Ostpreußen ist Eva Haut. Weitere Vorstandsmitglieder sind Dora Opitz (Kassenwartin), Alfred Ehrlach, Ursula Karupka und Heinrich Kenzler.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Achtung Änderung: Restaurant/Café „Prinzess", Alsterdorfer Straße 572, unweit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe,** Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder" und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis" humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „ ein bisschen Spaß muss sein". Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

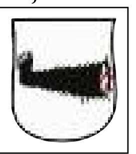
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

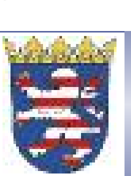
KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin", Fohmestraße 123. Im Juli ist jedoch kein Monatstreffen.



Sensburg – Sonntag, 19. August, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Das Treffen fällt wegen des Kreistreffens in Remscheid aus. Das nächste Treffen in Hamburg findet am Sonntag, 23. September um 15 Uhr statt.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Sonnabend, 18. August, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen der Gruppe.

Dillenburg – Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, dem 29. August 2012 statt, um 15 Uhr im Dillenburger Cafe Eckstein. Dann wird Hans-Joachim Naujoks über Schule und Kultur in Gumbinnen, von den Anfängen bis zur Vertreibung sprechen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Schwerin – Am 2. Juni fand die **Jubiläumsveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen im Kreisverband Schwerin** statt. Wenn man sich an die Gründung dieser LM erinnert, muss man feststellen, dass die Freude darüber sehr groß war, sich endlich auch öffentlich zur schönen Heimat Ostpreußen zu bekennen. Denn in der ehemaligen DDR war das ein „Tabu-Thema". Die Gründung begann schon 1989 und die Resonanz war sehr groß. Zur Unterstützung beim Aufbau der Vertriebenenarbeit in M-V hatte der BdV Landesverband Schleswig-Holstein die Patenschaft übernommen. Nun ging es zwar vorwärts, aber auch Rückschläge mussten verarbeitet werden. Aber 1992 konnte die Kreisgruppe der Ostpreußen in Schwerin mit 200 Mitgliedern die Arbeit beginnen. Man muss auch ehrlich zugeben, dass einige Mitglieder insgeheim die leise Hoffnung hegten, noch einen kleinen sogenannten Lastenausgleich für das verlorene Hab und Gut zu bekommen. Aber diese Hoffnung wurde sehr schnell im Keim erstickt und es kam zur Zahlung der 4000 DM an alle Flüchtlinge und Vertriebenen der ehemaligen DDR. Somit war das Problem beendet und die Gruppe konnte sich der Erhaltung des Kulturgutes, der Dialekte, dem Austausch über Historisches und der Heimatverbundenheit widmen. Da die Erkenntnis vorhanden war, dass gerade in Mecklenburg sehr, sehr viele Vertriebene aus Ostpreußen wohnen, wurde der Gedanke geboren, auch ein Landestreffen der Ostpreußen in M-V zu organisieren. Bald war es dann soweit, 1996 wurde in Schwerin der Grundstein gelegt für das erste Landestreffen der Ostpreußen in M-V. Es kamen 1400 Gäste. Um allen Heimatfreunden in M-V auf Grund der Verkehrsverbindungen gerecht zu werden, einigte man sich auf drei Orte, Schwerin, Rostock und Neubrandenburg, in denen abwechselnd die Landestreffen der Ostpreußen in M-V stattfinden sollten. Die Teilnehmerzahl steigerte sich recht bald auf 2000. In diesem Jahr findet am 29. September bereits das 17. Landestreffen der Ostpreußen in der Sport-und Kongresshalle in Schwerin statt. Inzwischen liegt die Organisation in den Händen der etwas jüngeren Heimatfreunde und ist heute bundesweit zum festen Bestandteil der Ostpreußentreffen in M-V geworden. In der Schweriner LM suchte man immer wieder nach Gemeinsamkeiten. Es wurde eine Handarbeitsgruppe gebildet und bald wurden es zwei Gruppen, die noch heute bestehen. Auch Zusammenkünfte in gemütlicher Runde fanden sehr schnell großen Anklang. Diese Treffen bezeichnete die Gruppe bald mit „Plachandern" und jeder Ostpreuße kennt die Bezeichnung und Bedeutung. Auf Grund der großen Resonanz, finden monatlich zwei „Plachandernachmittage" statt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 26. August bis Mittwoch, 29. August: **Vier-Tagesfahrt nach Potsdam** „Auf den Spuren preußischer Könige – 300 Jahre Friedrich der Große". Sonntag, 26. August, 7 Uhr: Busfahrt ab Stade/Buxtehude, gemeinsames Mittagessen in Wustrau, dem Gut des volkstümlichsten Husarengenerals Hans-Joachim von Zieten. Montag, 27. August: Stadtführung durch das alte Zentrum von Potsdam, freier Nachmittag, Übernachtung in Caputh. Dienstag, 28. August: Busfahrt rund um Potsdam, Besuch der Filmstadt Babelsberg, Führung durch Park und Schloss Sanssouci, Schlösserrundfahrt auf der Havel, festliches Abendessen in einem Schiffsrestaurant, Übernachtung in Caputh. Mittwoch, 29. August: Führung durch das Schloss des Herrn von Ribbek auf Ribbek im Havelland auf der Rückfahrt, Mittagsund Kaffeepause in Kyritz. Dieser Ort gehört heute zu den schönsten Fachwerkstädten Deutschlands. Gegen 19.30 Uhr Ankunft in Buxtehude/Stade. Kosten für die genannten Leistungen inklusive aller Eintritte und Führungen: 310 Euro pro Person im Doppelzimmer, Einzelzimmer 355 Euro. Für Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen ermäßigt sich dieser Preis um jeweils 20 Euro. Im Hotel Müllerhof in Caputh konnten 45 Betten reserviert werden, leider stehen nur sehr wenige Einzelzimmer zur Verfügung. Anmeldungen ab sofort, spätestens bis zum 5. August an Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.

Göttingen – Mittwoch, 8. August, 14.30 Uhr, Grillplatz im Holtenser Forst: **Sommerfest.** Ein Bus wird wie üblich eingesetzt. Ab Gasthaus Zur Linde 14 Uhr, Bushaltestelle Bürgerstraße 14.05 Uhr, ZOB 14.10 Uhr, Bushaltestelle Holtenser Landstraße 14.15 Uhr.

Osnabrück – Dienstag, 31. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 17. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 9. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln: Monatstreffen der Gruppe. Vortrag von Gustav Denzer „Die Evolution des Menschen". In seinen Ausführungen beschreibt Gustav Denzer die unterschiedlichen Auffassungen der Theologie und der Wissenschaft über die Entstehung der Erde, des Lebens und die Entwicklung des Menschen. Ein besonderer Schwerpunkt ist die „kulturelle Evolution", worunter verstanden wird, dass der Mensch weitgehend seine Entwicklung selbst bestimmt. Versucht wird auch ein Blick in die Zukunft des Menschen. Durch Bilder und Schautafeln werden schwierige Zusammenhänge der Erdgeschichte anschaulich und auch für Laien verständlich übermittelt. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 15. August, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Bielefeld – Montag, 6. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 16. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis – Dienstag, 21. August,13 Uhr, Brunnenstraße: Fahrt nach Bad Lippspringe.

Dortmund – Montag, 20. August, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ekke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Probe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Ennepetal – Donnerstag, 16. August, 17 Uhr, Monatsversammlung mit Grillen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lengerich-Lienen – Am 2. Juni feierte die Gruppe das 60jährige Bestehen der LO Ortsgruppe Lengerich-Lienen. Die Vorsitzende Irmgard Werlich eröffnete das Programm mit einer Rede über Flucht, Verfolgung, Tod, aber auch über Integration. Sie erinnerte an das Leid der Heimatvertriebenen, die Willkür und Vertreibung erlitten haben. Aufrechnung, aber auch erzwungenes Vergessen ist unmoralisch. Nur ein offener Dialog kann Probleme lösen und die Aussöhnung fortschreiben. Sie erinnerte an die Charta der Vertriebenen: „Wir verzichten auf Rache und Vergeltung und werden durch harte und unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas." Als nächster Redner folgte Bürgermeister F. Prigge. Er dankte für die kulturelle Bereicherung die der Verein bietet und schloss mit dem Zitat Erich Kästners: „Man kann den Menschen aus der Heimat vertreiben aber nicht die Heimat aus den Menschen." Danach sprach W. Mörke vom Stadtmarketing-Verein Lengerich. Er stellte fest, dass Heimat und Gesundheit eines gemeinsam haben, „Beides wissen wir erst zu schätzen, wenn wir sie verloren haben." Dr. Reinhold Hemker verglich in seiner Rede Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg mit Geschichten aus der Bibel. Er würdigte besonders die Aufbauleistung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Irmgard Werlich freute sich über die zahlreich erschienenen Gäste. Ganz besonders freute sie sich über die Grußworte von Herrn A. Sell, Vorsitzender der KG Osnabrück. Zwischen den einzelnen Reden spielte die Flötengruppe unter der Leitung von Norbert Britzwein Lieder zum

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

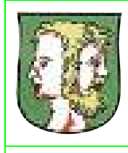
Einladung zu den 58. Angerburger Tagen – Am 8./9. September treffen sich wieder die Angerburger sowie deren Nachkommen und Freunde in der lebenswerten Kreisstadt Rotenburg/Wümme. Das Angerburger Treffen findet auch in diesem Jahr in der Rotenburger Theodor-Heuß-Schule in der Gerberstraße 16 neben dem Ratsgymnasium statt. Eingeleitet werden die 58. Angerburger Tage am Sonnabend, 8. September, mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche am Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr in einer öffentlichen Sitzung die Angerburger Kreisvertretung. Die Sitzung findet im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte des Vorstandes, Ehrungen, der Bericht der Kassenprüfer, die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2011 und die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2013. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich über die umfangreiche Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft im Berichtszeitraum zu informieren. Nach der Mittagspause starten wir um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt in Rotenburg/Wümme nach Sittensen ins romantische Tister Moor. Für Kaffee und Kuchen sorgt wieder Heimatverein der Börde Sittensen e.V. Es ist dafür ein Kostenbeitrag in Höhe von unverändert 10 Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 28. August nötig. Ab 14 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke angeboten. In einem Filmvortrag zeigt Bernd Naumann um 20 Uhr in der Theodor-Heuß-Schule das geschichtsträchtige Naturparadies Masuren untermalt mit typischen Musikklängen, vorgestellt. In seinem mitreißenden Live-Vortragsstil spüren die Besucher die Atmosphäre einer Masurenreise in lebendiger Digitaltechnik. In anschließender geselliger Runde lassen die Besucher den Tag ausklingen. Die Angerburger Tage werden am Sonntag, 9. September, fortgesetzt. Um 11 Uhr findet in der Aula der Theodor-Heuß-Schule eine Feierstunde statt. Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg/Wümme hat die Gastrede übernommen. Wegen der geringen Beteiligung der Angerburger kann leider kein Gottesdienst mehr in der Michaelskirche stattfinden, was der Vorstand der Kreisgemeinschaft sehr bedauert. Nach der Feierstunde treffen sich in der Theodor-Heuß-Schule die Angerburger und deren Freunde zum Plachandern und Schabbern. Es besteht Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kaffee, Kuchen und andere Getränke angeboten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Rotenburger Heimathaus (früher Heimatmuseum) haben wir von sämtlichen Exponaten geräumt. Nun befinden sich das Angerburger Zimmer und unsere Geschäftsstelle mit Archiv in einem Verwaltungsgebäude unseres Patenschaftsträgers am Weicheler Damm 11. Am Sonnabend und Sonntag sind die Räume der Angerburger von 12 bis 16 Uhr geöffnet. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher, unter anderem Angerburg von A-Z (4. Auflage), der Kreis Angerburg (E. Pfeiffer, 2. Auflage), Der Kaufherr Thomas Anderson, sowie Postkarten, Landkarten und Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist auch im Angerburger Heimatbrief Heft Nr. 149 (Mai 2012) auf den Seiten 46/47 abgedruckt. Freuen Sie sich auf die 58. Angerburger Tage in der Wümmestadt Rotenburg. Kreistreffen sind immer eine gute Gelegenheit, alte und neue Bekannte zu treffen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft auf Ihren Besuch. Bleiben Sie uns treu.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen ist vom 3. bis zum 13. August nicht besetzt. In dieser Zeitspanne wird weder der AB abgehört noch die elektronische und sonstige Post gelesen. – Sonnabend, 18. August, 10 bis 16 Uhr, Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23: **Dauer und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“** sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 3 und 4) – Der Bernstein“. Dieter und Ute Eichler zeigen den Film „Geheimnisse des Bernsteins“. – **Einladung zur nächsten Kreistagssitzung (öffentlich).** Sie findet statt am Freitag, 31. August, 14 Uhr, Veranstaltungsraum des Lötzener Heimatmuseums, Brachenfelder Straße 23 (alte Schule unweit des Rathauses) in Neumünster. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung, 2. Genehmigung des Protokolls vom 20. August 2010, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Bericht der Archivarin, 7. Bericht des Redakteurs des Lötzener Heimatbriefs, 8. Bericht der Geschäftsführerin, 9. Entlastung des Kreisausschusses (§ 9 Abs. 6 Nr. 2 der Satzung), 10. Information über erforderliche Satzungsänderungen, 11. Bericht über die 400-Jahr-Feier in Lötzen, 12. Verschiedenes, Manfred Kickstein, amtierender Kreistagsvorsitzender.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Lycker Treffen in Hagen in Westfalen. – Das diesjährige Lycker Kreistreffen findet am 1. und 2. September statt. Es ist das 58. Treffen in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen. Der Vorstand unserer Kreisgemeinschaft lädt alle Lycker aus Stadt und Land, besonders aber auch deren Nachkommen, herzlich zu dem Treffen ein. Es ist eine Ehrenpflicht für alle, denen der Besuch aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen möglich ist, an dem Treffen teilzunehmen. Die Aussage: „Was soll ich da, ich kenn doch niemanden“, gilt nicht. Man kann längst vergangene Bekanntschaften wiederbeleben und neue schließen. Es ist angenehm, einige Stunden im Kreise von Landsleuten zu verleben. Ganz abgesehen davon ist eine Teilnahme am Heimattreffen gleichzeitig ein Bekenntnis der Treue zu unserer masurischen Heimat. Das Programm sieht folgendes vor: Sonnabend, 1. September, 13 Uhr, Ratssaal des Rathauses der Stadt Hagen, Rathausstraße 13: Tagung der Orts- und Bezirksvertreter, 14.30 Uhr Öffentliche Kreistagssitzung, ebenfalls im Ratssaal, 17 Uhr Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen, 17 bis 18 Uhr Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs im Hause Elbersufer 20 (in der Nähe des Rathauses), 19 Uhr Heimatabend im Vorraum der Stadthalle. Sonntag, 2. September, kleiner Saal der Stadthalle: 11 Uhr Feierstunde, 13 Uhr Arbeitstagung des Arbeits-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Mitsingen wie: Kein schöner Land, Am Brunnen vor dem Tore und Ännchen von Tharau. Der offizielle Teil endete mit dem Heimatlied „Land der dunklen Wälder“. Danach ging es zum gemütlichen Teil über mit Sekt und anderen Getränken sowie einem Kuchenbuffet und auch handfesteren Sachen. Es war eine gelungene Feier, wenn auch in traurigem Sinn.

Mülheim a.d. Ruhr – Dienstag, 14. August, 14.45 Uhr, Wasserbahnhof Mülheim: Schiffsausflug nach Kettwig.

Witten – Montag, 20. August, 15 Uhr, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Allenstein und Masuren. Berichte der deutschen Minderheit.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

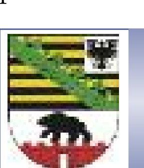
Mainz – Donnerstag, 16. August, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Mittwoch, 22. August, 14.30 Uhr, Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie: Schiffs-Kaffeefahrt (Kaffeehaus auf dem See) in den Rheingau. Rückkehr gegen 17.20 Uhr (Ankunft in Mainz / Fischdorf). – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn. – Mittwoch, 15. August, 10 Uhr, Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe.

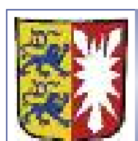


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 13. August, 14 Uhr, Krötenhof: Geschichten aus der Heimat.

Magdeburg – Dienstag, 7. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



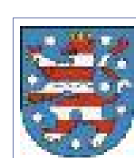
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Eckernförde – Sonnabend, 4. bis Montag, 6. August: 58. Pillauer Heimattreffen, Seestadt Pillau – Patenstadt Eckernförde. Programm: Sonnabend, 4. August: 13.30 Uhr Vorstandssitzung im Restaurant der Stadthalle, 16 Uhr Tagung der Gemeinschaftsvertreter im Rathaus. Zuhörer sind willkommen, 19 Uhr Begrüßungsabend im Restaurant der Stadthalle. Sonntag, 5. August: 10 Uhr Evangelischer Gottesdienst in der Kirche Borby, 10.30 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Kirche St. Peter und Paul, Windebyer Weg, 12 Uhr Festakt und Gedenken am Denkmal des Großen Kurfürsten mit musikalischer Umrahmung, Redner: Bürgermeister Jörg Sibbel. Anschließend fährt ein Bus kostenlos vom Denkmal zur Stadthalle, 13 Uhr Treffen im Restaurant der Stadthalle, zirka 16 bis 17.30 Uhr Kulturprogramm. Montag, 6. August: 9.30 bis 15 Uhr: Fahrt mit Bus und Schiff (Wappen von Schleswig) auf der Schlei. Fahrtkostenbeitrag 5 Euro. Die Anmeldung sollte bereits am Sonnabend, 4. August, erfolgen. Abfahrt: Stadtbibliothek Eckernförde bei der Stadthalle, ab 19 Uhr Abschiedsabend mit Tanz im Restaurant der Stadthalle.

Flensburg – Mittwoch, 8. August, 14 Uhr, Alter Friedhof von 1813: Treffpunkt am Idstedt-Löwen, historischer Friedhofsrundgang (schwedische, dänische, preußische, österreichische Gräber von 1848/59 und 1864, der Idstedt-Löwe), dann in die Bundsenkapelle. Danach Spaziergang durch den Christiansen-Park zum Stadtteil-Café in der Mathildenstraße, Hier gibt es eine Kaffeerunde.

Neumünster – Sonntag, 5. August, ab 10.30 Uhr, Kiek Inn: Tag der Heimat. 13.30 Uhr: Andacht. 13.45 Uhr: Kultureller Teil, gestaltet von den Nieder- und Oberschlesiern. 17 Uhr: Ende der Veranstaltung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Donnerstag, 9. August, 14 Uhr, RV Schmalkalden, Klub der Volkssolidarität, Kanonenweg 5: Heimatnachmittag der Kreisgruppe Ost- und Westpreußen. – Montag, 13. August, 14 Uhr, Mühlhausen, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen



Nach einem erfüllten Leben, geprägt von der Fürsorge für seine Familie,
von freudig erfüllten Pflichten und der Liebe zu seiner ostpreußischen
Heimat verstarb unser geliebter und hochverehrter Vater, Schwiegervater,
Groß- und Urgroßvater

Dr. Klaus Hesselbarth

Olt. im Inf. Rgt. 2., Graf Yorck von Wartenburg
Ltd. Landwirtschaftsdirektor a.D.

* 28. November 1920 Koslau, Ostpreußen — † 23. Juli 2012 Fockbek

Alexander und Hildegard Hesselbarth
mit Eike, Yorck, Frauke, Imke
Christian Hesselbarth
Angelika Hesselbarth
Dr. Daniel und Anne Christin Bläser, geb. Hesselbarth mit Bente
Jan-Christoph, Johanna
Tilmann und Dr. Ingrid Hesselbarth
mit Katharina, Maximilian
Robert und Friederike Heislitz, geb. Hesselbarth

Traueranschrift: Tilmann Hesselbarth
Am Heersberg 43, 72459 Albstadt

Die Trauerfeier fand am Montag, dem 30. Juli 2012, um 13 Uhr in der Friedhofskapelle Hohnstorf/Elbe, Adolf-Lüchau-Weg, statt. Die Beisetzung erfolgte anschließend.

An Stelle von zugedachten Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende zu Gunsten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Konto 3 222 999, bei der Commerzbank Kassel, BLZ 520 400 21, Stichwort: Dr. Klaus Hesselbarth.

(Pehmöller Bestattungen)



Ein ostpreußisches Herz hörte auf zu schlagen!
Wenn die Sonne des Lebens untergeht,
leuchten die Sterne der Erinnerung.

Am 19. Juli 2012 verstarb meine liebe Schwester

Margarete Sinowzik

geb. Patz

geboren am 4. Dezember 1921 in Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, nach kurzer Krankheit.

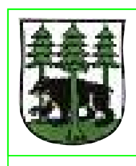
Sie war eine treue Ostpreußin. Gemeinsam besuchten wir mehrmals unsere geliebte Heimat in Masuren.

Es trauert um Sie
Gustav Patz (Bruder) mit Familie
und alle Angehörigen

Traueranschrift: Margret Loock (Tochter)
Stockberg 35, 42799 Leichlingen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

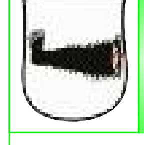
kreises „Mittlere Generation“ im Clubraum der Stadthalle, 14 Uhr Begrüßung und gemütliches Beisammensein im großen Saal der Stadthalle. Die Stadthalle Hagen ist geöffnet: Am Sonnabend ab 15 Uhr und Sonntag ab 9.30 Uhr.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

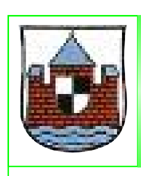
Einladung zum 56. Hauptkreistreffen am 18. und 19. August in Wesel. – Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein, an dem Kreistreffen teilzunehmen. Programm: Sonnabend, 18. August: 9.30 Uhr Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel, 14 Uhr Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotels Kaiserhof, 19 Uhr Geselliges Beisammensein und Lichtbilder aus dem Kreis Rastenburg in der Niederrheinhalle Wesel. Sonntag, 19. August: 10 Uhr Evangelischer Gottesdienst, Willibrordidom Wesel, Pfarrerin M. Biebersdorf, 10 Uhr Katholischer Gottesdienst, St. Martini Wesel: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, Gemeinsames Lied Land der dunklen Wälder, Ansprachen: Heinrich-Friedrich Heselmann, Stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Geselliges Beisammensein.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

27. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde – Vom 15. bis 18. Juni fand in Eberbach das 27. Treffen der Heimgemeinden Steinhof und Groß Steinfelde statt. Seit mehreren Jahren finden sich hauptsächlich dieselben Dorfbewohner mit ihren Partnern ein, so dass man fast schon von einem Familientreffen sprechen kann, zumal die Begrüßung und das anschließende Plachandern von einer herzlichen und familienähnlichen Atmosphäre getragen werden. Immer wieder nimmt man mit tiefem Bedauern auf, wenn wieder ein lieber Teilnehmer von uns gegangen ist. Traditionell übernahm Berthold Hirsch das Gedenken an die verstorbenen Landsleute, das einen würdigen Abschluss fand mit dem Gesang des Ostpreußenliedes sowie des Ostpreußen-Heimatliedes des verstorbenen Bürgermeisters „Gode Morge“. Im geselligen Teil erfolgte bei Kaffee und Kuchen ein munterer Gedankenaustausch über heimatliche Erinnerungen und im vergangenen Jahr Erlebtes. Anschließend hielt Berthold Hirsch ein kurzes Referat zur Biographie des Preußenkönigs Friedrich II. anlässlich dessen 300. Geburtstags. Schwerpunktmäßig stellte er das Bestreben Friedrichs des Großen nach Volksnähe heraus, das in dem Ausspruch gipfelte „Ich bin der erste Diener des Staates.“ Am Sonntag besuchte man wieder gemeinsam den Gottesdienst in der Michaelskirche, wo man vor der Gemeinde als Masuren mit ihren Dorfnamen und erläuternden Worten zum Treffen begrüßt wurde. Wegen Krankheit verringerte sich die ohnehin nicht so große Gruppe wieder einmal. Für das nächste Jahr hoffen wir auf ein vollzähliges und wieder fröhliches Beisammensein in Eberbach. Die Sammlung zugunsten der heimatverbliebenen alten und kranken Landsleute erbrachte einen Betrag von 100 Euro.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Deutsch-russische Gespräche – Während der diesjährigen Kieler Woche fand eine Arbeitsberatung mit einer russischen Abordnung aus Tilsit statt. Es ging um die Erörterung beiderseits interessierender Fragen bei der Pflege des kulturhistorischen Erbes der Stadt am Memelstrom. Stadtvertreter Hans Dzieran begrüßte den Oberbürgermeister Nikolai Voistschev, den Sozialbürgermeister Igor Jablonski und die Museumsdirektorin Angelika Spiljova. Zugegen war auch der Kieler Ratsherr Bernd Jenning. Der russische Oberbürgermeister überbrachte die Grüße der Einwohner seiner Stadt und schilderte, wie man beginnt, sich auf die geschichtsträchtige Vergangenheit zu besinnen. Gemeinsam mit seinen litauischen Nachbarn beteiligt sich Tilsit an einem grenzübergreifenden Projekt der Europäischen Union. Es trägt den Titel „Vom Tilsiter Frieden zur Konvention von Tauroggen“. Die russische Seite bringt sich mit der Sanierung des historischen Tilsiter Stadtkerns und der Wiederaufstellung des Königin-Luise-Denkmals in das Projekt ein. Das Denkmal wurde bereits in einer St. Petersburger Werkstatt originalgetreu im 3-D-Verfahren rekonstruiert und soll an seinem alten Standort im Park Jakobsruh wieder aufgestellt werden. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass die Bewahrung des Andenkens an die Stadt am Memelstrom als gemeinsames Anliegen von Deutschen und Russen zu betrachten sei. Es ist begrüßenswert, dass die russischen Bewohner sich auf die jahrhundertealte Geschichte und Kultur besinnen, sie verbreiten und verinnerlichen. Die in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten ehemaligen Tilsiter – so Hans Dzieran – werden gemeinsam mit den russischen Bewohnern das Andenken an die Stadt am Memelstrom pflegen und die Gestaltung ihrer Zukunft begleiten.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Freitag, 17. bis Sonntag, 19. August, Hotel-Restaurant Schaperkrug: **Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen.** Programm: Freitag, 17. August: 18.30 Uhr, Anreise ab dem späten Vormittag, Begrüßung, Gemeinsames Abendessen im Hotel, im Preis enthalten. Zeit für Begegnungen und Gespräche. Wir zeigen unsere Diaschau vom letzten Heimattreffen vom 20. bis 22. Mai 2011. Sonntag, 18. August, ab 7.30 Uhr Frühstücksbuffet, 10 Uhr Feierstunde, offizielle Eröffnung unseres Treffens mit Begrüßung, Ansprachen, Totenehrung, Ostpreußenlied, Berichte, Diskussionen, ab 11.30 Uhr Ende des offiziellen Teils, 12.15 Uhr Abfahrt ab Hotel mit dem Bus nach Misselhorn zur Planwagenfahrt, 13.30 Uhr zwei Stunden Planwagenfahrt durch Wald und Heide mit Heidevesper. Dieser Ausflug kostet pro Person 28 Euro. 15.45 Uhr Rückfahrt zum Hotel nach Celle, zirka 17 Uhr Ankunft im Hotel Schaperkrug, Entspannung, 19 Uhr Gemeinsames Abendessen, es gibt ein leckeres Buffet, im Preis enthalten, danach gemütliches Beisammensein bei guter Laune mit Friedhelm Keil am Keyboard. Sonntag, 19. August: ab 7.30 Uhr Frühstüksbuffet, zirka 10.30 Uhr Fahrt mit dem eigenen Pkw in die Innenstadt Celles, bitte die Bahnfahrer im Pkw mitnehmen und zurückbringen, 11.15 Uhr Unterhaltsame, themenbezogene Führung im Celler Schloss, Caroline Mathilde, dänische Königin, zirka eine Stunde, 12.30 Uhr Kaffee und Kuchen im historischen Café Müller am Französischen Garten, Ausklang. Ansprechpartnerin Irene Kleiner, Jagdweg 21, 29227 Celle, Telefon (05141) 86859.

Programm der Dittchenbühne im September:

Freitag, 7. September, 19 Uhr: Frauenkleidermarkt. Nur für Frauen. Tisch 5 Euro.

Sonnabend, 9. September, 16 Uhr: Der Zauberer Gottes. Komödie von Paul Fechter. Eintritt 15 Euro.

Mittwoch, 12. September, 19 Uhr: Reiki. Vortrags- und Erlebnisabend zum Thema „Reiki – die uralte und wirkungsvolle Methode mit den Händen zu heilen“. Referntin Brigitte von Werder-Geiger. Kostenbeitrag 10 Euro.

Sonntag, 16. September, 16 Uhr: Der Zauberer Gottes. Komödie von Paul Fechner. Eintritt 15 Euro.

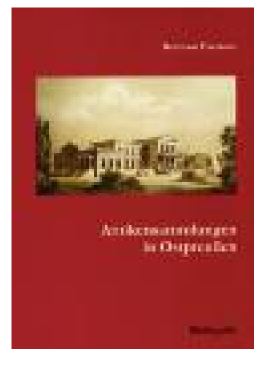
Freitag, 21. und Sonnabend, 22. September, 20 Uhr, Sonntag, 23. September, 16 Uhr: Würfelzucker mit einem bunten Loriao-Potpourri. Eintritt 10 Euro.

Freitag, 28. und Sonnabend, 29. September, 20 Uhr: Jugendgruppe Kandis. Der perfekte Mann. Komödie von Jürgen Baumgarten. Eintritt 10 Euro.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Telefon (04121) 897130

Antike in Ostpreußen

Doktorarbeit über Sammlungen wird neues Standardwerk



Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine 2009 an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossene Dissertation des Autors im Sonderforschungsbereich 644 „Transformation der Antike“.

Einer Einleitung zur Entstehung der Kunstmuseen in Europa, Deutschland und Preußen folgen Ausführungen zur Aufgabenstellung. Unter dem Begriff Antiken fasst der Autor „Sachüberreste aus dem griechisch-römischen Kulturraum“, aber auch die Hinterlassenschaften der benachbarten Hochkulturen in Ägypten und Vorderasien sowie Kopien antiker Objekte zusammen. Der Autor Faensen betont dabei, dass er seine Arbeit über die „Antikensammlungen in Ostpreußen“ als „Baustein für entsprechende landesgeschichtliche Zusammenstellungen in der Zukunft, welche die Architektur der Sammlungsgeschichte Deutschlands in ihrer regionalen Differenzierung und ihren übereinstimmenden Zügen zu setzen vermögen“ sieht.

In der Publikation beschäftigt sich der Autor im Kapitel „Das 17. und 18. Jahrhundert Münzsammlungen, Raritätenkabinette, Figurenschmuck in Gärten und Parkanlagen“ mit Betrachtungen zu den frühen Formen des Museums und der Antikenliebhaberei. Früheste numismatische Kollektionen sind in Ostpreußen bereits für das 15. Jahrhundert überliefert und blieben in der Folgezeit eine Domäne des Adels. Im 17. Jahrhundert beginnt auch das Bürgertum (in Königsberg) mit dem Sammeln von Münzen. Das Aufstellen von Kopien antiker Statuen war auch in Ostpreußen ab dem 18. Jahrhundert Bestandteil der damaligen Gartenästhetik. Mit dem Aufkommen der englischen Landschaftsgärten verschwinden solche Statuen, da sie nicht mehr dem Geschmack der klassizistischen Epoche entsprachen. Das Kapitel endet mit einer Übersicht der Sammlungen des Königsberger Kaufmanns Friedrich Franz Saturgus und des ermländischen Fürstbischofs Ignacy Krasicki als Beispiele für die Sammlungsgeschichte in Ostpreußen vor dem 18. Jahrhundert. Bereits im ersten Abschnitt beweist Faensen seine umfassenden Kenntnisse, die sich nicht nur auf Ostpreußen beschränken. Immer wieder stellt er die Entwicklung in Ostpreußen in einen gesamteuropäischen Zusammenhang.

Der zweite Abschnitt beschreibt die Entstehung der drei großen Antikensammlungen Ostpreußens in Königsberg, Beynuhnen und Braunsberg. Die Königsberger Sammlung entstand aus der Abgusssammlung des Lehrstuhls für Klassische Archäologie und Geschichte an der Albertus-Universität. Die Entstehungsgeschichte des Lehrstuhls und der Sammlung schildert Faensen anschaulich und auch das weitere Schicksal des Instituts mit seinen Angehörigen bis 1945 behandelt er ausführlich.

Erst spät erreichte der Museumsgedanke die ländlichen Regionen Ostpreußens. Fritz von Fahrenheid, Gutsbesitzer in Beynuhnen, verfügte über die bedeutendste Antikensammlung Ostpreußens. Anfangs in einem „Antikensaal“ präsentiert, beherbergte die 1865 fertiggestellte spätklassizistische Umbau des Herrenhauses nun Fahrenheids Sammlung zur Kunst der Antike und der Neuzeit des 15. bis 19. Jahrhunderts. Der Biographie Fritz von Fahrenheids und der Baugeschichte des Herrenhauses schließt sich eine Schilderung der einzelnen Räume des Schlosses an, die so die einstige Pracht dieses Ensembles vermittelt. Schloss Beynuhnen wurde 1945 von der Roten Armee gesprengt.

Das Lyceum Hosianum in Braunsberg beherbergte ebenfalls eine Antikensammlung, deren Aufbau das Verdienst des Professors für Philosophie und Altertumskunde an der Philosophischen Fakultät des Lyceum Hosianum, Wilhelm Weißbrodt, war. Sie bestand vor allem aus Abgüssen und Originalen antiker Werke sowie Münzen und Architekturmodellen. Museum und Gipssammlung wurden 1945 zerstört, die epigraphische Sammlung befindet sich heute im Warschauer Nationalmuseum.

Die Entwicklung der archäologischen Sammlungen vollzog sich nach Faensen in Abhängigkeit von bildungs- und kulturpolitischen Zielsetzungen des preußischen Staates, wenngleich auch die individuellen Neigungen der Museumsleiter und Sammler das Konzept beinflusste.

Der dritte Abschnitt behandelt die Antikenbestände außerhalb der großen Antikensammlungen. Es sind die Sammlungen der Geschichts- und Altertumsvereine, an deren erster Stelle die Königsberger Altertumsgesellschaft Prussia steht. Auf rund 30 Seiten beschreibt der Autor kenntnisreich die Entstehung und Geschichte der Prussia Gesellschaft und des Prussia Museums in Königsberg. Seine Ausführungen gehören bislang sicherlich mit zum Besten und Informativsten, was über die Prussia geschrieben wurde. Den Abschluss des Kapitels bildet eine Übersicht zu der im heutigen Muzeum Warmii i Mazur in Allenstein vorhandenen Antiken aus der ehemaligen Prussia-Sammlung. Nachweise von Antiken finden sich auch in den Sammlungen der Altertumsgesellschaft Insterburg, den Schausammlungen des Domkapitels in Frauenburg, den Sammlungen des Vereins für die Geschichte des Ermlandes im Ostpreußischen Heimatmuseum in Heilsberg, dem Kunstgewerbemuseum in Königsberg und dem Bernsteinmuseum der Albertus-Universität Königsberg. Alle diese Sammlungen haben den Zweiten Weltkrieg größtenteils nicht überlebt.

Sammlung Prussia – ein wichtiger Antikenbestand

Dass antike Denkmäler über die museale Präsentation hinaus Gegenstand akademischer Forschung und Lehre waren, erläutert Faensen im vierten Abschnitt seiner Arbeit. Neben der Albertus-Universität ist es vor allem die Königsberger Kunstakademie, die mit ihrer Sammlung und Ausbildung Archäologie und Kunstgeschichte vermittelte. Zeichnen und Modellieren nach antiken Werken gehörte auch hier zur Ausbildung, zu deren Zweck ab 1844 die heute allesamt verlorenen Abgüsse angeschafft wurden. Besonderes Augenmerk legt Faensen auf den Kunstunterricht und die Sammlungen an den ostpreußischen Gymnasien, deren Rolle bei der Entstehung musealer Sammlungen bislang weitgehend unberücksichtigt blieb. Dabei geht er der Frage nach dem Stellenwert des Kunstunterrichts an den höheren Schulen in Preußen und dem Kunstunterricht an ostpreußischen Schulen nach. Betrachtet wird, in welchem Grade und in welcher Form an ostpreußischen Gymnasien Kenntnisse über antike Kunst vermittelt wurden, welche Mittel man dafür einsetzte und inwiefern es eigene Sammlungen gab. Das Kapitel beschließen Ausführungen zu ausgewählten Schausammlungen an verschiedenen Gymnasien (Gumbinnen, Lyck, Osterode und Braunsberg).

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit den in Ostpreußen vorhandenen Privatsammlungen antiker Stücke und Kopien, die Gutsbesitzer und kunstbegeisterte Stadtbürger angelegt hatten. Antiken oder deren Kopien in ostpreußischen Herrenhäusern fanden sich in Schlobitten, Dönhoffstädt, Steinort, Waldburg, Tüngen, Döhlau und Glaubitten. Die Sammlungen selbst gingen zum Teil in öffentliche Museen über, vielfach ist ihr heutiger Verbleib unbekannt. Gleiches gilt auch für die Objekte in bürgerlichen Sammlungen. Umgeben von Abgüssen trojanischer Helden schrieb Felix Dahn, Professor der Rechte an der Königsberger Universität, seinen Bestseller „Ein Kampf um Rom“.

Abschließend führt Faensen drei Stücke auf, die sich heute in Heilsberg und Königsberg befinden und vermutlich aus ostpreußischen Privatsammlungen stammen. Sie stehen zugleich für den Verlust an Informationen und Denkmälern als Folge des Zweiten Weltkrieg und der Zeit des Kalten Krieges.

Die Ausführungen des Autors zur Sammlungsgeschichte der Antikensammlungen in Ostpreußen ergänzen ein Verzeichnis zu Vorlesungen über Kunstgeschichte, Antike und Klassische Archäologie an der Albertus-Universität nach Professoren geordnet sowie Kataloge zu den Beständen des Archäologischen Museums in Königsberg, des Fahrenheid-Museums in Beynuhnen, und der Antikensammlung am Lyceum Hosianum in Braunsberg. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis auch die russischen Museumsdepots Wissenschaftlern und Kunstinteressierten geöffnet werden. Die Suche nach bisher verschollen geglaubten Kunstwerken kann durch diesen Katalog erleichtert werden. Letzteres hält der Rezensent allerdings aus eigener Erfahrung im Umgang mit russischen Museumsstellen für frommes Wunschdenken des Autors. Besondere Beachtung verdient auch der Tafelteil von Faensens Arbeit. Neben Antiken, die heute als Kriegsverlust oder als verschollen gelten, bietet er eine Übersicht zu den wichtigsten Personen, den ehemaligen Sammlungen und Gebäuden und zu dem kulturellen Verlust, der nach 1945 in Ostpreußen entstanden ist. Ebenfalls abgebildet sind Objekte, die bei seinen Recherchen in Polen und dem Königsberger Gebiet zutage kamen und möglicherweise so identifiziert werden können.

Faensens Arbeit ist in vielerlei Hinsicht lesenswert. Den Archäologen führt sie in eine aus dem Blickfeld der heutigen Forschung entschwundene Region und zeigt deren verlorene Antiken. Für den Historiker bietet seine akribische Recherche zahlreiche Fakten und Erkenntnisse zur Forschungsgeschichte einer Region als Grundlage für übergreifende Betrachtungen zur Museums-, Geistes- und Kunstgeschichte Deutschlands vom beginnenden 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts.

Den Bewohnern Ostpreußens und deren Nachfahren führt sie einmal mehr anhand des Beispiels der Antikensammlungen die Tragik vor Augen, die der Zweite Weltkrieg für dieses Land bedeutete. *H. Neumayer/Prussia*

***Bertram Faensen, Antikensammlungen in Ostpreußen,** 508 Seiten Text, 103 Schwarz-weiß- und 15 Farbtafeln, Bibliopolis 2011, 78 Euro*

Wer ist Hubeck?

Autor verfasste Masuren-Romane unter Pseudonym

Die Grenzen jener Landschaft, die mit dem ethnographischen Begriff „Masuren“ bezeichnet wird, waren schon zu der Zeit, als die Menschen dort lebten, die diesem Gebiet ihren Namen gaben, nicht eindeutig festgelegt. Während man damals jedoch mit den Kreisen Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg, Lötzen, Lyck und Treuburg zumindest den Kern dieses Gebietes einigermaßen bestimmte und sich nur nicht einig war, welche Teile der angrenzenden Kreise noch dazuzurechnen waren, ist die geographische Bezeichnung dieser Landschaft heutzutage zur Beliebigkeit verkommen.

Wirklich unangenehm wird es bei einem Blick in bundesdeutsche Publikationen. Da wird häufig der gesamte polnische Teil Ostpreußens zu Masuren erklärt, wobei sich der Leser noch freuen kann, wenn ein Reisebuch-Autor „nach Masuren“ und nicht „in die Masuren“ gefahren ist. Ein Verlagsmitarbeiter verortete im Klappentext des ansonsten lesenswerten Buches sogar den Schauplatz eines Romans über den Natangerfürsten Herkus Monte in Masuren. Nicht nur, dass letzterer Begriff zu Lebzeiten des Herkus Monte, also im 13. Jahrhundert, noch gar nicht existierte; es gibt zwischen dieser Gegend und Natangen nicht die geringste geographische Überschneidung.

Wen wundert es da, wenn bekannte Autoren auch dann gerne einmal als „masurische“ Schriftsteller gefeiert werden, wenn sie aus einer anderen Region Ostpreußens stammen? Beispiele liefern hier drei bekannte ostpreußische Vertreter ihrer Zunft: Siegfried Lenz, geboren 1926 in Lyck, ist zweifellos Masure und hat einen Teil seines literarischen Schaffens dieser Region gewidmet. Bei Hans Hellmut Kirst, geboren 1914 in Osterode, gestorben 1989 in Bremen, ist die Zuordnung schon schwieriger. Auch er hat Romane geschrieben, die man als „masurisch“ bezeichnen kann. Sein Geburtsort Osterode gehört zum Oberland. Aber ist das noch ein Teil Masurens? Und Arno Surminski? Der erblickte das Licht der Welt 1934 in Jäglack bei Drengfurth, zirka 20 Kilometer nordöstlich von Bartenstein. Er ist also kein gebürtiger Masure. Das zeigt sich auch auf seiner Homepage im Internet. Dort steht: „Geboren 1934 in Ostpreußen“. Kein Wort von Masuren. Und in seinem autobiographisch geprägten Roman „Jokehnen“, der in Surminskis Heimat im Kreis Rastenburg spielt, kommt ein „Heinrich aus Masuren“ vor, der im Verlauf der Handlung nach Masuren zurück will.

Neben den oben genannten „Großen Drei“ gibt es eine ganze

Romane spielen am Rande der Johannisburger Heide

Reihe von weniger bekannten ostpreußischen Autoren, die das Prädikat „masurisch“ zu Recht tragen. Einer von ihnen ist Jorg Hubeck. Über seine Biographie ist in der Öffentlichkeit nahezu nichts bekannt. Im Jahr 1983 veröffentlichte er unter diesem Namen im Bastei-Lübbe-Verlag seine Drosselberg-Trilogie, bestehend aus den Romanen: „Als der Schwarzstorch schrie, Ein Roman aus Masuren“, „Flammen über dem Drosselberg – Kriegsjahre in Masuren“, „Für eine Handvoll Korn – Flucht aus Masuren“. „Die Erinnerungen an die eigene grausam arme, aber wunderbare Kindheit“ sollen den Autor zu diesen Büchern inspiriert haben, so jedenfalls der Verlag, der nach Angaben seiner Pressestelle heute keine Informationen mehr über den Autor besitzt. Der verwendete vermutlich ein Pseudonym, denn die Namen „Jorg“ und „Hubeck“ tauchen als Spitznamen bei verschiedenen seiner Figuren auf.

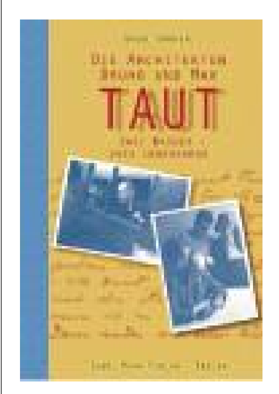
Im Zentrum der Handlung steht die Bauernfamilie Rapka, die in einem Dorf am Rande der Johannisburger Heide lebt. Es könnte ebenso im Kreis Johannisburg liegen, wie im Osten der Kreise Ortelsburg oder Sensburg, also in einer zwar schönen, aber selbst für masurische Verhältnisse wirtschaftlich benachteiligten Gegend. So bestimmt denn auch die bittere Armut, gepaart mit geradezu sektiererischer Frömmigkeit, das Leben der Familie. Dazu kommen deutsches Nationalgefühl und deutsche Vornamen, masurische Familien- und Kosenamen, Hinterwäldlertum gepaart mit Bauernschläue, derbe Sprache und gelegentlich ein Blick zurück in die eigene Lebensgeschichte. Nach der Machtergreifung der NSDAP geht es für manch einen wirtschaftlich und gesellschaftlich bergauf, aber Pflichtdienste aller Art bis hin zum Kriegseinsatz fordern ihren Tribut. Die Dorfbewohner erleben auch, was mit denen geschieht, die nicht ins Schema der neuen Herren passen. Schließlich bricht der Krieg über das Dorf herein und hält für die Familienmitglieder unterschiedliche Schicksale bereit.

Insbesondere für Leser, deren eigene Wurzeln im Sand der Johannisburger Heide stecken, gehören die drei Hubeck-Bücher sicher zu den „masurischsten“ Romanen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland erschienen sind. Leider sind sie nur noch antiquarisch erhältlich.

Über Jorg Hubeck waren trotz intensiver Recherche keine weiteren Einzelheiten in Erfahrung zu bringen. Vielleicht gibt es unter den Lesern dieser Zeilen jemanden, der zu diesem Autor noch weitere Angaben machen kann, ihn vielleicht sogar persönlich kennt oder gekannt hat. Falls das der Fall ist, möge sich der- oder diejenige an den Verfasser dieser Zeilen oder an die *PAZ*-Redaktion wenden. *Detlef Ollesch*

Streben nach Höherem

Biografie erzählt vom unterschiedlichen Leben der Taut-Brüder



Die Bauten der Architekten Bruno und Max Taut aus Königsberg haben die Kriegsjahre größtenteils überdauert und zeugen von der Eigenart und dem reformatorischen Gestaltungswillen ihrer Urheber. Für Berlin ist die kulturhistorische Bedeutung besonders hoch einzuschätzen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts trugen die Brüder Taut mit ihren Arbeiten zur Ausprägung der Stilrichtung „Neues Bauen“ bei. Bruno (1880-1938) wirkte neben Mies van der Rohe und anderen in den 1920er Jahren wegweisend für den Bau von Großsiedlungen und modernen Wohnungen, während Max (1884-1967) Schulen, repräsentative Bürohäuser und ebenfalls Wohnsiedlungen schuf. Beide zählen zur hochkarätigen Riege der deutschen Architekturmoderne, der seinerzeit international hohe Wertschätzung zuteil wurde. Die Autorin und Journalistin Gunda Hörner hat in ihrer Doppelbiografie mit dem Titel „Die Architekten Bruno und Max Taut. Zwei Brüder – zwei Lebenswege“ die nicht zu unterschätzende Aufgabe bewältigt, das bewegte Leben der beiden Künstlerpersönlichkeiten nachzuerzählen und einen Überblick über ihr Schaffen zuwege zu bringen. Das Ergebnis ist eine prallvolle, abwechslungsreiche Lektüre, in der sich der Blick auch immer wieder in die Gegenwart richtet, um etwa über den heutigen Zustand der Bauwerke zu berichten. Hörner konnte aus Briefen, Tagebüchern, Archivmaterial und nicht zuletzt aus der reichhaltigen Literatur Material schöpfen. Bruno Taut selbst verfasste als Theoretiker der Architekturlehre zahlreiche Schriften. Ausgestattet ist der Band mit zahlreichen, teils bisher unveröffentlichten Fotos. Bedauerlich ist das fast vollständige Fehlen von professioneller Architekturfotografie und Luftbildern, etwa um die riesige Berlin-Britzer Hufeisensiedlung abzubilden. Bruno Taut brachte die Farbe als Gestaltungselement in das Stadtbild; insofern vermisst man auch farbige Architekturfotos. Ebenso wie die Hufeisensiedlung von 1925, deren Planung auf den ebenfalls aus Königsberg stammenden Berliner Baustadtrat Martin Wagner zurück geht, wurden fünf weitere, von Bruno Taut maßgeblich beeinflusste und mit entworfene Berliner Großsiedlungen

Max und Bruno Taut prägten den modernen Städtebau

der Klassischen Moderne, zum Beispiel am Schillerpark im Wedding, 2008 in die Liste des Unesco-Welterbes eingetragen. Übergangen wurde die Waldsiedlung „Onkel Toms Hütte“ in Zehlendorf, die als Projekt der Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft) konzipiert wurde. Großprojekte des Sozialen Wohnungsbaus wie diese entstanden im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach der Inflation.

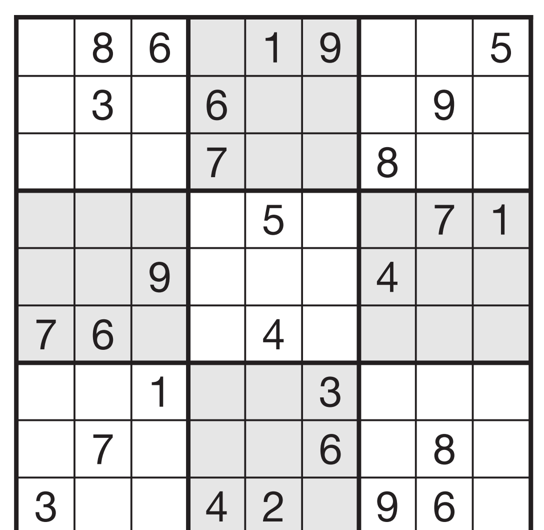
Im bürgerlichen Königsberger Stadtteil Sackheim wuchsen die Söhne des Handelsvertreters Richard Taut und seiner Frau Auguste in ziemlich ärmlichen Verhältnissen auf. Max Taut trat 1899 bei einem renommierten Königsberger Holzunternehmen eine Lehre als Zimmermann an, während Bruno bis 1901 an der städtischen Baugewerkschule studierte. Anschließend war er in Altona und Wiesbaden tätig, wo immer noch das historisierende Bauen dominierte, das die Taut-Brüder wie viele andere verabscheuten. 1904 erhielt er eine Stelle in Stuttgart im Büro von Theodor Fischer, einem der anerkanntesten Entwerfer seiner Zeit und Mitbegründer des Deutschen Werkbunds. Um diese Zeit heirateten Max und Bruno zwei Schwestern aus Chorin bei Eberswalde, deren Eltern die Choriner Klosterschänke führten, wo sich Studenten und Künstler trafen. Nur die Ehe von Max sollte Bestand haben. Gunda Hörner beleuchtet in ihrem Buch die unterschiedlichen Charaktere der „Bruder-Kollegen“ und erzählt eingehend von den familiären Verhältnissen. Gemeinsam war ihnen neben dem Fleiß das Streben nach Höherem. 1909 eröffnete Bruno Taut mit Franz Hoffmann in Berlin am Potsdamer Platz die Architektengemeinschaft „Taut & Hoffmann“, wo zeitweise bis zu 37 Mitarbeiter beschäftigt waren. Auch Max Taut, der seit 1911 selbstständig arbeitete, war von 1924 bis 1931 bei „Taut & Hoffmann“ tätig. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 endete die auftragsreiche Zeit der „fünf fetten Jahre“. Als Sozialist wandte Bruno Deutschland 1932 den Rücken und ging nach Moskau, war seit 1933 in Japan tätig und von 1936 bis zu seinem Tod 1938 an der türkischen Kunstakademie in Istanbul. Nach dem Krieg machte Max Taut Karriere als Hochschullehrer, Stadtplaner in West-Berlin und Erbauer großer Wohnsiedlungen in Bonn und Duisburg. 1980 ehrte die Akademie der Künste die Architekten Bruno und Max Taut postum mit Ausstellungen über ihr Lebenswerk. *Dagmar Jestrzemski*

***Gunda Hörner: „Die Architekten Bruno und Max Taut. Zwei Brüder – zwei Lebensläufe“,** Mann Verlag, Berlin 2012, geb., 216 Seiten, 29 Euro*

schützen; abschirmen – unbestimmter Artikel – ausziehbares Fach – Weinstock – ständiger Papstbotschafter – Bühnenauftritt – Mut, Zuversicht (ugs.) – Stadt in Süditalien – Fluss zur Aller (Oberharz) – Mediziner – Binnenstaat in Ostafrika – Bad an der Lahn – verfallenes Bauwerk – bargeldloser Zahlungsverkehr – rahmenartige Einfassung – Prozessteilnehmerin – knechten – ein Südafrikaner – Drall der Billardkugel – Abschiedsgruß – Vorteilsstreben, Ichsucht – Strom in Ostasien – Gewinn, Vorteil – ungebraucht – Stadt an der Saale – krit. Buchbesprechung – Gewürz-, Arzneipflanze – Zuflucht, Zufluchtsort (griechisch) – Begeisterung, Schwung – Bastler (ugs.) – Blütenstand – Stadtteil von Berlin – Stille – ital. Polarflieger (Umberto) – Kartenspiel – Gefühl, Empfindung (engl.) – Hafenstadt in Südostitalien – früherer Name d. Apostels Paulus – Teilstrecke – selbstloser Mensch; Träumer – das Unsterbliche – Unterarmknochen – italienisch: Vorwärts! – von geringer Größe – enthaltsam lebende Frau – engl. Anrede und Titel – ungerade (beim Roulette) – geziertes Benehmen – Gebühr; Schätzwert – das menschliche Leben – Schauspiel-, Ballettschülerin – Diebesgut; Jagdergebnis – Abfall, Kehricht – Maschine für Erdarbeiten – Unsinn – Rolle zum Aufwickeln von Garn – jäh, zusammenhanglos – Pferdegangart – glätten, planieren – Schlussfolgerung – Bargewinn – Wüsteninsel – dt. Autor (Wilhelm) – Wasservogel – Bezirk, Gegend – Edelgas – Zauberschutz, Talisman – Unbeweglichkeit – böse, schlimm – Griff; Stängel – Heilverfahren; Heilurlaub – Vornehmheit – Rand; Kleiderbesatz – bayrisch: Rettich – fressen (Wild) – von niedriger Temperatur – vordringlich – die Position ermitteln – Ferien – Stacheltier – Lebenshauch – Zart-, Feingefühl – kleine Rechnung – Turngerät – schmal; begrenzt – Handwerksbetrieb – Kfz-Zeichen Karlsruhe – Abk. für techn. Hochschule – starke Hitze – Affodillgewächs, Heilpflanze – wertvolles Möbelholz – Nationalitätszeichen Tunesien – Hofsitte, Hofzeremoniell – früheres Land des Dt. Reiches – Tagesabschnitt

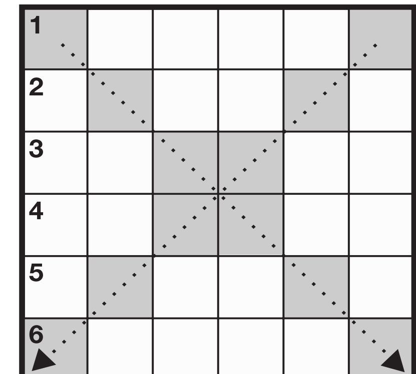
PAZ12_31

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei alkoholfreie Getränke.

1 Kunststil
2 nicht öffentlich
3 Zeichenkunst
4 Stadt an der Gera
5 inneres Behagen, Vergnügen
6 Teilstrecke

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Lob, Würdigung.

1 Feuchtigkeit, **2** Herrschertitel, **3** Schiffsraum, **4** Handwerkervereinigung, **5** Vorgefühl, Vermutung

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Barock, 2. privat, 3. Grafik, 4. Erfurt, 5. Genuss, 6. Etappe – Brause, Kaffee

Kreiskette: 1. Naesse, 2. Kaiser, 3. Kabine, 4. Innung, 5. Ahnung – Anerkennung

Sudoku:

Ostseebäder im 20. Jahrhundert

Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zur Geschichte der Strände

Die Geschichte der Ostseebäder Zoppot, Cranz und Rigascher Strand im 19. und 20. Jahrhundert beschreibt die neue Sonderausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Im Einführungsvortrag gab Olga Kurilo einen Abriss über die Entstehung der Badekultur. Ein Weißenburger erkannte auf dem Ausstellungsplakat seinen Vater.



Reges Interesse: Ein Ostpreuße erkannte seinen Vater auf einem der Plakate Bild: Manfred E. Fritsche

Auf dem Ausstellungsplakat erkannte ein in Weißenburg lebender gebürtiger Ostpreuße seinen Vater. „Das Foto haben wir nicht, es zeigt meinen Vater am Ostseestrand. Er ist, als ich vier Jahre alt war, im Krieg gefallen.“ sagte der im Ostseebad Zoppot geboren Ausstellungsbesucher gerührt.

„Die Seebäder an der Ostsee sind ein transnationales Phänomen“, erläuterte Dr. Olga Kurilo von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Die ersten Bäderzentren entstanden unabhängig von den politischen Grenzen in der gesamten Ostseeregion um das Jahr 1800. Bereits 1793 schlug der Arzt Samuel Gottlieb Vogel dem damaligen mecklenburgischen Herzog Friedrich Franz die Gründung von Heiligendamm vor, 1816 folgte Cranz durch Friedrich Christian Kessel und 1821 Zoppot durch Johann Georg Haffner. Im gleichen Zeitraum entstanden auch die Bäder Duppeln, Edinburg und rund ein Dutzend weitere am Rigastrand (heute: Jurmala) im heutigen Lettland.

Neben der heilenden Kraft des Meerwassers, so die aus Moskau stammende wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Geschichte Osteuropas, waren auch die Präsentation der Mode in den Badeorten oder der Besuch der dortigen Spielbanken ein Ziel der Erholungssuchenden. Kurhäuser und Seebrücken bildeten den gesellschaftlichen Mittelpunkt.

Mit der Erschließung der Bäder durch die Eisenbahnstrecken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Anreise kürzer, bequemer und preiswerter, zudem konnten viele Personen in kurzer Zeit an das Meer gebracht werden. Seit der Eröffnung der Königsberg-Cranzer Eisenbahn 1885 hatte die Großstadt eine direkte Verbindung zu den Ostseestränden. Neben der Eisenbahn brachte die Lage mancher Badeorte in der Nähe von großen Städten einen Wandel der Identität, erläuterte Olga Kurilo. Waren es früher Fischerdörfer, so entstanden nun praktisch „Vororte“ der Städte. Cranz wurde die „Badewanne“ von Königsberg und Zoppot die von Danzig.

Der Anteil ausländischer Gäste war anfangs nicht sehr groß, aber man legte wegen des internationalen Rufes sehr viel Wert auf ihre Anwesenheit. Das Kulturangebot nahm zu, wie man der damals aufgelegten „Cranzer Badezeitung“ entnehmen kann.

Um 1900 jedoch lief die Entwicklung der Badeorte auseinander. Während sich im Westen, also in Preußen, die Infrastruktur sehr viel schneller als im Russischen Reich entwickelte, blieb es dort beschaulicher. Dies kann man im Osten auch heute noch an vielen lieblich gestalteten Holzbauten in den Orten sehen, die im Westen oft schon früher verschwunden sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein schmerzlicher Niedergang statt, erläuterte die Verfasserin des im letzten Jahr erschienen Buches „Zoppot, Cranz, Rigaer Strand. Ostseebäder im 19. und 20. Jahrhundert“. Viele Orte lagen am Meer im militärischen Sperrgebiet und wurden aus ideologischen und politischen Gründen aus der Gedankenwelt getilgt. Wo noch Badebetrieb herrschte, errichtete man Plattenbauten zur Unterbringung der Erholungssuchenden. Erst in den Jahren nach der politischen Wende begann

Kurhäuser und Seebrücken waren kulturelle Zentren

das Umdenken, die alte Baustruktur wird hergerichtet und der Badeurlaub in den Orten an der Ostsee in allen Ländern beworben.

Zur Eröffnung der Sonderschau im Kulturzentrum Ostpreußen konnte Direktor Wolfgang Freyberg unter anderen Landrat Gerhard Wägemann, die Landtagsabgeordnete Christa Naaß, Dekan Konrad Bayerle und das Mitglied im Landesvorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bayern, Rainer Claaßen, begrüßen. Er ermutigte alle Anwesenden, die die Region noch nie persönlich besucht haben, zu einer Reise an die Ostsee.

Die nötigen Informationen gibt es dazu in der Ausstellung, in der aktuelle Reiseprospekte angesehen und mitgenommen werden können. Die Hintergrundinformationen aus der Geschichte der Bäder liefern die historischen Fotos, Bildtafeln und Ausstellungsstücke, die vom Herder-Institut in Marburg, dem Deutschen Kulturforum östliches Europa Potsdam und dem Lehrstuhl für Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt zusammengestellt wurden. In den Vitrinen sind dazu zahlreiche Originalgegenstände aus dem Archiv des Kulturzentrums in Ellingen zu sehen, die aus der Blütezeit der Badeorte zwischen den Weltkriegen stammen.

Die musikalische Begleitung zur Eröffnung der Sonderschau hatte Zdenek Ehrenberger aus Roth mit seiner Gitarre übernommen. *Manfred E. Frische*

Die Ausstellung „Zoppot, Cranz, Rigaer Strand, Ostseebäder im 19. und 20. Jahrhundert“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen ist bis zum 2. Dezember 2012 zu sehen. Die Öffnungszeiten im Barockschloss in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen sind bis Ende September Dienstag–Sonntag von 10–12 und 13–17 Uhr, ab Oktober von 10–12 und 13–16 Uhr. Zu erreichen ist das Museum unter Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, www.kulturzentrum-ostpreussen.de und info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

Mithilfe erbeten

Olga Kurilo plant neue Ausstellung



Olga Kurilo Bild: MEF

Seit dem vergangenen Jahr hat die Privatdozentin Dr. habil. Olga Kurilo von der im Jahr 1991 gegründeten Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder als neues Forschungsprojekt das Thema „Kurorte Samlands / des Königsberger Gebietes: Identitätswandel im 19. und 20. Jahrhundert“. Zur Ausarbeitung des vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Projekts sucht Olga Kurilo noch Zeitzeugen, die über das Thema berichten können.

Die Privatdozentin hat nun im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen die Ausstellung „Zoppot, Cranz, Rigaer Stand – Ostseebäder im 19. und 20. Jahrhundert“ eröffnet. Die 1966 in Moskau geborene Historikerin und Ethnologin hat von 1985 bis 1990 Geschichte, Gesellschaftskunde und Recht am staatlichen pädagogischem Institut in Moskau studiert und ihre Promotion zum Doktor für Geschichte mit einer Arbeit über „Die Lutheraner in Russland (16. bis 20. Jahrhundert)“ abgelegt. 2006 und 2007 war sie Lehrbeauftragte an der Universität Greifswald, 2008 Lehrbeauftragte an der FU Berlin, seit 2004 ist sie Lehrbeauftragte für Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). 2008 habilitierte sie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) bei Prof. Dr. Karl Schlögel zum Thema „Lebenswelt der Russlanddeutschen in den Umbruchzeiten des 20. Jahrhunderts“. Von 2009 bis 2010 entwickelte sie das Forschungs- und Ausstellungsprojekt „Seebäder an der Ostsee im 19. und 20. Jahrhundert. Zoppot, Cranz und Rigaer Strand im Wandel der Zeit“.

Olga Kurilo ist unter der Telefon-Nummer (0335) 5534-2689 oder per E-Mail unter kurilo@europa-uni.de erreichbar. *mef*

22. Tag der Heimat in Sachsen-Anhalt:

Sonnabend, 1. September, 13.30 Uhr, AMO-Kulturhaus, Erich-Weinert-Straße in Magdeburg: 22. Tag der Heiamt unter dem Motto „Erbe erhalten – Zukunft gestalten“ des BdV-Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. Die Festrede hält der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht. Das Kulturprogramm wird von der Blumenberger Blasmusik, dem Heimatchor aus ASL sowie von der Folkloregruppe Blumenau gestaltet.

Im Vorverkauf sind ab sofort Karten in der BdV-Geschäftsstelle Schönebeck, Straße der Jugend 115, Telefon (03928) 421344, erhältlich. *PAZ*

DVD des Kleinen Ostpreußentreffens auf Schloss Burg:

Zu diesem Thema steht nun eine DVD zur Verfügung. Weitere Informationen unter: www.Ostpreussen-NRW.de/Div/Schloss-Burg-2012/TV/

Mehr auf Ostpreußen-TV: Totengedenken, Dieter Siebenborn: Das Erinnern nicht der Political Correctness opfern! Lothar Krebs (SPD): Jede Vertreibung ist Unrecht – Partnerschaft mit polnischen Sensburgern gewünscht. Rudi Pawelka: Wir müssen der ganzen Wahrheit ins Auge blicken! – Wider das Verschweigen und Verschleiern. Bodo Löttgen (CDU) – Festrede: Vernachlässigen – Vergessen –Verwerfen. *PAZ*

Wo Gott Europa verführte

Die Insel Kreta ist reich an Sagen, Kulturschätzen und Naturschönheit

Wenn es einen Ort gibt, der sich „Wiege Europas“ nennen darf, dann ist es die Insel Kreta. Hier entstand die erste Hochkultur auf europäischem Boden: die minoische Kultur, benannt nach dem sagenhaften König Minos, Sohn des Zeus und der Europa. Ihr verdankt unser Erdteil seinen Namen. Seit dem Untergang der Minoer war Kreta ständig Ziel von Eroberungen, stand Jahrhunderte lang unter griechischer, römischer, byzantinischer, venezianischer und zuletzt türkischer Fremdherrschaft. Sie alle haben auf der Insel ihre Spuren hinterlassen.



Das Relief zeigt Europa mit dem Zeus-Stier: Morosini-Brunnen in Kretas Hauptstadt Heraklion — Bild: Angelika Fischer

Kretas Hauptstadt Heraklion hat aus der byzantinischen und venezianischen Epoche mehrere historische Bauwerke vorzuzeigen. Zu den ältesten Sakralbauten zählt die byzantinische Agios-Titos-Kirche, die den Namen des Begleiters des Apostels Paulus und ersten Bischofs der Insel trägt. Sie ist Sitz des Metropoliten von Kreta, war zwischenzeitlich Moschee und verwahrt die berühmte Titos-Reliquie, welche die Venezianer 1669 nach San Marco überführt hatten und die im Mai 1966 in glanzvoller Feier zurückgebracht wurde. Aus venezianischer Zeit stammt das mächtige Fort am alten Hafen, das repräsentative Rathaus mit seiner zweigeschossigen Loggia und schließlich der wunderschöne Morosini-Brunnen, den der gleichnamige Statthalter 1628 zusammen mit einem Aquädukt vom Berg Joúchtas zur Wasserversorgung der Stadt errichten ließ. Zwar speien die lebensgroßen marmornen Löwen heute kein Wasser mehr, sich die Füße im äußeren Becken zu kühlen, ist strikt untersagt, doch lässt es sich auf den Bänken rund um den mit Reliefdarstellungen aus der griechischen Mythologie geschmückten Brunnen beschaulich verweilen, da er in der autofreien Zone liegt.

Die Zeugnisse der minoischen Kultur befinden sich außerhalb der Stadt. Bevor man diese Stätten aufsucht, sollte man dem archäologischen Museum von Heraklion einen Besuch abstatten und sein Wissen über diese antike Hochkultur erweitern. Danach besteigt man am wenige Schritte vom Museum entfernten Eleftherias-Platz den Bus, der in rund 20 Minuten direkt vor den Eingang von Knossos fährt. Die Palastanlage von Knossos ist allein schon ihrer Größe wegen atemberaubend. Es macht Mühe, sich einen Überblick zu verschaffen, derart verwirrend und verwinkelt ist die komplexe Anlage mit ihren rund 1000 Räumen. Es leuchtet ein, wieso dieser Palast in der Sagenwelt der Antike als „Labyrinth des Minotaurus“ erscheint. Dass es in Knossos vergleichsweise viel zu sehen gibt, ist Ausgräber Sir Arthur Evans zu verdanken, der die Anlage zwischen 1900 und 1925 freilegte. Er rekonstruierte erhebliche Teile des Baus mit Beton und Gips. Auch ließ er von den berühmten Fresken, die im Original im archäologischen Museum ausgestellt sind, an den Fundstellen Kopien anbringen. Was aus Sicht heutiger Archäologie als unwissenschaftlich verurteilt wird, vermittelt dem „normalen“ Besucher indessen einen sehr anschaulichen Eindruck vom früheren Aussehen und vom Leben in dieser rund 3600 Jahre alten Palastanlage.

> Traumhafte Strände neben Zeugnissen von Kulturepochen

Eine weitere minoische Ausgrabungsstätte, die sich problemlos mit dem Bus erreichen lässt, ist der Palast vom Mália. Am zentralen Busbahnhof von Heraklion besteigt man den Bus in Richtung Osten nach Agios Nikolaos und lässt sich vom Fahrer ein paar Kilometer hinter der heutigen Stadt Mália dort absetzten, wo eine schmale Stichstraße zur Küste und zur Ausgrabungsstätte führt. Dem Hinweisschild „Archeological Site“ folgend, erreicht man sie nach etwa 300 Metern. Die Anlage stammt aus derselben Zeit wie die von Knossos, ist aber etwas kleiner und wesentlich übersichtlicher. Beeindruckend sind die riesigen tönernen Vorratskrüge, die „Pithoi“, sowie der „Kernos“, ein äußerst seltener, kreisrunder Opferstein, der einfach so am Boden liegt, so dass man fast darüber stolpert. Das Informationsmaterial vor Ort ist im Vergleich zu Knossos dürftig, also hat man besser den deutschsprachigen Reiseführer im Gepäck. Angenehm ist, dass Mália aufgrund seiner Lage nur wenig besucht ist und man alles ungestört in Ruhe besichtigen kann. Tipp: Direkt neben der Ausgrabungsstätte liegt ein wunderschöner Naturstrand mit einer kleinen Taverne – also Badesachen nicht vergessen!

Nach rund zweieinhalb Stunden Busfahrt auf der Küstenstraße in Richtung Westen erreicht man die Provinzstadt Chania, die bis 1972 Hauptstadt der ganzen Insel war. Mit ihrer romantischen Altstadt rund um den Hafen und den zahlreichen Bauwerken aus venezianischer und türkischer Zeit ist Chania eine äußerst reizvolle Stadt. Ein Kleinod voller antiker Kunstschätze ist das archäologische Museum. Untergebracht in der venezianischen Kirche San Francesco, beherbergt es Fundstücke aus der minoischen, griechischen und römischen Antike. Eine besondere Kostbarkeit sind die spätminoischen Truhensarkophage, die „Larnakes“. Eine Oase der Ruhe ist der kleine Museumsgarten mit seinem zwölfeckigen türkischen Brunnen, der an die Zeit erinnert, als San Francesco eine Moschee war. Vor allem aber ist Chania Ausgangspunkt für Ausflüge in den touristisch noch wenig erschlossenen Westen und Südwesten Kretas. Bekanntestes Ziel ist die berühmte Samaria-Schlucht, die allerdings geübten und gut ausgerüsteten Wanderern vorbehalten ist. Allen anderen ist von dem 18 Kilometer langen Marsch dringend abzuraten! Ein bequemeres und landschaftlich nicht minder reizvolles Ziel für einen Tagesausflug ist der kleine Ort Falasarna mit seinem wunderschönen Naturstrand nebst netter Taverne. Morgens fährt der Bus von Chania hin, am späten Nachmittag wieder zurück.

Angelika Fischer

Hesses Gartenlust

Förderverein erhält Haus des Dichters

Die Bodenseeregion kann sich jährlich über knapp vier Millionen Touristen erfreuen. Wüssten diese, dass der berühmte Schriftsteller Hermann Hesse sich einst in Gaienhofen den Traum eines Hauses mit einem naturnahen Garten erfüllt hat, würden sie wohl auch dieser charmanten Ortschaft am Ufer des Untersees einen Besuch abstatten.

Hermann Hesse kam 1904 mit seiner Frau Mia nach Gaienhofen und mietete sich dort zunächst in einem Bauernhof ein. 1907 zog er ins eigene Haus mit einem 9000 Quadratmeter großen Garten, den er selbst bewirtschaftete. Der Bau des eigenen Hauses zu Beginn des 20. Jahrhunderts fiel in die Zeit des gedanklichen Umbruchs. Die Lebensreformbewegung, mit der Hermann Hesse sympathisierte, kritisierte die Industrialisierung und den Materialismus, sie strebte nach dem Naturzustand, Landflucht war ihr verpönt. „Beinahe wichtiger als das Haus wurde mir der Garten“, schrieb Hermann Hesse. Er betrachtete das Gärtnern nicht als Arbeit, sondern als etwas Schöpferisches. Ihm gefiel, dass man „ein Stückchen Erde nach seinem Kopf gestalten“ kann. Hermann Hesse hinterließ seinen Gartenplan, in dem sämtliche Beete und Bäume sowie der Nutzgarten aufgezeichnet waren. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass er seinen Garten hauptsächlich zur Selbstversorgung nutzte.

> Naturnahes Leben war Anfang des Jahrhunderts in Mode

Die Dokumentation erwies sich als Glücksfall für die Diplom-Biologin Eva Eberwein, die sich seit 2004 für den Erhalt des Hermann-Hesse-Hauses und der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands des Gartens einsetzt.

Heute kann der Garten nach Voranmeldung besichtigt werden. Eine Auseinandersetzung mit dem Werk des Dichters findet automatisch statt. Der Förderverein bietet Führungen zu unterschiedlichen Themen wie zum Beispiel „Kräuterwanderung und -verkostung“, „Feines Kochen mit Wildkräutern in Hesses Küche“ an.

Manuela Rosenthal-Kappi

Das Hermann-Hesse-Haus befindet sich im Hermann-Hesse-Weg 2 in Gaienhofen. Informationen unter www.hertmann-hesse-haus.de oder unter Telefon (07735) 440653.



Stärke ist nicht gewollt

Deutsche EU-Kommissare

Die Tätigkeit eines EU-Kommissars in Brüssel stellt sich aus Sicht der meisten Bundesbürger wohl als guten Job dar, ist sie doch üppig dotiert und versehen mit einem großen Mitarbeiterstab. Nach zwei fünfjährigen Amtsperioden winken ein großzügiges Übergangsgeld und ansehnliche Rentenansprüche. Der langjährige EU-Mitarbeiter, Asienexperte und *PAZ*-Autor Albrecht Rothacher hat auf der Basis eines gründlichen Quellenstudiums biografische Skizzen der seit 1958 beziehungsweise 1995 in Brüssel beschäftigten 14 deutschen und drei österreichischen EU-Kommissare entworfen. In seinem lesenswerten Buch „Die Kommissare. Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren“ berichtet er von ihren Aufgabenfeldern und Handelsspielräumen und fragt nach, inwiefern sie die supranationale europäische Rolle adäquat ausgefüllt haben oder ob sie ihre parteipolitische Begeisterung bewahrten. Die informative Lektüre tendiert zu einem plaudernden Erzählton, was die Kurzweil keineswegs schmälert. Auch das Privatleben der elf männlichen und drei weiblichen Kommissare wurde nicht ausgespart. Kritisch, aber, wie er betont, unparteiisch, bewertet der Autor die Arbeit der obersten Brüsseler Akteure, die er großenteils persönlich kennengelernt hat. Mitunter bezieht er sich auf die Stimmen von Politikern.

Seit der Osterweiterung im Jahr 2004 benennt jeder Mitgliedsstaat der EU einen Kommissar. Seither besteht das Kabinett aus 27 Mitgliedern, während es im Jahr 1958 erst neun waren. Die deutschen EU-Kommissare gehörten durchweg einer politischen Partei an. Wer beruft die Kommissare? Der jeweilige Regierungschef, abgesegnet durch einen Kabinettsentscheid. Rothacher ist verwundert und besorgt, weil, wie er meint, aus Deutschland seit 1970 nur Personal aus der zweiten und dritten Reihe zur Besetzung von Posten internationaler Organisationen und dementsprechend zur EU nach Brüssel geschickt worden sei; „oder die in ... amtsmüde gewordene erste Liga (von Dahrendorf bis Oettinger)“. Dies sei weltweit beispiellos, und der Schaden für das eigene Land sei nicht ausgeblieben. Zudem wäre den Kommissaren, auch wenn sie viel geleistet hätten, der Undank des Vaterlands gewiss. Doch habe mittlerweile der „Bazillus teutonicus“, schwache Führungsgestalten nach Europa zu entsenden, fast die gesamte EU befallen und geschwächt. Am Ende fragt sich Rothacher, ob die aktuelle politische Klasse in Europa, die „opportunistisch und überzeugungsfrei den veröffentlichten Meinungstrends hinterherhechelt“, noch zu der überfälligen Reform der EU fähig sei. Er warnt: Das Erbe der Väter darf nicht verspielt werden. Diese Gefahr bestehe angesichts der wachsenden Krisenanfälligkeit der europäischen Volkswirtschaften und ihres Abstiegs, „mit der strukturellen Verarmung unserer Völker im Gefolge“. *Dagmar Jestrzemski*

Brüssel leidet unter »Bazillus teutonicus«

Albrecht Rothacher: „Die Kommissare. Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren“, *Nomos, Baden-Baden 2012, kartoniert, 254 Seiten, 44 Euro*



Ein Psychogramm des Kaisers

Aufschlussreiche Sammlung wichtiger Reden von Wilhelm II.

„Einer nur ist Herr im Reiche, und das bin Ich, keinen anderen dulde ich.“ Um starke Worte war der letzte deutsche Kaiser nie verlegen, und so haftet seinen zahllosen Reden und Eröffnungsworten immer etwas Heftiges, Einseitiges, wenn man es wohlwollend sieht, etwas sehr Persönliches an. Für seine Impulsivität war der Kaiser ebenso beliebt wie berüchtigt; der Verantwortlichen in der Reichsregierung sträubten sich mitunter die Haare, weil sie immer schon ahnten, dass sie mit Mühe wieder ausbügeln mussten, was der Kaiser zumal auf außenpolitischem Gebiet eingebrockt hatte; die „Daily Telegraph-Affäre“ von 1908 ist nur das markanteste Beispiel.

Die Otto-von-Bismarck-Stiftung hat in ihrer Wissenschaftlichen Reihe, die von dem Bismarck-Biografen Lothar Gall betreut wird, eine Auswahl von Kaiserreden herausgegeben, die von der Kronprinzenzeit 1883 bis unmittelbar zur Abdankung im November 1918 reicht. Es sind 245 Reden und Ansprachen, die größtenteils schon irgendwo publiziert sind, doch hat der Herausgeber Michael A. Obst auch 19 Reden aufgenommen, die bislang noch nicht veröffentlicht wurden. In der Summe offenbart sich, wie Obst ganz recht sagt, so etwas wie ein Psychogramm des Kaisers, das sich in der langen Regierungszeit von 30 Jahren kaum modifiziert hat.

Bei den ausgewählten Dokumenten wird zwischen „kaiserlichen Reden“ und „Thronreden“ unterschieden. Erstere überwiegen und sind zu allen nur denkbaren Anlässen gehalten: Fahnenweihen, Besuche in vielen deutschen Städten, Sportveranstaltungen und immer wieder Militärisches wie Rekrutenvereidigungen, Generalstreffen oder Manöver. Die Thronreden etwa bei der Eröffnung einer neuen Session des Reichstags oder vor dem preußischen Landtag wurden dem Kaiser im Manu-skript von der Regierung vorgeschrieben; er hielt sich meist daran, schweifte dann aber doch immer wieder ab zu seinen Lieblingsthemen Patriotismus, Preußentum und kaiserliche Gewalt.

Heute wird Wilhelm II. äußerst kritisch gesehen. Aber man täusche sich nicht: Damals traf der Kaiser den Ton der Zeit, wusste sich eins mit der Mehrheit der Deutschen, die in ihm keineswegs einen Dilettanten auf dem Thron sahen, vielmehr einen würdigen Repräsentanten eines starken Reiches. Und der Kaiser hofierte, wo immer es ging. In Köln sprach er von den „kerndeutschen Rheinländern“, in Königsberg nannte er Ostpreußen „die Säule des Vaterlandes“. Erst der nicht enden wollende Krieg ab 1914 lässt seinen Nimbus verblassen.

Der Monarch traf den Ton seiner Zeit

Das flotte Daherreden und Säbelrasseln war die eine Seite der Medaille. Die andere war eine große Sensibilität für die Verantwortung von Bildung und Wissenschaft für die Zukunft des Volkes. Auf der Einhundertjahrfeier der Berliner Universität erklärte er den verdutzten Ordinarien, dass nicht die alma mater bedacht werde, sondern dass außerhalb der Hochschule eine ganz neue Gesellschaft zur Förderung von Naturwissenschaft und Technik errichtet werde. Und die längste Rede im Buch, fast zehn Seiten, ist eine Ansprache auf einer Berliner Schulkonferenz, auf der er dem verkrusteten Gymnasialsystem den Kampf ansagt.

Wer den Kaiser unmittelbar erleben möchte, findet hier reiches Anschauungsmaterial. Für eine vertiefte Forschung ist das Buch allerdings weniger zu gebrauchen, denn es fehlt leider fast völlig – wie doch sonst in derartigen Dokumentationen üblich! – ein erläuternder Teil zu den einzelnen Texten. So ist man gewissermaßen mit dem Kaiser allein, was ja auch seinen Reiz hat. *Dirk Klose*

Michael A. Obst (Hrsg.): „Die politischen Reden Kaiser Wilhelms II. Eine Auswahl. Band 15 der Wissenschaftlichen Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung“, *Ferdinand Schöningh, Paderborn 2011; 425 Seiten, 68 Euro*

Blutiges Gewerbe

Die Geschichte des Söldnertums und seine Gegenwart und Zukunft

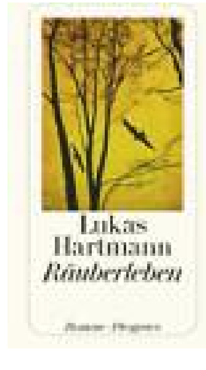
Was haben der jüdische Porzellanfabrikant Philip Rosenthal, der Schriftsteller Ernst Jünger und der 1828 in Schlesien geborene preußische Offizier Gustavus Ferdinand von Temsky gemeinsam? Sie alle waren Söldner. Abenteuerlust und die Aussicht auf eine gute Entlohnung waren ihre Motive, im Laufe der Geschichte trieb aber auch oft genug die pure Armut Männer in den Dienst an der Waffe unter einem fremden Herrn. *PAZ*-Autor Joachim Feyerabend schildert in „Ehre, Tod, Abenteuer. Vom Mythos und der Renaissance des Söldnertums“ die Geschichte des Berufsstandes. Hierbei geht er der Frage nach, seit wann es Söldnerheere gibt, wann sie wie eingesetzt wurden und werden und was ihre Vorzüge, aber auch Nachteile sind.

In dem reich bebilderten Buch hebt Feyerabend aber auch einige berühmte Vertreter dieses Berufsstandes hervor. So berichtet er über den 1920 geborenen Wehrmacht-Soldaten Siegfried Müller, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Afrika als „Kongo-Müller“ einen zweifelhaften Ruf erwarb. Auch der 1933 in München geborene Rolf Steiner kam im Dienst der französischen Fremdenlegion weit über Algerien hinaus. Aber auch mit den deutschen Landsknechten des 15. und 16. Jahrhunderts oder dem Verkauf von hessischen Bauernsöhnen seitens ihres Landgrafen an den britischen König Georg III. als Söldner zur Niederschlagung der US-amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung beschäftigt sich der Autor.

Zudem befasst sich Feyerabend mit dem Mythos des Söldnertums in der Literatur und im Film. Und erklärt auch, wieso Söldner stets eine für manche Männer durchaus anziehende Aura umgab. Alkohol, Frauen und Spiel dürften einige der Gründe sein.

Das nicht immer klar strukturierte Buch bietet einen umfassenden Gesamtüberblick und liest sich leicht und locker. *Bel*

Joachim Feyerabend: „Ehre, Tod, Abenteuer. Vom Mythos und der Renaissance des Söldnertums“, *Helios, Aachen 2012, gebunden, 118 Seiten, 18,80 Euro*



Mehr als nur ein Dieb

Roman über Württembergs berühmtesten Räuber

Er war der gefürchtetste Räuber Württembergs. Mit seinen Gesellen trieb er landauf landab sein Unwesen. Überfälle und Diebeszüge säumten seinen Weg. Die Rede ist von Hannikel, dessen bürgerlicher Name Jakob Reinhard lautete. Nachdem er sich als Hausierer und Kleindieb durchgeschlagen hatte, wurde er Mitte des 18. Jahrhunderts Anführer einer Bande, die vorrangig jüdische Kaufleute und evangelische Pfarrer überfiel. Verfolger hatten es schwer, denn die Bande versteckte sich in den dichten Gefilden des Schwarzwalds. Erst nach der Ermordung eines herzoglich-württembergischen Grenadiers 1786 begann eine große Fahndung nach den Verbrechern. Dem Sulzer Oberamtmann Jacob Schäffer gelang schließlich die Festnahme der 55 Bandenmitglieder und ihres Anführers. Hannikel und drei seiner Getreuen wurden zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet.

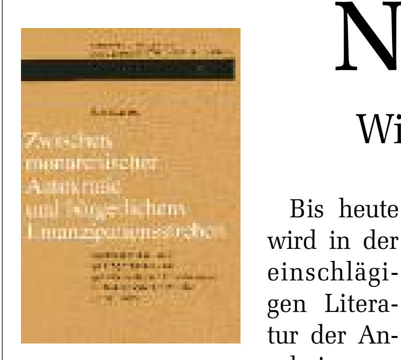
Noch heute erinnert das Hannikel-Haus im Wald in Ohmenhausen an die Abenteuer des Räuberhauptmanns. Jedes Jahr im Januar wird dem Ort durch das Häsabstauben, dem „Erwecken des Hannikel“, neues Leben eingehaucht.

Fernab von Lagerfeuerromantik und Schauermärchen zeichnet Lukas Hartmann in seinem Roman „Räuberleben“ ein vielschichtiges Gesellschaftsporträt des ausgehenden 18. Jahrhunderts an der Schwelle zwischen Absolutismus und Aufklärung. Geschickt verwebt der Schweizer Autor die Perspektive der Verbrecher und ihres Zigeunerlebens, den Blickwinkel des Oberamtmanns Schäffers und seiner fanatischen Verfolgung von Recht und Gesetz („Jetzt werden wir sie fassen! Jetzt oder nie! Es soll uns keiner entgehen!“) und die Gedankenwelt des damals regierenden Herzogs Karl Eugen von Württemberg, der die Todesurteile ohne Zögern unterschreibt, den Vollstreckungen jedoch fernbleibt. Der Perspektivwechsel verleiht dem Buch historische Authentizität und zeigt gesellschaftliche Missstände auf. Der Leser wird Zeuge des wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Ausschlusses bestimmter Volksgruppen. Eindrücklich schildert Hartmann zudem die unmenschlichen Zustände in Waisenhäusern und Gefängnissen sowie staatliche Willkürmaßnahmen wie Folter und Sippenhaft. Kontrastbild dazu bietet die ungezügelte Jagdleidenschaft des Herzogs und seiner adligen Gäste. Die Bauern mussten oft Hunger leiden, da die durch Felder reitende Jagdgesellschaft häufig die Saat oder Ernte auf den Äckern zerstörte.

Auch der Herzog begeht Diebstahl

Die zentrale Figur bleibt trotz der unterschiedlichen Perspektiven Wilhelm Grau, Schäffers Schreiber. Von seinem Schreibpult aus verfolgt er die Hetzjagd auf die Räuberbande. Es fällt ihm jedoch immer schwerer, die Zigeuner bloß als Verbrecher zu sehen. Vor allem für Hannikels Sohn Dieterle hat der Witwer Mitgefühl. „Räuberleben“ ist ein spannender und erzählerisch anspruchsvoller historischer Roman. Dem Buch vorausgegangen sind Gespräche des Autors mit Lokalhistorikern und eine Archivrecherche – von den Personen Hannikels und Schäffers über Fabricius und Johann Baptist Herrenbergers, den Verfasser eines Wörterbuchs der Gaunersprache, bis hin zum Stadtbrand von Sulz. Sein Talent, historische Stoffe aufzubereiten, bewies Hartmann bereits mit dem Cook-Roman „Bis ans Ende der Meere“. *Sophia E. Gerber*

Lukas Hartmann: „Räuberleben“, *Diogenes, Zürich 2012, geb., 346 Seiten, 22,90 Euro*



Nicht ohne Einfluss

Wie Bürger in Preußen indirekt mitregierten

Bis heute wird in der einschlägigen Literatur der Anschein erweckt, als ob in der frühen preußischen Monarchie die wichtigsten innenpolitischen Entscheidungen allein vom König getroffen oder allenfalls von einem seiner Minister vorbereitet worden wären. Doch auch Kaufleute, Reeder und Räte hatten ebenfalls einen wesentlichen Anteil und trugen so zum wirtschaftlichen Aufschwung der preußischen Monarchie ausgangs des 18. Jahrhunderts und damit mittel- und unmittelbar zu den Erfolg bringenden Reformen des frühen 19. Jahrhunderts bei.

Rolf Straubel, habilitierter Historiker am brandenburgischen Landeshauptarchiv, geht in der wissenschaftlichen Monographie am Beispiel ausgewählter Personen den Handlungsspielräumen nach, welche hohe Beamte sowie Kaufleute und Unternehmer im frühen preußischen Staat besaßen. Er zeigt ebenso verschiedene Aspekte und Entwicklungslinien der preußischen Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte, bereichert – dank der guten Quellenlage –mit präzisen Detaildarstellungen aus Korrespondenzen, amtseitigen Berichten sowie Anordnungen.

Es handelt sich um eine wissenschaftliche Arbeit, welche überwiegend auf bisher nicht publiziertem Aktenmaterial aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem gründet. Im Mittelpunkt stehen dabei der aus dem ostpreußischen Tilsit stammende Finanzrat Friedrich Wilhelm Tarrach (1718–1782) sowie der Memeler Kaufmann Johann Simpson der Jüngere (1737–1811). Beide Lebensläufe werden verfolgt, die beruflichen und persönlichen Kontakte umrissen sowie ihre Ambitionen aufgezeigt. So entstammte Simpson einer seit Generationen in Memel ansässigen, einflussreichen Familie, die zum Aufstieg der Stadt zu einem der wichtigsten preußischen Handelsplätze an der Ostsee beitrug, was nur im Gefolge eines innerstädtischen Verdrängungswettbewerbes möglich war. In seiner 2003 veröffentlichen Studie „Die Handelsstädte Königsberg und Memel in friderizianischer Zeit“ hat der Autor diesen Prozess bereits beleuchtet. Durch seine freimaurerischen Kontakte wurde Simpson zu einem gefragten Gesprächspartner für hohe Königsberger und Berliner Beamte und erlangte eine weit über Memel hinausgehende Bedeutung. Tarrach wiederum avancierte in den späten 1770er Jahren zu einem wichtigen wirtschaftspolitischen Berater des großen Königs.

Memeler Kaufmann nutzte Kontakte

Die Lektüre gibt interessante Einblicke in die städtischen Belange Memels im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, in die Konflikte zwischen Memel und Königsberg, in die Auseinandersetzungen unter den ostpreußischen Kaufleuten, verdeutlicht die Mechanismen wirtschaftspolitischer Entscheidungen, illustriert das wechselseitige Beziehungsgeflecht zwischen Beamten und Kaufleuten/Unternehmen und zeigt die enge Kooperation zwischen Mitgliedern der Berliner Zentralbehörden (Generaldirektorium) und Potsdamer Kabinettsbeamten auf. Im abschließenden Personenregister wird kontextbezogenen das „who is who“ der friderizianischen Epoche aufgelistet. *H.-J. Froese*

Rolf Straubel: „Zwischen monarchischer Autokratie und bürgerlichem Emanzipationsstreben. Beamte und Kaufleute als Träger handels- und gewerbepolitischer Veränderungen im friderizianischen Preußen (1740–1806)“, *Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2012, geb., 563 Seiten, 69 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99

Walter Piel
Von Masuren ins Ruhrgebiet
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967



statt € 12,00 nur noch € 8,95

Arno Surmanski

Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171

€ 19,95

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973

€ 14,95

Das alte Ostpreußen
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden.
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430

€ 19,95

Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



Silbermannorgel
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95



Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Als die Rote Armee am 20. Oktober 1944 nördlich von Memel die Ostseeküste erreicht, ist die weiter im Osten stehende Heeresgruppe Nord von allen Landverbindungen nach Westen abgeschnitten. Hitler fasst die Einheiten zur „Heeresgruppe Kurland“ zusammen und befiehlt Widerstand bis zum letzten Mann. Bei Kriegsende fliehen rund 3.000 Soldaten in das neutrale Schweden, wo man sie in Lagern unterbringt und ihnen zusichert, sie nicht an die Sowjetunion auszuliefern. Ein Versprechen, das nicht eingehalten wird.
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview, FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193



€ 14,95



Frohe Jagd!
Konzertsuite nach jagdlichen Motiven
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95

Musik von Friedrich II.



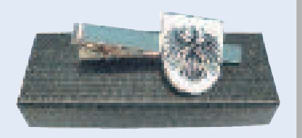
Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



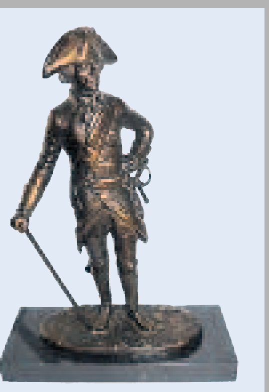
Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Preußen-Krawattenklammer

Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



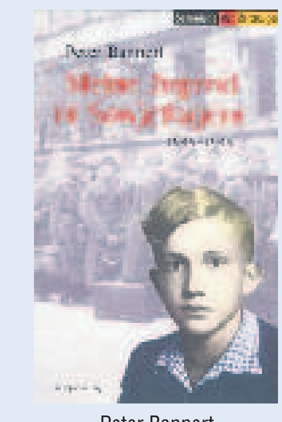
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95



statt € 7,40 nur € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

2 CDs

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

CD
€ 9,95

Traupaar des deutschen Films
Willy Fritsch und Lilian Harvey
insges: 13 Titel Inhalt:
Wir zahlen keine Miete mehr, Liebling mein Herz läßt Dich grüßen, u.a
Best.-Nr.: 7185



Ulrich Saft
Der Kampf um Norddeutschland
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538
Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Udo Ulfkotte
Mein Feld, mein Wald, mein Teich
Gebunden, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7190, € 19,95

Preußen-Schirmmütze




Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Pommern-Schirmmütze




Pommern-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen
Best.-Nr.: 7176, € 14,95

Preußen-Schlüsselanhänger




Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



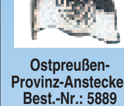
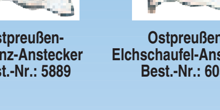
Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Heimat-Anstecker

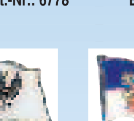



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504





Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien -Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642




Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95



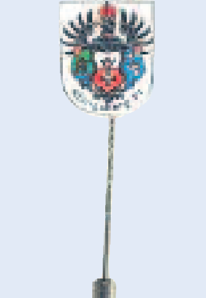
Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel



Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr“ Maße: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 31/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

B e s t e l l c o u p o n

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Weitere Akten »verschwunden«

Erfurt – Erneut ist ein Fall bekannt geworden, wo Akten im Zusammenhang mit dem „Zwickauer Trio“, dem zehn Morde zur Last gelegt werden, „verschwunden“ sind. Es handelt sich um Unterlagen der Sonderkommission (Soko) „Rechte Gewalt“ des LKA Thüringen. Die Soko sollte ab 2000 den „Thüringer Heimatschutz“ beobachten, der seinerseits von einem V-Mann des Verfassungsschutzes geleitet wurde. *H.H.*

Garmisch: Kreuz nicht getilgt

Garmisch-Partenkirchen – Die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen hat eine Meldung der ARD-Sendung „quer“ dementiert, wonach das Gipfelkreuz auf der Zugspitze auf arabischsprachigen Katalogen wegretuschiert worden sei (die *PAZ* berichtete). Man habe den höchsten deutschen Berg für bestimmte Zielgruppen bloß aus einer anderen Perspektive aufgenommen, aus der das Kreuz nicht zu sehen sei. Auf der arabischsprachigen Internetseite sei das Kreuz jedoch erkennbar. *H.H.*

ZUR PERSON

Kämpfer in eigener Sache

Der Vielflieger im Auftrag US-amerikanischer Finanzpolitik, **Timothy F. Geithner**, ist mehr oder weniger beliebter Ratgeber innerhalb der EU zur Bewältigung der europäischen Finanzkrise.

Der bereits 1988 für das amerikanische Finanzministerium tätige Enkel eines Deutschen wird nicht aus Spaß nach Sylt gereist sein, noch haben sich dort mit Schäuble und Geithner alte Freunde zum Plausch getroffen. Es war eine Fortsetzung Geithners Politik seit seinem Amtsantritt 2009. Böse Zunge werfen dem US-Finanzminister, der auch führend für die US-Notenbank FED und den IWF tätig war, vor, er würde Europa zur Krisenbewältigung das Motto „Viel hilft Viel“ vorschlagen, während andere in seinem Handeln nur die Fortsetzung angelsächsischer Politik sehen.

Erste Erfolge kann Geithner schon verbuchen. Wurde sein Vorschlag, den EFSF mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten, anfangs abgelehnt, haben sich die



Euro-Länder später auf einen „Hebel“ geeinigt – mit dem gleichen Ergebnis. Der studierte Ökonom und Politologe Geithner strebt offiziell eine Stabilisierung der Weltwirtschaft und eine Beendigung der Finanzkrise an. Dass seine Reisen nach Europa aber auch eine nicht zu vernachlässigende innenpolitische Komponente haben, ist angesichts der amerikanischen Wirtschaftslage und Entwicklungsprognose offensichtlich. Die Wirtschaft der USA ist zu stark mit der europäischen vernetzt, als dass europäische Entwicklungen unbemerkt bleiben würden. Ein Wiedererstarken der amerikanischen Wirtschaft, was zumindest eine Entspannung des europäischen Marktes bedingt, ist für eine Wiederwahl Obamas wichtig. Dort schließt sich der Kreis zu Geithner, denn ohne einen Präsidenten Obama auch kein Finanzminister Geithner. *S.G.*



Zeichnung: Mohr

Zwei Euro vierzig

Was Experten-Gutachten wert sind, wie man Deutsche am besten übers Ohr haut, und wie Günter Wallraff tatsächlich »ganz unten« ankam / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Donnerwetter noch einmal! Wenn wir das gewusst hätten! Der „Wissenschaftliche Dienst des Bundestages“ hat durch ein Gutachten herausgefunden, dass der Bundestag doch kein Vetorecht genießt, um uns gegen uferlose Geldforderungen des „Rettungsschirms“ ESM zu schützen. Die Abgeordneten könnten die Forderungen weder zurückweisen noch gebe es irgendwelche „Obergrenzen“, Deutschland haftet grenzenlos.

Politiker und Experten sind schockiert: Die Bundesregierung habe das aber ganz anders dargestellt, jammern sie. Na, dann ist es ja gut, dass es diese versierten Gutachter gibt, die uns endlich klar sehen lassen.

Gutachten sind wichtig, sie helfen unseren Parlamentariern bei der Entscheidungsfindung. Oder auch nicht: Denn die brisante Studie kam ja erst, welch hässlicher Zufall, als das Parlament bereits abgestimmt hatte. Da fragt man sich, was solche Arbeiten eigentlich wert sind, zumal sie meist viel Geld kosten.

Normalerweise lässt sich der „Wert“ von Gutachten nur schwer ermessen. Das ist diesmal glücklicherweise anders, denn den Wert dieser Studie können wir auf den Punkt genau angeben: Er beträgt exakt zwei Euro und 40 Cent.

Soviel hätten die Parlamentarier vor gut einem Jahr in die Hand nehmen müssen, um sich am Kiosk die *PAZ* vom 9. Juli 2011 zu kaufen. Da stand gleich auf Seite 1 genau das drin, was nunmehr expertenfest bestätigt wird. Oder sie hätten, wie der Verfasser des *PAZ*-Artikels, den ESM-Vertrag einfach mal lesen können. Der Text lässt keinen Zweifel aufkommen über die unbegrenzte Zahlknechtschaft der Deutschen und die Entrechtung ihrer Volksvertreter.

Alles Idioten? Nicht alle: Der eine oder andere Abgeordnete kann einem ehrlich leidtun. Was wohl jetzt in den Köpfen der verzweifelten ESM-Gegner wie Frank Schäffler, Klaus-Peter Willsch oder Peter Gauweiler abgeht? Wie werden die reagieren, wenn ihnen der erste Ja-Sager-Kollege sein „Wenn ich das geahnt hätte!“ entgegenjault? Ihm an die Gurgel gehen? Ihn fluchend durchs Fenster schmeißen? Verstehen könnte man beides, und noch einiges mehr.

Wie leicht es doch ist, die Deutschen übers Ohr zu hauen. Zumal wir wohl die einzigen Angehörigen der Gattung Mensch sind, die den Räubern eigenhändig den Tresor aufmachen und sich einreden, sie hätten schließlich auch etwas davon, wenn es dem Gierhals mit ihrem Geld besser geht.

Allerdings wollen wir uns ja weiterentwickeln. Dafür müsste man nur wissen, woran man erkennt, dass die Deutschen mal wieder verschaukelt werden.

Da gibt es ganz untrügliche Anzeichen. Wenn in der Euro-Debatte die Rede auf den Marshall-Plan und gewisse Schuldenerlasse für Deutschland nach dem Weltkrieg kommt, dann stehen wir bereits auf der Leimrute. So will man den Deutschen einreden, dass sie heute nur zurückzahlen sollen, was man ihnen gestern aus reiner, unverdienter Nächstenliebe gewährt hat.

> Herr Asselborn will keine Angst mehr vor uns haben. Dafür will er unser Geld

Kurz zur Sache: Die Marshall-Kredite flossen erst, als Westdeutschland die Währungsreform hinter sich hatte und aus dem Gröbsten raus war. Der Plan war eine Investition der USA in einen aufstrebenden Markt, in bester marktwirtschaftlicher Tradition und für die Amerikaner überaus lohnend. Das Gesamtvolumen betrug vier Prozent der damaligen westdeutschen Wirtschaftsleistung. Hellas hat schon jetzt mehr als das Hundertfache erhalten.

Und der Schuldenschnitt? Dem stehen Demontagen, die Amputation eines Viertels von Deutschland und die Enteignung von mindestens 15 Millionen Deutschen in den Ostgebieten und in Osteuropa gegenüber. Wer da wohl den besseren „Schnitt“ gemacht hat? Die Deutschen eher nicht.

Ein anderes untrügliches Zeichen für unfeine Absichten ist es, wenn jemand Geld von Deutschland fordert, damit sich das Ausland nicht mehr vor uns „fürchten“ müsse. Jean Asselborn, Außenminister des Landkreises Luxemburg, will keine „Angst“ vor Deutschland haben, sagt er. Die bekäme er aber, wenn wir uns „isolierten“. Damit meint Herr Asselborn: Wenn wir uns nicht schleunigst der Mehrheit der Nehmerländer im Euro-Raum beugen und für ihre sämtliche Schulden geradestehen.

Das mit den „Ängsten des Auslandes“ ist ein richtiger Evergreen: Wer in einer deutschen Debatte seinen Gegenspieler mit bebender Stimme ankeift, seine Position „schürt alte Ängste vor Deutschland im Ausland“, der hat gewonnen. Mit dem Stich im Blatt kann man jede Diskussion auf die gewünschte schiefe Bahn bugsieren. Alle Sachlichkeit ist dann flöten. Asselborn weiß, wo er zupacken muss.

Überhaupt die Luxemburger. Sie werden nicht müde herauszustreichen, dass sie pro Kopf ja noch viel mehr schultern müssten als die Deutschen: Schaut her, wie selbstlos wir sind! Na ja, andererseits nimmt sich die Euro-Krise auch anders aus, wenn man mehr eine Bank ist als ein Land und daher ziemlich alt aussähe, wenn der Schuldenreigen plötzlich ins Stottern geriete.

Aus anderen Ecken Europas erreichen uns ganz erstaunliche neue Erkenntnisse über die Volkswirtschaft. Der spanische Autor Antonio Muñoz Molina räumt im „Spiegel“ zwar ein, dass sein Land aus eigener Schuld massenhaft überflüssige Wohnungen, Flughäfen oder Bahntrassen gebaut und sich damit in Grund und Boden verschuldet habe, aber: „Die Technologie für diese vollkommen unnötigen Trassen haben uns deutsche und französische Firmen verkauft. Die neuen spanischen Reichen mit Luxuskarossen zu versorgen, war Big Business in Deutschland und Skandinavien.“

Was er uns damit sagen will, ist augenscheinlich: Ihr habt Mitschuld an unserer Misere, weil ihr uns etwas verkauft habt, das wir uns gar nicht leisten konnten, also tragt jetzt auch euren Teil an unserem Desaster. Eine interessante Theorie. Ob die auch umgekehrt funktioniert? Deutsche, die sich mit dem Kauf ihrer spanischen Finca verhoben haben, sollten sich an den spanischen Vorbesitzer wenden. Der hat sie ihnen ja verkauft und trägt daher laut Muñoz Molina Mitschuld am Ruin des sonnenhungrigen Germanen. Wie der Spanier wohl auf eine solche Forderung reagieren würde? Zahlen? Wohl kaum. Eher brächte er seine „alten Ängste vor Deutschland“ zur Sprache oder er würde entgegnen, dass der Teutone die Finca ja mit dem Geld aus dem Marshall-Plan bezahlt habe und jetzt mal ganz still sein solle. Oder er würde, das ist am wahrscheinlichsten, das freche Blassgesicht einfach vom Hof jagen.

Solidarität und Verantwortung fordern oder Solidarität selber üben und Verantwortung übernehmen, das sind halt ganz verschiedene Dinge. Fragen Sie Leute, die für Gewerkschaftsbetriebe gearbeitet haben oder für – Günter Wallraff. Der Enthüllungsjournalist hat sich einen Namen gemacht mit seiner Reportage „Ganz unten“ von 1985. Darin klagte er die brutale Ausbeutung an, der ausländische Werktätige in der BRD ausgesetzt sind.

Jetzt hat Wallraff Ärger, sehr peinlichen dazu. Ein ehemaliger Mitarbeiter beharkt ihn mit dem Vorwurf miesester Ausbeutermethoden. Vier Jahre lang hat André Fahnemann für Wallraff die Korrespondenz gemacht, die Lebensmittel eingekauft, die Hemden gebügelt und was sonst noch so anfällt. Dafür habe er acht Euro pro Stunde bekommen, pro Monat so 300 bis 500 Euro. Zurechtgekommen sei er nur, weil er dazu noch Hartz IV bezogen habe. (Totgearbeitet hat er sich bei den zweieinhalb Stunden am Tag allerdings wohl kaum.) Wallraff habe immer bar auf die Hand gezahlt, keine Steuern, keine Sozialversicherungsbeiträge, nichts.

Wallraff wehrt sich, Fahnemann sei nie richtig bei ihm angestellt gewesen und habe daher nur „gelegentliche Hilfen“ erhalten. Und das soll es besser machen? „Gelegentliche Hilfen“ für regelmäßige Arbeit? Da würde sich ja selbst der T-Shirt-Produzent in Bangladesch schämen! Fürwahr: „Ganz unten“.

MEINUNGEN

***Richard Sulík**, Vorsitzender der **slowakischen** Nationalliberalen, beklagte im Preßburger Parlament die verquere Logik der Euro-**Rettungspolitik**. Seine Partei SaS war aus Protest gegen die Rettungsschirme im Herbst 2011 aus der Regierungskoalition ausgeschieden:*

„Es ist zum Weinen, wir sind das ärmste Land der Euro-Zone, haben bescheiden, aber recht ordentlich gewirtschaftet, und jetzt müssen wir spanische Banken und griechische Beamte retten, die einen wesentlich höheren Lebensstandard haben.“

***Stefan Tangermann**, Ökonom und Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, weist im „Focus“ (30. Juli) auf den **Urgrund der Euro-Krise** hin:*

„Wenn ein Land an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, dann kann das durch eine Abwertung seiner Währung korrigiert werden. In einer Währungsunion ist dieser Weg verschlossen, und das ist, wie jetzt zu sehen, fatal. Viele Ökonomen haben rechtzeitig davor gewarnt, aber die Politik wollte das nicht hören.“

***Ingo Narat**, Kommentator des „Handelsblatts“ (30. Juli), sieht in der **Altersvorsorge** der Deutschen eines der Hauptopfer der **Finanzkrise**, weil der Staat die Zinsen unter das Inflationsniveau gedrückt habe:*

„Der Staat lebt auf Pump zum Nulltarif ... Wir müssen nicht nur gewaltige Schulden abtragen. Wir werden auch im Alter ärmer sein. Wie sollen wir vorsorgen? Zinsen und Wertpapiere sind durch die Eingriffe der Politiker und Notenbanker längst manipuliert. Mit einem Augenzwinkern möchte man sagen: Solche Börsen könnten auch in Nordkorea stehen.“

Olympische Schatten

Dass ein Vorgang seinen Schatten
gar vorauswirft, wie's oft heißt,
zählt zu Phrasen, ziemlich platten,
derer man sich gern befleißt.

Doch ein Großereignis heute
ist schon insofern suspekt,
als sein Schatten, liebe Leute,
meistens dunkles Treiben deckt!

So ist dank EM-Spektakel
kürzlich erst der Trick geglückt,
und das ESM-Debakel
wurde uns aufs Aug' gedrückt.

Noch pompöser unterdessen
wird Olympia gespielt,
denn wir sollen schlicht vergessen,
dass man weiter uns bestiehlt!

In der Tat kam grad deswegen
schon das Gründungs-Komitee
sehr der Hochfinanz gelegen
mit der „Eine-Welt“-Idee.

Und genau in diesem Streben
hat man – selber aufgeklärt –
alte Feuerkulte eben
dem gemeinen Volk beschert.

Leider ist's halt das Fatale –
längst des Lebens Sinn beraubt,
fällt herein auf Rituale,
auch wer sonst an gar nichts glaubt!

Seltsam bloß, selbst Wahhabiten
machten bisher niemals Zoff
wegen solcher Heiden-Riten –
einzig wegen bisschen Stoff ...

Pannonicus